

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **18./19. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2021/2022 vom 6. Dezember 2021

von 16.15 bis 18.35 Uhr und 20.00 – 22.10 Uhr

AXA-Arena, Winterthur Grüze

Vorsitz: R. Diener (Grüne)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 18./19. Sitzung: M. Sorgo (Ratspräsidentin, SP), Z. Dähler (EDU),
L. Jacot (SP)
19. Sitzung: J. Bachmann (Ratssekretär)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.		Protokoll der 14./15. Sitzung	
2.	21.91	Wahl eines Mitgliedes in die Arnold Schenkel-Stiftung anstelle des zurückgetretenen H.R. Hofer (SVP)	R. Kappeler
3.	21.76 (DSU)	Erlass einer Verordnung Parkieren Winterthur	M. Zehnder
4.	21.77 (DSU)	Finanzielle Vergütung Parkieren Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2022 zulasten des Eigenwirtschaftsbetriebes Parkieren Winterthur	M. Zehnder
5.	21.88 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2022 zulasten der verschiedenen Eigenwirtschaftsbetriebe	M. Nater
6.*	21.81 (DFI)	Genehmigung des Budgets 2022 und Festsetzung des Steuerfusses inkl. «Novemberbrief»; Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2023 bis 2025	F. Helg
7.*	21.68 (Bau)	Kredit von Fr. 2'593'000 für den Ersatzneubau des Revierstützpunktes Kiesstrasse 4 in Winterthur-Veltheim (Projekt-Nr. 20746)	Ch. Hartmann

8. 21.75 (DSS) Begründung des Postulats G. Stritt (SP), D. Roth-Nater (EVP), R. Hugentobler (AL/Grüne), M. Della Vedova (GLP) und Ch. Maier (FDP) betr. Mittagstische für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe
9. 19.133 (DSO) Beantwortung der Interpellation M. Reinhard (SVP) betr. konkrete Aufgaben, Kompetenzen und Zuständigkeiten der Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention
10. 20.52 (DSO) Beantwortung der Interpellation P. Schoch (SP), N. Wenger (Grüne), F. Kramer-Schwob (EVP) und R. Hugentobler (AL) betr. Menschen auf der Flucht
11. 19.60 (DKD) Antrag und Bericht zum Postulat K. Cometta-Müller (GLP), M. Sorgo (SP), B. Huizinga (EVP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau beim Beschaffungswesen und bei Leistungsvereinbarungen einfordern
12. 20.24 (DKD) Antrag und Bericht zur Motion T. Brütsch (SVP), U. Hofer (FDP), U. Glättli (GLP), F. Kramer-Schwob (EVP) und I. Kuster (CVP) betr. «Transparenz für Einmalzulagen»
13. 19.123 (DKD) Beantwortung der Interpellation S. Müller (EVP), G. Stritt (SP), M. Della Vedova (GLP) und K. Gander (AL/Grüne) betr. Quartiere stärken; Förderung und Wertschätzung Freiwilligenarbeit
14. 19.124 (DKD) Beantwortung der Interpellation G. Stritt (SP), S. Müller (EVP), M. Della Vedova (GLP) und K. Gander (AL/Grüne) betr. Quartiere stärken; Finanzielle Beiträge und Gebührenpflicht Quartierträgerschaften
15. 19.125 (DKD) Beantwortung der Interpellation G. Stritt (SP), S. Müller (EVP) M. Della Vedova (GLP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. Quartiere stärken; Organisation und Zusammenarbeit mit den Quartierträgerschaften
16. 19.140 (DKD) Beantwortung der Interpellation U. Bänziger (FDP), A. Zuraikat (CVP), M. Reinhard (SVP) und B. Huizinga (EVP) betr. Massnahmen zur Unterstützung Angebot Wasserstoff-Tankstellen
17. 20.7 (DKD) Beantwortung der Interpellation M. Steiner (SP), R. Keller (SP), M. Bänninger (EVP), R. Hugentobler (Grüne/AL), U. Glättli (GLP) und M. Della Vedova (GLP) betr. kommunales Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Zürich
18. 20.53 (DKD) Beantwortung der Interpellation K. Gander (Grüne/AL) betr. Tiny Houses im Vormarsch – auch in Winterthur?
19. 19.139 (DSS) Beantwortung der Interpellation G. Gisler (SVP), S. Müller (EVP), A. Zuraikat (CVP) und Y. Gruber (FDP) betr. Videoüberwachungssystem für das Schulhaus Gutschick
20. 20.79 (DSS) Beantwortung der Interpellation Ch. Maier (FDP), M. Wäckerlin (PP), G. Gisler (SVP), A. Zuraikat (CVP/EDU), D. Roth-Nater (EVP) betr. Positive Corona-Erfahrungen sichern und für Schul-Regelbetrieb nutzen
21. 20.115 (DSS) Beantwortung der Interpellation A. Zuraikat (CVP), M. Wegelin (SVP), M. Della Vedova Mumenthaler (GLP), K. Gander (AL), D. Roth-Nater (EVP) und Ch. Maier (FDP) betr. Generationen im Klassenzimmer – Seniorinnen und Senioren in der Schule

- | | | |
|-----|-----------------|---|
| 22. | 19.58
(DB) | Antrag und Bericht zum Postulat U. Glättli (GLP), B. Zäch (SP) und K. Frei Glowatz (Grüne/AL) betr. Mattenbach revitalisieren und vernetzen |
| 23. | 19.135
(DB) | Beantwortung der Interpellation M. Nater (GLP), M. Bänninger (EVP), B. Zäch (SP), Z. Dähler (CVP/EDU), M. Gross (SVP) und R. Heuberger (FDP) betr. transparente Investitionsplanung für städtische Bauprojekte |
| 24. | 20.21
(DSU) | Antrag und Bericht zum Postulat U. Glättli (GLP und Junge Grünliberale), B. Helbling-Wehrli (SP), F. Heer (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP) betr. Zugangsschranken abbauen – Integration ermöglichen |
| 25. | 20.57
(DSU) | Antrag und Bericht zum Postulat F. Heer (Grüne/AL), U. Bänziger (FDP), A. Gütermann (GLP), B. Huizinga (EVP) L. Jacot-Descombes (SP) und H. R. Hofer (SVP) betr. Pyrolyse - negative Emissionstechnologie |
| 26. | 20.54
(DSU) | Antrag und Bericht zum Postulat B. Helbling-Wehrli (SP), F. Heer (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP), M. Reinhard (SVP), S. Kocher (GLP), U. Bänziger (FDP) und A. Geering (CVP/EDU) betr. Pandemieplanung, Führung eines Notfall-Lagers (Schutzanzüge, Masken, Desinfektionsmittel etc.) |
| 27. | 19.134
(DSU) | Beantwortung der Interpellation M. Reinhard (SVP) betr. Velokontrollen und Verkehrsregeln in der Stadt Winterthur |

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Vizepräsident R. Diener: Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur 18. und 19. Sitzung des Amtsjahres 2021/2022 des Grossen Gemeinderats.

Wie Ihr feststellt, darf ich heute die Vertretung machen. Es wurde Euch ja allen bereits per Mail mitgeteilt: Die Vertretung von Maria Sörgo, die sich damit entschuldigen lässt. Ihr habt es mitbekommen, sie ist von einem Corona-Fall betroffen und hat deshalb entschieden, heute nicht dabei zu sein. Es geht ihr zwar nicht schlecht, wir sahen sie heute Nachmittag online und sie ist bereits wieder auf dem Weg der Besserung.

Aber man kann doch immerhin sagen: Wir hatten ein Schutzkonzept, das bestanden hat. Denn am letzten Montag waren wir ja alle hier und neben ihr und wir haben alle keine Symptome bekommen.

Mitteilungen

Vizepräsident R. Diener: Ich komme zu den weiteren Abwesenheiten. Es haben sich abgemeldet für beide Sitzungen: Zeno Dähler und Lea Jacot. Weitere Abwesenheiten sind mir nicht bekannt.

Es gab wieder einen Antrag vom Landboten, der Fotos machen möchte. Dem entsprechen wir selbstverständlich gerne. Allenfalls auch Tonaufnahmen.

Gibt es weitere, die Aufnahmen machen möchten heute Abend an der Sitzung? Marc Wäckerlin hat auch wieder danach gefragt, das ist in Ordnung.

Wir kommen gleich zum Thema Corona-Schutzmassnahmen. Es gibt grundsätzlich für heute Abend keine Anpassung des Konzepts, das wir in den letzten Wochen befolgt haben. Wir bleiben dabei, dass wir die Masken so lange wie möglich aufbewahren, ausser man spricht. Wenn man umhergeht und sich draussen bewegt, bitte immer mit Maske.

Ihr habt es mitbekommen: Der Bundesrat hat auf heute zusätzliche Verschärfungen beschlossen, die im Wesentlichen genau das beinhalten, dass man überall die Masken tragen muss.

Für uns hier drinnen ist das ja nichts Neues. Wir können aber mitteilen, dass wir das ab sofort auch wieder für die Kommissionssitzungen so handhaben werden. Diejenige, die in der Ratspause an der IFK-Sitzung teilnehmen heute, bitten wir, das auch entsprechend so zu handhaben. Ausnahmen gibt es nach wie vor beim Verlesen der Voten, dabei kann man die Maske ablegen.

Der Vorstosstisch ist wie immer mit einigen Vorstössen bestückt. Geht bitte im Laufe des Abends dort vorbei, mit Eurem Stift, um dort zu unterschreiben.

Noch ein paar weitere Informationen: Ihr habt auf dem Tisch ein Geschenkli, ein Chlaus- oder Weihnachtsgeschenkli oder wie auch immer man das anschauen möchte. Heute ist ja auch noch Samichlaus. Der kommt aber vermutlich nicht vorbei – ausser Ihr würdet mich als Chlaus taxieren. Statt dem traditionellen Jahresschlussapéro, den wir wegen Corona leider wieder nicht durchführen können, gibt es ein Geschenkli, das Maria Sorgo ausgesucht hat: Ein Säckchen Weihnachtsguetzli-Mischung vom Läbesruum. En Guete! Für diejenigen, die heute abwesend sind, bitte ich darum, dass vielleicht die Fraktionskollegen die Guetzli mitnehmen und ihnen irgendwie vorbeibringen können.

Es gibt wiederum Parktickets, die man eine Viertelstunde vor Beginn der Abendsitzung beim Saaleingang lösen kann, für diejenigen, die mit dem Auto gekommen sind.

In der Essenspause ist es grundsätzlich so, wie wir es letztes Mal hatten. Die Sitzungspause für das Essen wird heute aber wieder etwas länger sein, nämlich bis 20 Uhr, weil in der Pause noch eine IFK-Sitzung stattfindet.

Für das Essen ist es wieder so wie letztes Mal, dass die Fraktionen SP, Grüne, EVP und AL rüber ins Restaurant gehen und die anderen sind hier oben in der Lounge. Es wird so sein, dass diejenigen in der Lounge dann noch ein bisschen Platz machen müssen für diejenigen, die etwas später aus der IFK kommen (ab 19.15 Uhr).

Fraktionserklärungen

Vizepräsident R. Diener: Wir haben zwei Fraktionserklärungen angemeldet bekommen. Für die erste Fraktionserklärung von der SP hat das Wort Fredy Künzler.

F. Künzler (SP): Erlauben Sie zuerst eine kurze Deklaration meiner Interessenbindung: Meine Familie wohnt in einem Haus mit Gasheizung. Meine Firma hingegen wird mittels städtischer Fernwärme warm gehalten. Ich sage das deshalb, damit klar ist, dass es hier nicht um persönliche Interessen geht.

Die SP-Fraktionserklärung geht um die letzte Woche angekündigte Erhöhung der Gaspreise für die Winterthurer Bevölkerung.

Am letzten Dienstag hat der Stadtrat einen Beschluss gefällt, der für einen grossen Teil der Bevölkerung einen massiven Einfluss auf das Portemonnaie hat, und zwar einen viel grösseren, als wenn der Steuerfuss um 2 oder 3 Punkte erhöht würde.

Die steigenden Preise auf dem globalen Gasmarkt will Stadtwerk in voller Härte auf die Winterthurer Bevölkerung - ohne jegliche soziale Abfederung - überwälzen. Geschätzte Anwesenende, es geht hier nicht um ein paar verschmerzbares Franken, es geht um eine halbe Tausendernote pro Haushalt im nächsten Jahr. Das ist für viele Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt schlicht nicht zahlbar: 480 Franken mehr für die Gasrechnung bedeuten für manche den Verzicht auf Ferien.

Besonders stossend an der ganzen Geschichte ist der Fakt, dass der Eigenwirtschaftsbetrieb Gashandel auf 60 Millionen Franken Reserve sitzt – ich zitiere aus dem Stadtratsbeschluss: «Die Betriebsreserve ist zwar mit rund 60 Millionen Franken – rund zwei Jahresumsätze des Eigenwirtschaftsbetriebs – ausreichend».

60 Millionen Reserve sind also vorhanden. Doch woher kommen diese Reserven? Es ist das Geld der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt, die mindestens eine Dekade lang zu hohen Gaspreisen bezahlt haben, und das, obwohl sie gar keine Wahl hatten. Die Gasversorgung ist bekanntlich ein Monopolbetrieb, auch selbst wenn der Stadtrat eingangs im Beschluss beschönigend schreibt, das Monopol sei auch nicht mehr das, was es einmal war. Aufgrund des

Energieplans und der gebauten Heizungen in den Gebäuden der Stadt hat fast niemand eine Wahl, mit welcher Energiequelle bei ihm zuhause geheizt werden soll, und es gibt auch keine alternativen Gas-Anbieter als Stadtwerk für die Bevölkerung.

«Spare in der Zeit, so hast Du in der Not» sagt ein Sprichwort. 60 Millionen Reserve wurden mit unserer Gasrechnung mindestens 10 Jahre lang angehäuft. Der überhöhte Gaspreis war aus umweltpolitischer Sicht durchaus gewollt, weil Gas in Sachen CO₂-Ausstoss schlechter dasteht als Fernwärme, die erst durch den hohen Gaspreis überhaupt konkurrenzfähig wurde. Dies wurde von den Gaskunden bisher auch klaglos akzeptiert. Aber jetzt wäre es nur billig, dass man, jetzt wo «Not» herrscht, weil der Gas-Weltmarkt verrückt spielt, von dieser Ersparnis zehren könnte. Die Gaskunden müssen also gutgläubig darauf vertrauen, dass Stadtwerk sozialverträgliche Energiepolitik macht. Allein, Stadtwerk tut es nicht, wie wir seit letztem Dienstag wissen.

Die Rendite des Eigenwirtschaftsbetriebs Gashandel ist Stadtwerk also wichtiger als die Menschen dieser Stadt. Stadtrat Fritschi sagt dazu «dann müssen sie halt einen zweiten Pulli anziehen», wie der Landbote ihn am letzten Mittwoch zitierte. Das ist, mein lieber Nachbar Stefan, zynisch. Bei Dir und bei mir spielen die 500 Franken mehr für die Gasrechnung nicht so eine Rolle, und wir beide haben auch noch einen Schwedenofen im Haus, damit wir ein paar Scheite verfeuern können, damit es schön kuschlig wird, obwohl die Holzverbrennung aus Sicht der Gesundheit mehr als nur fragwürdig ist (Stichwort Feinstaub).

Es gibt aber zahllose Menschen in unserer Stadt, die nicht wissen, wie sie dann im nächsten Sommer die Nachzahlung der Nebenkostenrechnung ihrer bescheidenen Mietwohnung begleichen sollen. Es ist ja auch nicht so, dass die Gaspreis-Erhöhung jeden Monat eine Fünfzigernote kosten würde, nein, sie kommt für den Grossteil der Bevölkerung als Hammer-Rechnung daher.

Selbst wenn eine direkte Quersubventionierung innerhalb der einzelnen Sparten von Stadtwerk verboten ist, hat die Quersubventionierung vom Gas in andere Bereiche eben doch stattgefunden, auch wenn das in der Buchhaltung nicht sichtbar ist. Gas-Kunden haben mehr bezahlt, als nötig gewesen wäre, damit Fernwärmekunden nicht benachteiligt waren. Jetzt kehren die Gestehungskosten, und es wäre darum billig, wenn Fernwärme auch moderat teurer würde, um einen Ausgleich zu schaffen. Es ist ja auch nicht so, dass die Fernwärme komplett unabhängig wäre vom Gas: An sehr kalten Tagen muss nämlich mit Gas zugeheizt werden, das hat Stadtwerk aber in keinsten Weise in ihren Überlegungen berücksichtigt.

Grundsätzlich stossend ist auch, dass die Privatkunden einen etwa um 2 Rappen höheren Gaspreis zahlen als Firmenkunden. Man hätte diese Preistrunde zum Anlass nehmen können, um die Mengenrabatte abzuschaffen oder zumindest zu reduzieren. Stadtwerk wird sich jetzt dann gleich rechtfertigen und sagen, das hätte es ja prozentual gesehen auch getan. In absoluten Beträgen zahlt aber der private Gaskunde 2.49 Rappen mehr pro Kilowattstunde, der Grosskunde jedoch nur 2.39 Rappen mehr, wenn man das Bronze-Angebot kauft. Meine Damen und Herren, es ist umweltpolitisch geradezu grotesk, dass man für mehr CO₂-Ausstoss auch noch einen Mengenrabatt erhält.

Sie werden mit mir einig sein, dass die Behörde, also der Stadtrat, bei der Preisfestlegung eines Monopolbetriebs im Service Public-Bereich wie der Gasversorgung von der Stadt Winterthur besonders sorgfältig sein müsste. Es darf nicht sein, dass überhöhte Gewinne abgeschöpft werden – was bei einem kommerziell getriebenen Unternehmen ja häufig der Fall ist, wenn es dann die Gelegenheit dazu hat. An dieser Stelle ein Wink mit dem Zaunpfahl an die neoliberalen Privatisierungsturbos auf der rechten Seite, die auf Biegen und Brechen Stadtwerk auslagern wollten – einige hier drinnen werden sich noch gut an die parlamentarische Spezialkommission erinnern, die dieses Projekt bearbeiten musste und Gott sei Dank auch mit einem Null-Resultat bearbeitet hat. Bei einem privaten Stadtwerk hätten wir nichts mehr zu melden in Sachen Gaspreis.

Wie ich bereits ausführte, muss die preisfestsetzende Behörde für Monopol-Preise besondere Sorgfalt walten lassen. Der Gesetzgeber hat dies so bestimmt, damit dieser Sorgfaltspflicht nachgekommen wird, und zwar im Preisüberwachungsgesetz Artikel 14. Ich zitiere:

Art. 14

¹ Ist die Legislative oder die Exekutive des Bundes, eines Kantons oder einer Gemeinde zuständig für die Festsetzung oder Genehmigung einer Preiserhöhung, die von den Beteiligten an einer Wettbewerbsabrede oder einem marktmächtigen Unternehmen beantragt wird, so hört sie zuvor den Preisüberwacher an. Er kann beantragen, auf die Preiserhöhung ganz oder teilweise zu verzichten oder einen missbräuchlich beibehaltenen Preis zu senken.

² Die Behörde führt die Stellungnahme in ihrem Entscheid an. Folgt sie ihr nicht, so begründet sie dies.

³ Bei der Prüfung der Frage, ob ein Preismissbrauch vorliegt, berücksichtigt der Preisüberwacher allfällige übergeordnete öffentliche Interessen.

Ich habe bereits am 1. Dezember Stadtrat Fritschi um die Zustellung der Einschätzung des Preisüberwachers zu dieser Gaspreis-Erhöhung gebeten. Bis zum heutigen Tag habe ich sie nicht erhalten. Im Beschluss liest man keine Silbe über die gesetzlich vorgeschriebene Konsultation des Preisüberwachers. Ich muss also vermuten, dass Stadtwerk es unterlassen hat, den Preisüberwacher zu seinem Ansinnen zu konsultieren.

Meine Damen und Herren, das ist kein Kavaliersdelikt. Das ist eine fahrlässige oder vielleicht auch vorsätzliche Unterlassung: «Hoffen wir mal, dass es keiner merkt!»

Dabei bringt diese Unterlassung viele Menschen in unserer Stadt in eine Not. Der Preisüberwacher ist der Fürsprecher für die Konsumierenden ohne eine Wahl, er muss die Interessen der Kunden gegen das Gewinnstreben des Monopol-Versorgers abwägen. Verstehen Sie mich nicht falsch: Dass Stadtwerk das Gasversorgungs-Monopol hat, ist aus Sicht des Service Public richtig. Aber dieses Monopol muss sorgfältig gelebt werden, und darum braucht es den Preisüberwacher als Korrektiv.

Allein schon der Verstoß gegen das Preisüberwachungsgesetz Artikel 14 rechtfertigt den Rekurs gegen die Gaspreis-Erhöhung, den ich hiermit auch schon ankündige. Der Stadtratsbeschluss kann innert 30 Tagen ab Publikation beim Bezirksrat angefochten werden.

Geschätzte Anwesende, wir sind in einem Zielkonflikt. Wir haben seit vorletztem Wochenende den klaren Auftrag von der Bevölkerung, unsere Stadt bis 2040 klimaneutral umzubauen, und Stadtwerk hat diesbezüglich eine grosse Aufgabe vor sich. Aus sozialdemokratischer Sicht ist es aber unabdingbar, dass die Bewältigung des Klimawandels sozialverträglich ist. Ja, es ist richtig, den Gasverbrauch möglichst rasch und möglichst stark zu senken, und eine gezielte Preiserhöhung kann diesem Ansinnen durchaus Vorschub leisten. Es ist aber falsch, die Gaspreis-Erhöhung so zu gestalten, dass die untersten Einkommensschichten so massiv mehr belastet sind, und gleichzeitig die Grossbezüger praktisch ungeschoren davonkommen, weil sie die Preiserhöhung in der Regel locker auf ihre Kunden überwälzen können, und abgesehen davon sind Heizkosten für die meisten Betriebe sowieso nur eine Lappalie. Stadtwerk und Stadtrat verfolgten mit dieser Entscheidung zur Gaspreis-Erhöhung nicht die langfristigen Interessen der Menschen der Stadt Winterthur. Mein Verständnis von Service Public orientiert sich nicht an kurzfristigen Spekulations-Kurven des globalen Energiemarkts. Die Evaluation von Stadtwerk ist einseitig und enttäuschend, und darum soll der Bezirksrat über den Rekurs entscheiden.

Vizepräsident R. Diener: Danke, Fredy, für dieses Votum. Es war etwas lang, aber wir haben es jetzt laufen lassen.

Es gab eine Wortmeldung. Zu diesem Thema? Michael Gross, dann hast Du das Wort.

M. Gross (SVP): Eigentlich spricht Fredy mir ja aus dem Mund, was ich letztes Mal gesagt habe. Er sollte sich einfach mit seinen Fraktionskollegen absprechen, die in der Kommission gegenteilig stimmen und die Gaspreiserhöhung auch noch begründen und sich eigentlich fast freuen, dass die Preise steigen, denn dann kann man ja die Klimaziele erreichen.

Und wenn Du das noch mit neoliberal und Markt begründest, dann stehen einem alle Haare zu Berge. Im Markt könnte man aussuchen. Und das sind rein sozialistisch-planwirtschaftliche Massnahmen. Übrigens steigen die Gaspreise ja auch genau wegen dem, weil die CO₂-Abgaben steigen.

Reto Diener hat das ja letztes Mal auch schon begründet: Es ist nachträglich eine CO₂-Abgabe. Ich habe das dort schon kritisiert.

Und dass Ihr da jetzt so vorweihnachtlich auf Scheinheiligkeit macht, das ist schon fast lächerlich. Denn Ihr selbst habt in der letzten Debatte auch eine Erhöhung des Gaspreises gefordert, damit man eben vom Gas wekommt. Ihr habt der Plünderung dieser Kasse zugestimmt, wo man gar keinen Gewinn macht und trotzdem eine Gewinnentnahme macht. Dass der Weltmarkt verrücktspielt, das ist so. Das kann temporär sein, wahrscheinlich ist es aber – und das glaube ich Stadtwerk – nicht nur temporär, weil die Gaspreise eben auch steigen, weil wir permanent neue Abgaben und Gebühren draufschlagen.

Von daher möchtet Ihr mehr Markt, begründet das aber planwirtschaftlich. Und das funktioniert leider nicht. Das, was hier passiert, ist genau das, was Ihr gewollt habt – und jetzt versucht Ihr, dem kleinen Bürger zu sagen, dass Ihr auf der guten Seite sitzt. Das ist aber leider nicht so.

Vizepräsident R. Diener: Ich habe es unterlassen zu sagen, dass es sich um eine persönliche Erklärung von Michi Gross handelte.

Es gibt noch eine weitere Wortmeldung zu diesem Thema für eine persönliche Erklärung, die kommt von Urs Hofer.

U. Hofer (FDP): Mir geht es genau gleich wie Michael Gross. Auch ich sehe den ersten Teil genau gleich wie Fredy, ich war da sehr einverstanden. Insbesondere bin auch ich unzufrieden mit dieser Preiserhöhung.

Über den Rest des Votums war ich hingegen sehr verwundert. Es gibt nämlich deutliche Widersprüche, einen Teil hat Michi Gross schon erwähnt. Am letzten Montag hat eine Mehrheit hier im Rat, inklusive der SP, beschlossen, dass Stadtwerk Winterthur wesentlich mehr Geld in den allgemeinen Steuerhaushalt abliefern soll als bis anhin. Auch das geht an die Reserven. Eine Alternative wäre es ja eben gewesen, dass man diese Reserven hätte brauchen können, um marktbedingte Schwankungen der Rohstoffpreise glätten zu können, anstatt dass man den Steuerhaushalt quersubventioniert. Auch ich habe noch die Voten im Ohr – zumindest von den Grünen, aber ich glaube, auch von der SP gab es diese Voten - dass man eigentlich mit der Erhöhung des Gaspreises ziemlich zufrieden ist, weil ja das einen gewünschten Nebeneffekt auf die CO₂-Lenkung hat.

Und drittens ist der Stadtratsentscheid, den Gaspreis zu erhöhen, wohl kaum erst letzten Dienstag gefällt worden. Es ist eine Strategie in Absicht der aktuellen Mehrheit im Stadtrat, die schon länger absehbar war. Deshalb müsste sich Fredy wohl eher bei den fünf Stadträt/-innen beschweren, die Teil seiner SP-Allianz sind als bei Stefan, was wohl die Absicht hinter seinem Votum war.

Und eine Frage zurück an Fredy: Weshalb ums Himmels willen entscheidet Ihr denn auf Stufe Stadtrat und Gemeinderat so, wie Ihr entscheidet, wenn Ihr die Konsequenz gar nicht wollt? Besten Dank.

Vizepräsident R. Diener: Ich muss da leider intervenieren. Wir führen keine Debatte. Das sind persönliche Erklärungen, von denen jeder allenfalls eine zur Verfügung hat. Ich möchte diese Debatte in diesem Sinn hier wirklich schliessen und dem Stadtrat das Wort geben für eine Replik.

Stadtrat St. Fritschi: Fredy Künzler geht von einer falschen Annahme aus, und zwar, dass Stadtwerk beim Gas ein Monopol hat. Das hat es nicht. Seit dem letzten WeKo-Urteil, das vor 1.5 Jahren gemacht wurde, kann jeder und jede in dieser Stadt das Gas von dem Lieferanten beziehen, den man möchte. Es hat aber bisher noch niemanden gegeben, der bei jemand anderem das Gas bezieht, weil Stadtwerk einen solch attraktiven Gaspreis hat, dass bis jetzt noch niemand auf dem freien Markt das Gas bezogen hat. Aber wir sind kein Monopolbetrieb mehr. Das ist mal ganz wesentlich zu wissen.

Und wenn man kein Monopolbetrieb ist, muss man auch nicht zum Preisüberwacher gehen. Wir haben auch keine Versorgungspflicht, es gibt keine Versorgungspflicht für Gas. Jeder und jede kann selbst bestimmen, wie man die Wärme bestellt in seinem eigenen Haus. Es

gibt verschiedene Möglichkeiten, es muss nicht Gas sein. Da hat man die Freiheit, die einem aufgrund der gesetzlichen Grundlagen zur Verfügung steht, da kann man wählen.

Im Gegensatz zu Fredy Künzler habe ich keinen Schwedenofen zuhause. Und das mit dem Pulli habe ich wirklich ernst gemeint. Wenn wir eine Energiewende erreichen wollen in dieser Stadt und auf dieser Welt, dann muss man auch auf Wärme verzichten und dann muss man zwischendurch auch sparen. Und da meine ich auch Fredy Künzler, der heute im T-shirt hier sitzt. Und mich, der im Pullover hier ist. Es ist nicht so, dass man ohne ein kleines My eigenes Zutun diese Energiewende einfach hinbringt.

Und es ist enttäuschend – enttäuschend! – dass ein Vertreter der selbsternannten Klimaallianz so versucht, Stadtwerk fertigzumachen auf Kosten der Umwelt und auf Kosten der Zielerreichung von Energie- und Klimazielen. Wenn wir nämlich, und das habe ich aus den Voten von Fredy Künzler herausgehört, das Gas subventionieren würden, also das Gas vergünstigt abgeben würde, wäre das aus der Reserve. Aber die Reserve geht sonst schon zurück, denn wir haben ja im Stadtrat beschlossen, dass wir das ganze Abhängen des Gasnetzes aus dieser Reserve bezahlen. Wir haben dann gehört, dass wir Ablieferungen aus dem Gas haben, was diese Reserve reduziert. Und ziemlich sicher, wenn die Gaspreise weiter so steigen, wie es jetzt begonnen hat, dann werden wir auch mit dieser Preiserhöhung im Jahr 2022 gar keine Schwarze Null mehr erreichen, sondern werden dann automatisch auch von der Reserve zehren.

Wenn jetzt also Fredy Künzler und die SP das Gas subventionieren wollen, vergünstigt abgeben wollen, dann ist das nichts anderes, als dass man fossile Energie, fossile Wärme unnötig fördert. Es ist ein marktwirtschaftliches Gesetz: Wenn man etwas vergünstigt abgibt, dann wird es genommen, auch wenn man es gar nicht braucht. Wie wenn man an der Tour-de-Suisse Geschenkli abgibt. Wenn man das Gas günstiger abgibt, dann gibt es Leute, die einfach heizen und immer im T-shirt rumlaufen, auch wenn sie etwas tiefere Temperaturen im Haushalt haben könnten oder vielleicht einen Pullover anziehen. Und das können wir uns einfach nicht mehr leisten, wenn wir die Energie- und Klimaziele ernst nehmen.

Und deshalb bin ich wirklich der Meinung, dass wir aufpassen müssen mit den populistischen Sprüchen, dass wir einfach die Tarife günstig behalten sollen. Das ist vielleicht populär und sympathisch gegenüber jemandem, der in einer gasbeheizten Wohnung oder einem gasbeheizten Haus wohnt, aber es ist unehrlich. Denn wenn wir die Energie- und Klimaziele erreichen wollen, dann muss man das, was wir verkaufen, was fossil ist und damit einen Nachteil hat, zum wahren Preis verkaufen und nicht unnötig günstiger geben.

Ich habe am 1. Dezember ein Mail erhalten von Fredy Künzler. Ich habe ein paar Tage später zurückgeschrieben, er bekomme diese Woche eine Antwort. Klar, jetzt sind schon 5 Tage vorbei. Wir haben wirklich auch noch andere Aufgaben, als nur Fredy Künzler Antworten zu geben. Ich finde, dass 6-7 Tage warten auf eine relativ komplizierte juristische Fragestellung, vertretbar sind. Das ist jetzt also nicht ein so wahnsinniges Problem.

Vizepräsident R. Diener: Danke für diese Replik. Ich habe weitere Fraktionserklärungen, die angemeldet wurden. Zunächst möchte ich gerne der FDP das Wort geben, Christian Maier.

Ch. Maier (FDP): Das ist eine gemeinsame Fraktionserklärung der FDP und der Mitte.

Mit der neuen Gemeindeordnung verändert sich die Schulorganisation substanziell. Das haben die Verfasser der Paragraphen und wir, die wir dafür gestimmt haben, so gewollt. Mindestens so wichtig wie die Ausgestaltung der Paragraphen ist nachher aber die Interpretation davon sowie die konkrete Umsetzung. Und bei beidem besteht erfahrungsgemäss erheblicher Spielraum. Der Austausch zwischen den Parteien, innerhalb unserer Fraktionen, aber auch mit Direktbetroffenen, fördert aktuell immer wieder das Gleiche zu Tage: Es bestehen viele Unsicherheiten und Unklarheiten im Zusammenhang mit der Umsetzung der neuen Gemeindeordnung. Wird die Schulorganisation im Sinn und Geist derjenigen umgesetzt, die diese Paragraphen geschrieben haben? Wir sind uns nicht ganz sicher. Ob die Unklar- und Unsicherheiten wie die daraus resultierende Unzufriedenheit aufgrund des Vorgehens oder einfach aufgrund der unzureichenden Kommunikation entstanden ist, das können und wollen wir nicht beurteilen.

Uns ist es aber ein Anliegen, an dieser Stelle festzuhalten, was uns bei der Ausgestaltung der GO wichtig war, in welchem Sinn und Geist wir uns dafür eingesetzt haben und wie wir uns die Umsetzung wünschen. Wieso jetzt? Weil wir heute Abend über das Budget des DSS beschliessen, das direkt mit der GO verwoben ist. Wir wollen für unsere Kinder die bestmögliche Schulorganisation, und das möglichst ohne Verzug und Übergangslösungen. Dafür sind für uns die folgenden Punkte entscheidend:

1. Die neue Schulpflege ist eine dem Stadtrat neben- und nicht untergeordnete Behörde. Sie soll entsprechend möglichst viele und möglichst bald Entscheidungen selbst treffen.
2. Das Wichtigste für eine funktionierende Organisation sind die Menschen, die sie ausfüllen. Diese müssen gut miteinander zusammenarbeiten können und inhaltlich in die gleiche Richtung ziehen. Für den Erfolg der neuen Schulpflege ist deshalb die Besetzung der direkt untergebenen Stellen Schreiber und Leiter Bildung von entscheidender Bedeutung.
3. Die neue Schulpflege ist ab ihrer Wahl legitimiert, sich zu konstituieren und die für die Übernahme der operativen Tätigkeiten im August nötigen Vorbereitungsarbeiten durchzuführen. Dazu gehört die Auswahl der Leitung Bildung und des Schreibers. Die neuen Schulpfleger müssen zwingend frühstmöglich in die entsprechende Auswahlarbeitsgruppe einbezogen werden und nicht nur formell über die vorbereiteten Anstellungen entscheiden. Wir wollen – das wurde verschiedentlich erwähnt – kein Abnicker-Gremium. Weil es sich dabei um spezifische Themen handelt, die sich nicht mit der bestehenden Schulpflege überschneiden, kann das gleichzeitige Aktiv-Sein der alten und der neuen Schulpflege kein Problem darstellen.
4. Die Vorbereitungsarbeiten kann die neue Schulpflege problemlos im Rahmen ihrer Jahresarbeitszeit vornehmen.
5. Sollten die neuen Leiter Bildung nicht fristgerecht auf das neue Schuljahr verpflichtet werden können, so treten gemäss den Übergangsbestimmungen der GO die aktuellen Kreisschulpfleger ad interim in diese Funktion ein. Weil das nicht näher spezifiziert ist, halten wir hiermit da fest, dass damit die Kreisschulpräsidien gemeint sind. Wird das nicht so gemacht, so zwingen wir uns völlig unnötigerweise sowie entgegen dem Willen der Paragraphen-Urheber zu möglicherweise einjährigen Übergangslösungen.

Wir fordern deshalb, dass sich das DSS im Sinn und Geist für unsere neue Schulorganisation einsetzen wird und hoffen zukünftig auf Informationspolitik und einen Einbezug der entsprechenden Kommissionen, so dass die vorhandenen Zweifel der Freude auf die neue Organisation weichen können. Besten Dank.

Vizepräsident R. Diener: Danke auch für dieses Votum. Es gibt eine weitere Fraktionserklärung, die von der SVP angekündigt wurde. Ich gehe davon aus, dass diese zum gleichen Thema ist, Gaby Gisler. Ich bitte Dich aber, die Sachen nicht zu wiederholen. Wir haben schon wieder viel Zeit verloren.

G. Gisler (SVP): Der soeben vorgetragenen Fraktionserklärung der FDP schliessen wir uns vollumfänglich an.

Uns ist insbesondere wichtig, dass die neu gewählte Schulpflege von Anfang an in das Wahlprozedere der Leiter Bildung und des Schreibers miteinbezogen wird. Denn die neue Schulpflege trägt letztlich die Verantwortung und muss auch zukünftig mit diesen neuen Leuten in der Verwaltung zusammenarbeiten. Die bisherigen Behördenmitglieder tangiert diese Wahl insofern nicht mehr.

Es muss möglich sein, schon vor dem eigentlichen Amtsantritt in den Sommerferien 2022 gewisse – nach der neuen Gemeindeordnung neu erforderlichen - Vorbereitungsarbeiten auszuführen. Dazu gehört eben die Rekrutierung der Leiter Bildung und des Schreibers. Mit einer Doppelbesetzung von 2 Behörden hat das nichts zu tun. Besten Dank.

Vizepräsident R. Diener: Besten Dank, Gaby Gisler. Es gibt noch eine persönliche Erklärung von Dani Oswald. Auch zum Thema oder zu einem anderen Thema?

D. Oswald (SVP): Geschätzter Präsident...

Vizepräsident R. Diener: Dani, ich habe eine Frage gestellt.

D. Oswald (SVP): Zum Thema, zum Thema Fraktionserklärungen.

Vizepräsident R. Diener: Nein. Dann kommt jetzt der Stadtrat dran, Entschuldigung.

D. Oswald (SVP): Uns ist es die Zeit wert, die wir investieren, weil es wichtige Themen sind und weil wir den Gemeinderat als wichtiges Gremium anschauen. Ich finde das keine Zeitverschwendung. Danke.

Vizepräsident R. Diener: Danke, Dani. Dann hat jetzt der zuständige Stadtrat das Wort, Jürg Altwegg.

Stadtrat J. Altwegg: Besten Dank für diese Inputs. Ich glaube, einen wichtigen gemeinsamen Nenner haben wir: Wir wollen nämlich die beste Schulorganisation. Ich glaube, das ist das Ziel von uns allen hier drinnen. Und ich verspreche an dieser Stelle auch nochmals hier drinnen: Das DSS macht alles, um in diese Richtung zu arbeiten.

Was wir aber aushalten müssen zurzeit, sind Unsicherheiten und Unklarheiten. Und ich kann Ihnen auch sagen: Auch meine Mitarbeitenden müssen das aushalten. Ich bin an verschiedenen Teilprojekten unterwegs, die seit dem 23. September – es sind noch keine zwei Monate her, seit diese Abstimmung war – am Arbeiten sind, um all diese vielen Verordnungen (und es sind mehr als 3-4) zu überarbeiten. Das ist der formelle, juristische Teil, aber natürlich muss auch erarbeitet werden, wie diese Übergangslösung ganz genau funktioniert. Grob haben wir das geregelt.

Was leider wirklich nicht geht, da muss ich dem widersprechen, was gesagt wurde: Die neue Schulpflege kann vor der Konstitution eben nicht tätig werden. Es ist eine Behörde. Ab dem Moment, in dem sie konstituiert ist (so steht das auch in den Übergangsbestimmungen), löst sie die bisherige ab. Und die kann dann auch nicht mehr weiterarbeiten.

Es ist aber wichtig, dass die jetzigen vier Kreisschulpflegen und Zentralschulpflege bis Ende der Legislatur die neuen Klassen, die gebildet werden für das Schuljahr 2022/2023 – da fangen jetzt schon Vorbereitungen an – das machen und abschliessen können. Deshalb auch das magische Datum vom Übergang 21./22. August. Bis dann sollte alles vorbereitet sein, damit die Schulen starten können. Das ist das Allerwichtigste, dass die Kinder in die Schule können. Und danach übernimmt dann die neue Behörde.

Und was eben nicht geht, das ist, dass sie schon ein bisschen vorbereiten. Entweder sie sind im Amt oder eben nicht. Und von daher ist auch klar: Wir brauchen zwingend die Leitungen Bildung, die unsere Schulleitungen führen. Wir können es nicht verantworten, dass diese eine Anzahl Monate ohne Führung unterwegs sind und niemanden haben, den sie fragen können. Sondern da brauchen wir wirklich gute Lösungen. Das gleiche gilt für die Schreiberin oder den Schreiber. Auch das ist eine Position, auf die die Behörde angewiesen ist. Auch der Stadtrat braucht unseren Schreiber, Ansgar Simon. Es wird teilweise ziemlich schwierig, wenn wir ihn nicht haben. Und das ist bei der neuen Schulpflege auch so.

Und deshalb werden wir nicht darum herumkommen, mit Interimslösungen zu arbeiten, bis die neue Schulpflege ihre Leute ausgewählt hat. Und das wurde ich von der BSKK auch gefragt und versuche es einmal mehr auszudeutschen: Im schlechtesten Fall haben diejenigen, die das Profil mitbringen für einen solchen Leiter Bildung, Kündigungsfristen von bis zu 6 Monaten. Also selbst wenn die neue Behörde Vollgas gibt, unter 6-9 Monaten schaffen wir das nicht, dass die definitiven Leute dort arbeiten. Natürlich würden wir uns wünschen, dass die jetzigen KSP-Präsiden sich einfach nahtlos als Leitungen Bildung anstellen lassen. Von einem Teil habe ich Bereitschaft gehört, aber wir können sie nicht verpflichten. Wenn von den vier amtierenden Präsiden vielleicht nur zwei wollen, dann müssen wir für die anderen zwei eine andere Lösung finden, sprich Übergangslösungen, welche die Leitung Bildung dann sicherstellen.

Ich hoffe, ich konnte das deutlich machen.

Vizepräsident R. Diener: Danke, Jürg Altwegg, für diese Replik. Damit ist mir keine weitere Fraktions- oder persönliche Erklärung mehr bekannt.

Traktandenliste

Vizepräsident R. Diener: Wir kommen zur Traktandenliste. Wir haben grundsätzlich keine weiteren Ergänzungen oder Änderungen aus unserer Sicht.

Das Traktandum, das wir letzten Montag auf heute verschoben haben, wird heute nach der Budgetdebatte eingeschoben.

Weiterhin gilt, dass die Traktanden 13-15 gemeinsam behandelt werden – sofern wir überhaupt bis dorthin kommen.

Es gibt keine Wortmeldungen zur Traktandenliste, damit kommen wir wieder zur laufenden Budgetberatung vom letzten Mal, die wir letztes Mal aufgrund der fortgeschrittenen Zeit unterbrechen mussten.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2021.81: Genehmigung des Budgets 2022 und Festsetzung des Steuerfusses inkl. «Novemberbrief»; Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2023 bis 2025

Vizepräsident R. Diener: Wir waren bei der Detailberatung der Produktgruppen, und zwar im Departement Sicherheit und Umwelt. Wir haben die ersten Produktgruppen verabschiedet. Es fehlt noch die letzte dieser Produktgruppen.

PG Umwelt- und Gesundheitsschutz: Da gibt es einen Antrag der SP, wo wir ein erhöhtes Quorum haben müssen, um das verabschieden zu können. Dani Altenbach wird den Antrag vorstellen.

D. Altenbach (SSK): Es ist nach meinem Verständnis ein Antrag der SSK, der in der Kommission mit 5:4 verabschiedet wurde, und ich spreche zuerst als Referent der Produktgruppe von der SSK.

Der Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz bewältigt 1. interne städtische Aufgaben hinsichtlich der Arbeitssicherheit, 2. die gesetzlichen Aufgaben beim Vollzug der Luftreinhaltung und 3. die strategischen Aufgaben im Klimaschutz, welche immer wichtiger werden. Für Letzteres ist innerhalb des UGS die Fachstelle Klima zuständig.

Der Bereich Umwelt- und Gesundheitsschutz erfüllt auf sehr effektive Art die zentrale Aufgabe, um viele andere Stellen in der Stadtverwaltung mit seinen technischen Spezialkenntnissen in Umweltfragen zu unterstützen. Das betrifft insbesondere den Austausch mit Baudepartement, den Stadtwerken und der Stadtentwicklung, wo die neue Fachstelle «nachhaltige Entwicklung» angesiedelt ist. Dem Bereich UGS kommt dadurch eine strategische Schlüsselrolle zu. Wenig Geld bewirkt da sehr viel. Die Inputs des UGS sind für die Effizienz und Effektivität von Umweltmassnahmen innerhalb der Stadtorganisation wichtig und sie haben oft eine Multiplikatorenwirkung, um die Massnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen in der Gesamtorganisation optimal zu gestalten.

Im Globalbudget 2022 beantragt der Stadtrat für die Produktgruppe 480 eine Erhöhung zum Budget, im Vergleich zum aktuellen Jahr 608'093 Franken mehr. Der allergrösste Teil der Mehrauslagen fällt auf die Fachstelle Klima.

Für den Vollzug seines Massnahmenplans Klima will der Stadtrat hier ab April 2022 zwei neue Stellen schaffen und mehr Mittel für den Beizug externer Expertisen bereitstellen.

Zuerst gehen wir noch auf Seite 188 des Budget Teil B, zu den parlamentarischen Zielvorgaben:

1. Wirtschaftlichkeit: Der Kostendeckungsgrad sinkt logischerweise, weil mit den wachsenden Aufgaben zur Koordination der Klimamassnahmen keine neuen Einnahmen entstehen, sondern nur neue Ausgaben.
2. Vollzug & Kontrolle: Hier geht es um gesetzlich verpflichtende Aufgaben der Luftreinhaltung. Die Quantitäten bleiben voraussichtlich gleich und die Kennzahlen werden belassen.
3. Dienstleistung: Im Jahr 2022 gibt es keinen Umweltbericht (zuletzt 2021) und keinen Prozess betreffend Erhalt des Label Energiestadt (nächstes Mal 2023). Von daher ist für 2022 keine Zielvorgabe enthalten.

Der Globalkredit wird wie gesagt vom Stadtrat um 608'093 Franken höher beantragt als im Budget 2021, das sind 27.65% mehr, nämlich neu 2'807'519 Franken.

Nochmals: Von diesem geplanten Anstieg entfallen gut 282'000 Franken auf Personal, nämlich plus 2 Stellen bei der Fachstelle Klima im Zusammenhang mit der Umsetzung des Energie- und Klimakonzepts 2050 bzw. - seit der Abstimmung am 28.11.2021 - Netto Null 2040. Unter der Vorgabe, ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren, ist hier sparsamer geplant worden, als man das anfänglich gewünscht hatte.

Das findet die Kommission heikel. Handelt es sich doch beim Klimaschutz um den Beginn eines langfristigen Prozesses und es scheint uns der falsche Moment, gerade zu Anfang die Ressourcen schon möglichst knapp zu halten. Der ganze weitere Ablauf könnte davon beeinträchtigt werden.

Der Budgetvorschlag rechnet jedenfalls mit einer neuen Fachperson Klima/Energie für Projektleitung und Aufbau von Know-how und als Ansprechpartner auf Augenhöhe für andere Verwaltungseinheiten sowie mit einer Fachperson Klima/Konsum, welche die Projektleitung Kommunikation übernimmt und zur Sensibilisierung und Wissensvermittlung an die Bevölkerung beiträgt.

Weitere 294'000 Franken Mehrausgaben sind im Bereich der Sachkosten geplant. Das bedeutet, dass externe Fachleute zur Umsetzung von einem ganzen Katalog von Massnahmen gegen den Klimawandel und in einige Punkten auch zur Anpassung an den Klimawandel beigezogen werden. Der «Zukauf» von externem Fachwissen bedeutet ganzheitlich betrachtet ebenfalls ein Zugeständnis an die Finanzen, denn so verzichtet man darauf, dass man die entsprechenden Fachpersonen selbst anstellt, die Führungsspanne entsprechend vergrössert und mehr Büros belegt.

Die verbleibenden budgetierten Mehrkosten verteilen sich auf höhere Beiträge an Dritte und aufgrund des Personalzuwachses auf 22'000 Franken mehr anteilige Kosten ans Departementssekretariat vom DSU.

Die SSK stellt also gegenüber dem Vorschlag des Stadtrats den Antrag: «Das Globalbudget der Produktgruppe 480 «Umwelt- und Gesundheitsschutz» wird um Fr. 135'000.00 erhöht auf neu Fr. 2'942'519.00.» Der Stadtrat beantragt 2'807'519 Franken.

Die Absicht dahinter ist, mehr Ressourcen für die Umsetzung des Energie- und Klimakonzepts zur Verfügung zu stellen. Konkret könnte das bedeuten, dass die administrative Unterstützung für die Bereichsleitung und die Leitung der Fachstelle Klima ab Jahresbeginn um 30% verstärkt werden könnte, weil die neuen Projekte gemäss Massnahmenplan eine Vielzahl neuer Kontakte und Termine mit sich bringen und mit der administrativen Verstärkung besser bewältigt werden können. Zweitens könnte zum Beispiel ab Mitte Jahr eine neue Fachkraft in der Fachstelle Klima angestellt werden, um die rollende Planung der Klimaschutzmassnahmen zu unterstützen.

Wir danken für die Unterstützung des Kommissionsantrages.

Vizepräsident R. Diener: Danke vielmals, Dani Altenbach. Es ist richtig, ich habe das falsch gesagt: Es handelt sich um einen Kommissionsantrag, der von der SSK kommt. Dazu gibt es einen Ablehnungsantrag, der von Andreas Geering gestellt wird.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion stellt den Ablehnungsantrag zum Kommissionsantrag. Mit anderen Worten: Der Nettokredit soll gemäss dem Antrag des Stadtrates unverändert mit 2'807'519 Franken bewilligt werden.

Mit dem Budgetantrag des Stadtrates wird bereits ein Stellenaufbau von 2 Stellen für die Fachstelle Klima beantragt. Uns dünkt dies schon viel, denn die eigentliche Arbeit zur CO₂-Reduktion wird ja in den verschiedenen Departementen gemacht. Bei der Fachstelle Klima dagegen geht es sozusagen um eine «Overhead-Organisation-Klima» aus mehreren Personen, welche Controlling und Beratung für die Departemente machen wird.

Neben den zusätzlichen zwei Stellen werden vom Stadtrat zusätzlich 380'000 Franken für externe Fachpersonen und Fachorganisationen beantragt. Der Stadtratsantrag stellt damit die Fachstelle mit genügend internen und externen Ressourcen auf, auch in Anbetracht des Ziel Netto Null bis 2040. Zumindest für das Jahr 2022 werden keine weiteren Ressourcen benötigt, unserer Meinung nach.

Wir bitten deshalb darum, dass wir uns auf das Notwendige beschränken und den Antrag der Kommission ablehnen und den Stadtratsantrag unverändert gutheissen. Vielen Dank.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Ich danke zuerst Dani Altenbach ganz herzlich für seine informativen Ausführungen und Erklärungen des Antrags und des Budgets des UGS.

Warum unterstützen wir von den Grünen/AL es, den Globalkredit vom UGS um 135'000 Franken anzuheben? Die Antworten liegen klar auf der Hand: In Sachen Klimaanpassungen muss es jetzt wirklich vorwärtsgehen. Der Massnahmenplan liegt zwar vor, aber vieles sind bis heute noch tote Buchstaben. Gerade wenn, wie in der SSK verlautet worden ist, in der Administration Ressourcen fehlen, ist es jetzt eminent wichtig, dass diese gesprochen werden.

Eine starke Administration hat oft Drehscheiben- und Koordinationsfunktion. Beides Kernaufgaben, ja auch neue Kernaufgaben, die die neu geschaffene Klimafachstelle jetzt innehat.

Diese Stelle, das wissen wir, gab es ja schon bis anhin. Aber der Name wurde quasi neu erfunden. Ein Teil hat ja in die Stadtentwicklung gewechselt und deshalb ist es irgendwie trotzdem eine neue Fachstelle.

Das doppelte Ja vom Stimmvolk vom vorletzten Wochenende ist zudem ein Steilpass dafür, dass Winterthur jetzt wirklich auf das Tempo drücken muss mit den Klimaanpassungsmassnahmen. Es ist eine riesige Kiste, das hat uns die Departementschefin schon mehrmals gesagt. Man könnte auch sagen: Ein Riesendampfer. Energieversorgung, Mobilität, Gebäude und Konsum - das sind die vier grossen Überbegriffe, die sich darin verstecken. Die darin enthaltenen Massnahmen gehören bekannterweise zu den verschiedensten Bereichen und Departemente.

Und dass es jetzt heute einen richtig grossen Effort braucht, um die Koordination und den Anschlag dieses Dampfers zu gewährleisten, so wie es Dani Altenbach schon ausgeführt hat, ist nicht nice-to-have, sondern ein ganz starkes must.

Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieses wichtigen Antrags.

B. Huizinga (EVP): Vor einer Woche hat die Winterthurer Bevölkerung mit einem klaren Resultat das Ziel Netto Null 2040 beschlossen. Das UGS hat ihr Budget mit dem Wissen um diese Abstimmung gemacht und Stellen für diese Massnahmen beantragt. Die EVP hat Vertrauen in die Verwaltung und die zuständige Stadträtin Katrin Cometta, dass sie dabei überlegt vorgehen. Zur gleichen Zeit viele neue Mitarbeitende einzuarbeiten, erfordert Ressourcen und auch deren Arbeitsportfolio muss korrekt und konkret sein. Wir erachten es daher zum heutigen Zeitpunkt als nicht angemessen, zusätzlich zu den geplanten Stellen noch eine neue zu schaffen, ohne dass das die Fachspezialisten vor Ort so wünschen.

Die EVP-Fraktion lehnt den Antrag der SSK ab und folgt dem Stadtratsantrag.

M. Zehnder (GLP): Wenn ich die Begründung des Reglements, der Produktgruppe und diejenige der Grünen/AL-Fraktion höre, dann denke ich, da sollte man sogar 10 Stellen neu schaffen, damit wir die Klimaziele so schnell wie möglich erreichen und den Massnahmenplan durcharbeiten können. Wenn man aber die bestehenden 9.5 Stellen im Zusammenhang mit

den zwei neuen stellt, dann ist das doch schon eine ziemlich starke Zunahme des Stellenpools. So wie uns dargestellt wurde, wird auch intern noch eine Person ersetzt werden müssen. Es müssen drei Personen neu eingearbeitet werden. Dass sogar der zuständige Produktgruppenverantwortliche findet, dass es schon genug ist, zwei neue Stellen einzuarbeiten, verstehen wir.

Die Grünliberalen stimmen deshalb dem Aufstocken um die zusätzliche Stelle nicht zu.

D. Altenbach (SP): Ich vertrete auch die SP-Position dazu. Wie gesagt ist ja das UGS ein Beispiel, um die Mittel effizient einzusetzen, indem die Fachstelle Klima ihre Kompetenzen innerstädtisch vernetzt zur Verfügung stellt. Es gibt die departementsübergreifenden Strukturen wie die Organisation «Umwelt und Energie» (strategische Ebene) und die entsprechenden zwei Fachgruppen Umwelt und Energie auf operativer Ebene. Dort werden Kenntnisse und Ressourcen zur Verfügung gestellt, damit die anderen Teile der Stadtverwaltung ihre Aktivitäten zum Klimaschutz effektiv vorantreiben können. Das ist die Schaltstelle, um den Massnahmenplan zum Energie- und Klimakonzept für Netto Null bis 2040 durchzuführen. Der Stadtrat hat in seiner Budgetvorlage den Auftrag zur Sparsamkeit schon ernst genommen und auch die ganz dringend erforderlichen Wachstumsbereiche so knapp wie möglich ausgestaltet, mit dem Allernötigsten sozusagen. Wir finden aber, Klimaziele sind mehr als das Allernötigste und deshalb benötigen sie von den verfügbaren Mitteln viel mehr als nur gerade das Allernötigste!

Die organisatorischen Fragen wurden angesprochen, aber es ist ja nicht so, dass das UGS diese Budgeterhöhung genau für das einsetzen muss. Sie könnten ja auch zuerst in die Organisationsentwicklung investieren oder in andere Grundlagen, um die Sachen voranzutreiben, die sie vorantreiben müssen.

Wir sind der Meinung, dass das aktuelle Budget eigentlich ein Sparplan ist. Es ist die minimale unentbehrliche Erhöhung, die vorgeschlagen wird, um die Massnahmen zum Klimaschutz einigermaßen umsetzen zu können. Die Erhöhung um 608'000 Franken stellt die Umsetzung von allen terminierten Zielen nicht optimal und nicht langfristig sicher. Es kann passieren, dass Aktivitäten gebremst werden, welche andere Departemente erst planen.

Die Abstimmung zu Netto Null 2040 hat vor 8 Tagen den Willen des Volkes gezeigt, dass Winterthur in diesem Thema in der Schweiz vorausgehen soll. Winterthur hat den Auftrag von seinen Stimmbürger/innen, strengste Ziele in der Klimapolitik zu verfolgen. Die Winterthurerinnen haben mit 60.4% die Variante 2040 bevorzugt und mit sage und schreibe 70.2% das neue Energiegesetz vom Kanton Zürich angenommen! Und das bei einer überdurchschnittlichen Stimmbeteiligung! Diesem Auftrag wollen wir von der SP heute schon folgen und so viele Mittel wie sinnvoll möglich einsetzen. Und wir sind der Meinung, das ist sinnvoll möglich mit dieser bescheidenen Erhöhung einen Schritt weiterzugehen.

Junge Menschen in Winterthur und in der ganzen Schweiz schauen uns auf die Finger und wir dürfen ihre Sorgen nicht ignorieren. Die Klimakonferenz in Glasgow hat uns vor 3 Wochen gezeigt, was die Klimastreikbewegung mit «Climate Justice» meint: «Die ärmsten Länder fühlen sich betrogen» lautete ein Zeitungstitel. In einer Welt mit grossen Ungleichheiten kann man nicht erwarten, dass alle genau das Gleiche machen. Aber wir müssen und wollen mit dem guten Beispiel vorangehen.

Die SP-Fraktion stimmt dem Erhöhungsantrag der Kommission Sicherheit und Soziales zu.

U. Bänziger (FDP): Der Leiter des Bereichs Umwelt- und Gesundheitsschutz der Stadt Winterthur (UGS), Peter Jann, hat in der Kommission gesagt, dass er neben den zwei budgetierten Stellen keine zusätzlichen Stellen benötigt zum jetzigen Zeitpunkt. Und ja, die zwei Stellen sind Teil des vorgestellten Massnahmenplans des Stadtrats zur Erreichung der Klimaziele. Der Wille des Volks ersetzt nicht die darauf folgende seriöse Arbeit der Stadtregierung. Es braucht kein Management durch Aktivismus, liebe SP und Grüne – oder ist es wohl Populismus?

A. Geering (Die Mitte/EDU): Bei allem Respekt, lieber Dani: Alles, was Du gesagt hast betreffend der Abstimmung Netto Null, die wir hatten in Winterthur, da gebe ich Dir Recht. Trotzdem, in der aktuellen Viertelstunde steht der Globalkredit der Produktegruppe 480 zur Diskussion. Und da hast Du natürlich auch Recht: Grundsätzlich stimmen wir über den Globalkredit ab. Aber wenn man als Kommission den Globalkredit erhöht mit der Begründung, eine zusätzliche Stelle zu schaffen, und dann im Rat in der Begründung sagt: «Ja, lieber Stadtrat, liebe Produktegruppe, Ihr könnt das Geld irgendwie brauchen, wenn Ihr keine zusätzliche Stelle schaffen wollt». - Dann ist das in meinen Ohren nicht glaubwürdig, nicht seriöse Politik. Und da kann ich eigentlich nur den Kopf schütteln dazu.

Stadträtin K. Cometta: Der Stadtrat hat das Budget in einer Gesamtschau erarbeitet. Selbstverständlich wäre es an vielen Orten schön, über mehr personelle Ressourcen zu verfügen. Und selbstverständlich haben wir beim Klimaschutz auch einen grossen Handlungsbedarf. Und gleichzeitig, das wissen wir auch alle hier – also vielleicht ist die Eintretensdebatte schon fast ein bisschen lange her, das war letzte Woche – müssen wir unseren städtischen Finanzen Sorge tragen und auch priorisieren. Im Budget 2022 sind bereits mehr Stellen im UGS budgetiert, um die bevorstehenden Aufgaben in der Klimapolitik auch anpacken zu können. Konkret sind es 200 zusätzliche Stellenprozente für diese Fachstelle Klima und auch, Andreas Geering hat das auch gesagt, einen höheren Sachaufwand. Das ist kein Sparplan, lieber Daniel Altenbach. Sondern das ist eine realistische Planung, damit wir die Massnahmen, die wir uns für nächstes Jahr vorgenommen haben, umsetzen können. Und der Stadtrat lehnt deshalb diesen Antrag ab.

Vizepräsident R. Diener: Danke für das Votum, Frau Cometta. Ich sehe, damit sind wir abstimmungsreif.

Wer im Rat den Antrag, der von der Kommission gestellt wurde, auf eine Erhöhung des Globalkredits annehmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben zeigen.

Nun die Gegenposition: Wer den Antrag ablehnen möchte, soll das jetzt mit Handerheben zeigen.

Gibt es Enthaltungen?

Damit haben Sie diesen Antrag mit klarem Mehr abgelehnt.

Wir haben damit den Umweltschutz abgeschlossen und kommen zum Departement Schule und Sport.

PG Volksschule: Da gibt es verschiedene Anträge von verschiedenen Fraktionen, dieses Mal sind es keine Kommissionsanträge. Es gibt einen Antrag der SP, es gibt Anträge von der FDP und es gibt noch der Wunsch nach einer Richtigstellung, einer Information aus der SSK, die ich dazwischen nehmen werde.

Wir beginnen gemäss Drehbuch mit dem Antrag der SP-Fraktion, Gabi Stritt.

G. Stritt (SP): Die SP-Fraktion stellt den Antrag, das Budget der Produktegruppe Volksschule um 0.8 Stellen bzw. 120'000 Franken zu erhöhen, damit die Weiterentwicklung des Projekts Tagesschule endlich vorangetrieben werden kann.

Im Mai 2017, also vor ca. 4.5 Jahren, haben SP, Grüne/AL, EVP und GLP gemeinsam das Postulat «Einführung von Tagesschulen in Winterthur» eingereicht und ein Jahr später, im Mai 2018, wurde der Vorstoss an den Stadtrat überwiesen. Die unterstützenden Fraktionen sind sich einig, dass die Zeit reif ist für eine Tagesschule. Und zwar für eine Tagesschule, die sich als Zusammenspiel von schulischer, sozialer und persönlicher Bildung versteht.

Im Postulat wird gefordert, dass der Stadtrat in jedem Schulkreis eine ungebundene Tagesschule einrichtet. Auch die ZSP hat für die Legislatur 2018-2022 festgelegt, dass bis im Jahr 2022 in jedem Winterthurer Schulkreis mindestens eine Schule in der Pilotphase für eine Tagesschule, wie im Postulat gefordert, startet. Davon sind wir noch weit entfernt.

Dass ein solches Projekt zusätzliche Ressourcen braucht, ist nachvollziehbar und logisch.

Wir sind der Ansicht, dass es eine Projektleitung braucht mit einem Pensum von mindestens

80%, das umso mehr, weil das Projekt noch nicht gestartet werden konnte und auch noch keine Projektorganisation besteht. Es ist höchste Zeit, eine Projektleitung einzusetzen, damit sie mit grossem Effort endlich die Umsetzung dieser Tagesschule in Winterthur planen und angehen kann.

Eine Mehrheit in diesem Parlament hat mit der Überweisung des Postulats klar Ja gesagt zu einer Tagesschule in Winterthur, und gleichzeitig auch den Auftrag erteilt, dieses Projekt umzusetzen. Es ist ein bisschen müssig, dass dieser Projektstart immer noch nicht erfolgt ist und das Projekt seit Jahren blockiert ist. Und es ist auch unverständlich, wenn ein Projekt, das grundsätzlich unterstützt wird, bereits in der Konzeptphase aus finanziellen Gründen nicht weitergehen kann.

Auch wenn das Departement Schule und Sport immer wieder betont, dass es in Winterthur eine Tagesschule gibt, widersprechen wir dieser Meinung ganz klar. Das Besondere an einer Tagesschule, wie sie das Postulat verlangt, liegt darin, dass Unterricht und Betreuung sowohl organisatorisch wie auch personell und räumlich verbunden werden. Und eine wichtige Grundlage für eine Tagesschule ist das gemeinsame Verständnis aller Beteiligten, das in einem Konzept erarbeitet und festgehalten ist. Das ist in Winterthur klar noch nicht der Fall. Ich habe vor einem Jahr ein sehr ähnliches Votum abgegeben. Leider ist seither in Sachen Tagesschule nichts passiert. Wir hoffen jetzt sehr, dass es dieses Mal klappt mit einem Ja zur Projektleiterstelle und damit zur Erhöhung des Globalkredits der Produktegruppe Volksschule um 120'000 Franken. Besten Dank.

Vizepräsident R. Diener: Danke für das Vorstellen. Ich möchte gerne zuerst alle Anträge vorgestellt bekommen und wir diskutieren sie dann gemeinsam. Es gibt auch von der GLP noch einen Antrag, den habe ich vorhin unterschlagen. Jetzt möchte ich zuerst André Zurai-
kat das Wort geben als Kommissionssprecher dieser Produktegruppe. Er möchte noch eine Information aus der SSK abgeben.

A. Zuraikat (SSK): Das Votum, das ich halte, bringe ich als Referent der Produktegruppe Volksschule. Es geht dabei vor allem um den Antrag der FDP-Fraktion, wo es um die Reduktion des Globalkredits geht um 75'000 Franken bzw. um Verzicht auf die 0.5 Stellen im Bereich Organisationsentwicklung neue Gemeindeordnung.

Ich möchte da richtigstellen, damit es überhaupt protokolliert ist: In der Kommissionssitzung wurde das auch entsprechend vorgestellt, dass es sich nicht wie gemäss Budget um einen Stellenaufbau handelt in der Hauptabteilung Pädagogik und Beratung, was dort falsch ist. Sondern es geht um die Hauptabteilung Schulverwaltung, präziser um die Kanzlei der künftigen Schulpflege – konkret um die Stelle als Schreiber der neuen Schulpflege. Das einfach, um das hier richtigzustellen.

Vizepräsident R. Diener: Das war sozusagen die Einleitung zu zwei Anträgen, die mir von der FDP bekannt sind. Das Wort hat Christian Maier.

Ch. Maier (FDP): Danke vielmals, André, für die Richtigstellung betreffend dieser Stelle. Das, zusammen mit der Replik von Jürg Altwegg auf unsere Fraktionserklärung, hat unsere Priorität noch ein bisschen geändert. Es gibt bekanntlich so viele Meinungen, wie es Juristen gibt. Und vor diesem Hintergrund wünschen wir uns eine transparente Begründung und Diskussion, weshalb die neue Schulpflege ihr Team nicht vor dem operativen Start zusammenstellen kann. Es handelt sich bei diesem Übergang um ein singuläres Ereignis, entsprechend gross ist auch der Interpretationsspielraum, wie das jetzt genau laufen soll.

Wir möchten, dass dieser Interpretationsspielraum zu Gunsten einer schnellstmöglichen Umsetzung genutzt wird. Und vor diesem Hintergrund ziehen wir unseren Antrag zurück und unterstützen denjenigen der GLP.

Nicht, weil da mehr Geld gesprochen wird für das Budget, sondern weil das diesem Gremium mehr Gewicht verleiht.

Vizepräsident R. Diener: Danke für Dein Votum. Ich nehme an, das war der Antrag zur Reduktion Globalkredit um 75'000, den Du jetzt zurückgezogen hast?

Ch. Maier (FDP): Ja. 0,5 Stellen, 75'000 Franken.

Vizepräsident R. Diener: Danke vielmals. Wie sieht es mit dem zweiten Antrag der FDP aus, Reduktion Globalkredit um 50'000 Franken Sachkosten? Urs Hofer, Du hast das Wort.

U. Hofer (FDP): Der Antrag von 75'000 Franken ist zurückgezogen, am nächsten halten wir fest.

Es geht um einen Antrag zur Reduktion des Globalkredits um 50'000 Franken. Es geht um die Sachkosten, noch genauer um die Honorare externe Berater und Fachexperten. Wir haben schon zwei ähnliche Anträge gehabt im Bereich Tiefbau und Städtebau letzte Woche. Auch da steigen die Kosten massiv an, und zwar von 770'000 auf rund 1.5 Millionen. Und wenn man die Budgetstruktur anschaut, dann ist klar, dass ein Grossteil davon bei der Produktgruppe Volksschule anfallen wird. Da sind Sachkosten von 25 Millionen budgetiert und das ist allgemein mit 220 Millionen Nettokredit eine Riesenkiste. Da gleichzeitig Stellen und damit interne Expertisen aufgebaut werden, erscheint der Anstieg bei den externen Beratungen übertrieben und deshalb diese mässige Reduktion.

Vizepräsident R. Diener: Danke, Urs Hofer. Damit kommen wir zum letzten Antrag, der mir bisher bekannt ist, der von der GLP gestellt wird. Monica Della Vedova, Du hast das Wort.

M. Della Vedova (GLP): Vorab danke, Christian Maier, für die treffenden Ausführungen in Eurer Fraktionserklärung.

Wir stellen den Antrag für Erhöhung des Globalkredits um 10'000 Franken für die Entschädigung der neuen Schulpflege für die Rekrutierung der Leiter Bildung und des Schreibers. Im Februar wird die neue Schulpflege gewählt, respektive bei einem allfälligen 2. Wahlgang im März. Gemäss § 33 a Abs. 3 GPR in Verbindung mit §33 [zweimal §33?] erfolgt der Amtsantritt eines Organs, sobald die Mehrheit der Mitglieder rechtskräftig gewählt ist. Das würde unseres Erachtens bedeuten, dass die neu gewählte Schulpflege bereits Aufgaben übernehmen könnte, die sich nicht mit der aktuell gewählten, noch bis im Sommer 2022 tätigen ZSP oder KSP überschneiden, nämlich die Rekrutierung der Leiter Bildung und des Schreibers der Schulpflege.

Da gibt es jedoch, wie wir vorhin gehört haben, verschiedene Interpretationen, sowohl zu den politischen Rechten als auch zu den Übergangsbestimmungen der neuen GO.

Gemäss Art. 46 lit. b und c GO ernennt und stellt die Schulpflege die vier Leiter Bildung und den Schreiber an. Um eine Lücke ab August aufgrund von Kündigungsfristen zu vermeiden, muss die neue Schulpflege die Möglichkeit haben, sich vorher zu treffen. Sollte es aus rechtlichen (für mich nicht nachvollziehbaren) Gründen nicht als Behörde möglich sein, was man rechtlich noch vertieft abklären könnte, so sollten die einzelnen Schulpfleger als Privatpersonen oder welche Funktionsbezeichnung man ihnen auch immer geben will, in den Rekrutierungsprozess miteinbezogen werden.

Es entstehen bereits diverse Arbeitsgruppen, wie wir gehört haben, für die Umsetzung der neuen Gemeindeordnung, die sich u.a. auch um die Ausarbeitung des Stellenbeschriebs Leiter Bildung kümmern. Unserer Meinung nach sollten da zwingend die neuen Schulpfleger nach ihrer Wahl auch zu diesen Arbeitsgruppen stossen und so die Möglichkeit haben, bereits informell im Vorfeld die Personalrekrutierung diese massgeblich zu beeinflussen. Mit dem Betrag aus dem Antrag können wir die einzelnen Mitglieder als Externe entschädigen.

Vizepräsident R. Diener: Danke, Monica. Damit sind die Vorstellungen der Anträge abgeschlossen. Oder gibt es aus dem Rat spontan noch weitere Anträge? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann gehen wir jetzt in die Diskussion. Das Wort hat zuerst Daniela Roth-Nater (EVP).

D. Roth-Nater (EVP): Soll ich gleich zu allen Vorlagen sprechen?

Zuerst zum Antrag der SP: Das DSS hat die 120'000 Franken nicht budgetiert und wir akzeptieren dies. Wir werden den Antrag der SP nicht unterstützen.

Die Reduktion des Globalkredits der FDP: Wir möchten auch hier nicht unnötig Kürzungen verlangen oder in diesem Fall nicht Kürzungen verlangen. Wobei uns die Expertenonorare schon auch exorbitant erscheinen. Waren es vor drei Jahren doch noch 740'000, so sind für das kommende Jahr 1.5 Millionen vorgesehen. Das ist schon sehr viel Geld, auch innerhalb des Budgets des DSS.

Dann noch zum Antrag der GLP: Wir möchten eine starke Volksschule und eine Behörde, die sich einsetzt und investieren kann. Da ist es doch nur richtig, wenn wir dem Stadtrat erklären, dass es uns wichtig ist, und wir ihn ermutigen möchten, dass das DSS die im Februar neu gewählte Schulpflege dann einlädt, sich aktiv am Organisationsprozess zu beteiligen. Die neue Schulpflege soll nach der Wahl bereits beratend miteinbezogen werden in die bestehenden Projektarbeitsgruppen. Da kann diskutiert und getüftelt werden. Die Schulbehörde kann sich dann wie geplant im August konstituieren und nahtlos weiterentwickeln. So wird dann das DSS in Zusammenarbeit mit der neuen Schulpflege bereit sein, die Leitungen Bildung einzustellen und auch den Schreiber oder die Schreiberin. Es ist doch gerade so wie ein roter Teppich, der ausgerollt wird, um die Zusammenarbeit vom DSS mit der Schulpflege freudig und konstruktiv in Gang zu bringen. Danke.

G. Gisler (SVP): Ich komme zum 1. Antrag von der SP betreffend Tagesschulen: Die SVP-Fraktion lehnt diese Erhöhung ab. Bereits jetzt können Schüler und Schülerinnen ganztags in der Schule betreut werden auf Anmeldung ihrer Eltern hin. Tagesschulen mit mehr pädagogischen Leistungen stellt unseres Erachtens eine Rechtsungleichheit gegenüber zu Hause betreuten Kindern dar und ist in dieser Form von uns nicht angestrebt.

Betreffend dem 2. Antrag von der FDP, Reduktion Globalkredit: Dem stimmen wir zu. Ich denke, wenn mehr interne Stellen aufgebaut werden, dann braucht es auch weniger externe Beraterkosten.

Zum 3. Antrag der GLP: Die neue GO sieht ja eine andere Organisation der Schulpflege vor. Bei der Besprechung der neuen GO (Gemeindeordnung) wurde in unserer Kommission ausdrücklich festgehalten, dass die neue Schulpflege das neue Gremium, nämlich die vier Leiter Bildung und ihren Schreiber, rekrutieren muss. Inhaltlich stimmen wir da der GLP zu. Wie das aber im zeitlichen Ablauf aussieht, ist noch offen. Bevor ein solcher Ablauf nicht konkret definiert ist, wollen wir keine zusätzlichen Gelder sprechen. Die SVP-Fraktion wird daher den GLP-Antrag um Erhöhung von 10'000 Franken nicht unterstützen.

R. Hugentobler (Grüne/AL): Weil es meine Vorredner/-innen so kurz gemacht haben, mache ich das Ganze auch so kurz.

Den Antrag der SP unterstützen wir. Wir finden es wichtig, dass diese Tagesschule endlich mal ins Rollen kommt. Und da noch ein Jahr zu warten und noch ein Jahr zu warten und noch ein Jahr zu warten, das bringt es einfach nicht. Wir müssen da endlich mal vorwärtsmachen, sonst fährt dieser Zug langsam aber sicher ab.

Zum Antrag der FDP, zur Reduktion des Globalkredits: Das lehnen wir selbstverständlich ab. Und zum Antrag der GLP ist nur zu sagen: Wenn es rechtlich nicht geht, dann geht es rechtlich nicht. Und da vertrauen wir dem DSS, dass die uns das auch so weitergeben und uns die Wahrheit sagen, dass das so halt einfach nicht funktioniert. An und für sich ein sympathischer Antrag, aber wir werden ihn ablehnen.

M. Della Vedova (GLP): Zum Antrag der SP: Eines der Kernanliegen der Grünliberalen ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dafür braucht es Tagesschulen auch in Winterthur, keine Frage. Es macht jedoch unseres Erachtens wenig Sinn, bereits für 2022 Geld für eine Projektleiterstelle bzw. für ein solches Projekt einzustellen, da die Weiterentwicklung der

Schule – und somit auch der Tagesschule – unter die Strategieraufgabe der neuen Schulpflege fällt. Diese wird ihre Aufgaben voraussichtlich erst im August 2022 aufnehmen und hat in der 2. Hälfte 2022 dringendere Geschäfte an die Hand zu nehmen. Die Einstellung eines solchen Betrags in das Budget macht somit erst 2023 Sinn, weshalb wir zum jetzigen Zeitpunkt die Erhöhung des Globalkredits ablehnen.

Zur Reduktion des Globalkredits bei den Sachkosten (Antrag FDP): Schauen wir uns ganz kurz die letzten Jahre an. Rechnung 2018: 332'000. Rechnung 2019: 445'000. Rechnung 2020: Ungefähr gleich. Budget 2021: 772'000, Budget 2022: 1.5 Millionen. Die Abweichung zwischen der Rechnung 2018 und dem Budget 2022 beträgt 456%. Wie ist diese massive Erhöhung gerechtfertigt? WEGA ist vorbei. Wird für alles Mögliche ein Projektli gemacht, ein Gutachten eingeholt? Man sollte doch davon ausgehen können, dass es genügend interne Sachverständige gibt, ohne ständig Externe zu beglücken. Diese Position in der Erfolgsrechnung ist ein willkommener Posten, um ein zusätzliches Kässeli zu generieren. Wir Grünliberalen stimmen dem FDP-Antrag zu.

M. Steiner (SP): Zum FDP-Antrag: Der Stadtrat hat in seiner Begründung den Bedarf der halben Stelle klar ausgewiesen und begründet. Mit Erstaunen nehmen wir deshalb zur Kenntnis, dass sich die FDP immer mehr von der konstruktiven Diskussionskultur verabschiedet. Sie hält es nicht einmal für nötig, dass ihre Anträge an einer der beiden Kommissionssitzungen zur Sprache kommen und inhaltlich diskutiert werden können.

Da wirkt das eingangs gehaltene Votum von Christian Maier zur frühstmöglichen Informationspolitik doch eher deplatziert und vor allem unglaublich.

Wir halten dieses Vorgehen für unseriös und lehnen den Antrag deshalb ab, auch wenn der jetzt als symbolischer Akt von minus 75'000 in plus 10'000 in den GLP-Antrag übergeht. Quo vadis, FDP?

Wir haben nicht nur Vertrauen in die Verwaltung, sondern auch in die neu zu formierende Schulpflege. Wir trauen diesem neuen Gremium durchaus zu, auch ohne zusätzliche symbolische finanzielle Startspritze durch das Parlament einen guten Start – mit Unterstützung durch das DSS – hinzulegen. Das gilt auch und insbesondere für die Besetzung der Leiter Bildung.

U. Hofer (FDP): Das war gerade etwas sehr absurd. In diesem Votum wurde zu 90% über einen Antrag gesprochen, der zurückgezogen wurde, und es ging nur darum, uns anzugreifen. Das zur Diskussionskultur. Bleiben wir doch dabei – man spricht nur über die Anträge, die nicht zurückgezogen wurden. Besten Dank.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Zu den einzelnen Anträgen.

Zum 1. Antrag von der SP zur Erhöhung des Globalkredits von 120'000 Franken und damit einer Stellenerhöhung von 0.8: Das lehnen wir als Mitte/EDU-Fraktion ab. Auch für uns ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Anliegen, nicht nur für uns als Partei, sondern auch als Fraktion. Wir legen Wert darauf, dass es ein bedürfnisgerechtes Angebot gibt, allerdings mit einer finanziellen Beteiligung der Eltern. In der heutigen Zeit ist es unabdingbar, dass adäquate Förderungsmassnahmen der Familienbetreuung folgen, für die auch genügend Nachfrage besteht und mit denen Familien entsprechend entlastet werden. Wir wollen aber auch, dass die verschiedenen Familienmodelle Anerkennung finden. Die Kinder und Jugendlichen sollen auch über den Mittag nach Hause gehen dürfen. Gemäss dem Volksschulgesetz müssen zwischen 7.30 Uhr und 18.00 Uhr bedarfsgerechte, unterrichtsergänzende Betreuungsangebote eingerichtet werden, was auch je nach Bedarf gewährleistet wird. Das können wir auch dem Postulatsbericht zum Thema Tagesschule entnehmen, aus dem auch Gabi zitiert hat. Aber wir erachten es als den falschen Weg, dass dafür zum jetzigen Zeitpunkt ein Projektleiter eingestellt wird. Wir möchten auch der neuen Schulpflege die Chance geben, dass sie auf gesamtstädtischer Ebene eine Bedarfsanalyse durchführt und eruiert, in welcher Form solche Angebote den Winterthurer Familien zur Verfügung gestellt werden sollen. Das liegt klar in ihrer Kompetenz, genau so, wie es bei der bald ehemaligen ZSP auch

der Fall war. Deshalb erachten wir diesen Weg als viel zielführender und lehnen den Antrag ab.

Zum Antrag der FDP über die Reduktion des Globalkredits von 50'000 Franken bei den Sachkosten: Das unterstützen wir. Wie es die FDP bereits erläutert hat, leuchtet es uns nicht ein, wieso es zu dieser massiven Kostensteigerung von fast 100% kommen soll. Wir sehen es allerdings ein, dass durch vermehrte Projekte vor allem bei den Schulbauten Gutachten und Experten nötig sein werden. Aber mit einer Reduktion von 50'000 Franken bei insgesamt mehr als 1.5 Millionen Franken erachten wir es als vertretbar, einen Beitrag zu leisten, so das Budget zu entlasten.

Zum Antrag der GLP über die Erhöhung des Globalkredits um 10'000 Franken als Entschädigung für die neue Schulpflege und die Rekrutierung der Leiter Bildung und dem Schreiber: Das lehnen wir ab mit der Begründung, dass selbst in der Vergangenheit gewählte Mitglieder der Schulpflege mit Vorarbeiten starten konnten. Ausserdem ist es ja so, dass die gewählten Behördenmitglieder so oder so aufgrund der Änderung bei der Weisung und der Verordnung über die Festsetzung der zeitlichen Beanspruchung und Entschädigung für Mitglieder der Schulpflege die Arbeitszeit aufschreiben sollen und diese Zeit dann auch kompensiert werden kann. Sollte es wirklich so sein, dass die gewählte Behörde aus rechtlichen Gründen nicht tagen kann, wie es der Stadtrat einleitend behauptet hat nach der Fraktionserklärung, löst man dieses Problem auch nicht, indem wir mehr Geld sprechen – so wie es eigentlich auch Roman Hugentobler erläutert hat. Wir sind aber bereit, an einer Lösung mitzuarbeiten, um sicherzustellen, dass diese Schulpflege schon vorher tagen kann. Und da werden wir wohl in der BSKK gefordert sein, dem nachzugehen.

Ich möchte da auch die Gelegenheit nutzen, die GLP für das Vorgehen bei diesem Antrag und beim Antrag in der Produktegruppe Sportamt zu kritisieren. Beide Anträge wurden in den Kommissionssitzungen weder besprochen noch angekündigt. Als wir damals betreffend Schulbehördenorganisation einen Änderungsantrag gestellt haben, hast Du, Urs Glättli, uns für dieses Vorgehen kritisiert und uns unseriöse Arbeitsweise vorgeworfen. Und da sieht man schön, wie das Karma ins Spiel kommt: Alles kommt irgendwann zurück. Lieber Urs, auch Du solltest zuerst mal vor der eigenen Türe kehren. Danke vielmals.

A. Steiner (GLP): Geschätzter André, da ist es ja gleich gut, dass ich vorhin schon aufgestreckt habe, um noch schnell etwas zu sagen, dann kann ich auch auf das noch eine Antwort geben. Die GLP ist nicht bekannt dafür, dass wir in letzter Minute Anträge stellen. Es kann aber passieren, dass in der Kommission Informationen hervorkommen, die so nicht im Budgetbuch drinstehen. Im Budgetbuch steht nichts von einem Schreiber. Das ist danach festgehalten worden: Oh, da haben wir einen Fehler gemacht. Leider ist diese Stelle nicht explizit als solche bezeichnet worden. Das hat uns danach bewogen, das genauer anzuschauen, und wir fanden, wenn diese Stelle schon drin ist, dann muss da auch frühzeitig rekrutiert werden können, sonst bringt diese Stelle tatsächlich nichts. Bekanntlich wird diese Stelle von der neuen Schulpflege eingesetzt. Und entweder man setzt ihn noch nicht ein, oder man geht den Weg, dass man frühzeitig die gewählten Behördenmitglieder informell zusammennimmt in Arbeitsgruppen, damit diese die Bewerbungsdossiers – nicht nur für den Schreiber, sondern eben auch für die Leiter Bildung – an die Hand nehmen können. Genau das ist unser Antrag. Es tut uns leid, dass wir das nicht früher stellen konnten, aber die nötigen Informationen lagen uns leider nicht rechtzeitig vor.

Inhaltlich: Es ist ja spannend: Bei allen Gesprächen und jetzt auch bei den Voten, da gibt es ganz viel Übereinstimmung. Wir sind uns alle einig: Der Übergang der Schulorganisation – und es ist nicht nur einfach von Behörde zu Behörde, sondern es ist nachher eine neue Schulorganisation – das wird anspruchsvoll. Und deshalb muss das sauber aufgegleist werden. Es ist richtig, dass bereits Arbeitsgruppen tätig sind – unbedingt, das ist nötig. Jetzt stellt sich die Frage, ab wann die neue Schulbehörde informell auch dort dabei sein und mitwirken kann, um nachher bei Amtsbeginn auch sauber starten und sich mit den wesentlichen Sachen befassen zu können.

Interimslösungen, auch da sind wir uns wohl einig, gilt es zu vermeiden, wo es möglich ist. Interimslösungen bergen Risiken, zum Beispiel – und das hat Jürg Altwegg bereits angetönt –

weil allenfalls unsere Kreisschulpflegepräsidien ihre Tätigkeit nicht noch ein weiteres Jahr weiterziehen können, sprich: Es gibt Interimslösungen mit Leuten, die diesen Job noch nie gemacht haben. Das gilt es aus meiner Sicht zu vermeiden. Zudem ist es mit Ineffizienz behaftet, denn es gibt einfach immer wieder zusätzliche Schnittstellen.

Und genau deshalb haben wir den Antrag gestellt, dass die neuen Behördenmitglieder sich spätestens nach dem zweiten Wahlgang möglichst früh treffen können und informell in diesen Gremien Einsitz nehmen können, wo dieser Übergang vorbereitet wird. Dass das juristisch nicht möglich sein soll, erachten wir als absolut spitzfindig. Das ist schlicht nicht möglich. Es ist auch so, dass zum Beispiel ein neu gewähltes Mitglied im Stadtrat schon zu informellen Treffen eingeladen wird, um zum Beispiel im Voraus zu diskutieren, wer dann welches Ressort haben soll. Das sind dann noch nicht einmal neue Aufgaben. Da handelt es sich um eine wirklich ganz klar abgegrenzte Aufgabe: Nämlich die Rekrutierung von diesen 5 Personen. Das ist garantiert juristisch möglich. Wo ein Wille, da ein Weg. Man muss nur wollen.

M. Steiner (SP): Geschätzter Urs Hofer, nur ganz kurz: Eine sportliche Wendung von minus 75'000 zu plus 10'000 ist doch – wir sind zwar noch nicht beim Sportamt – sehr sportlich. Und von daher gesehen passt mein Votum tipptopp.

Stadtrat J. Altwegg: Ich referiere auch in der Reihenfolge der Anträge.

Fangen wir bei der Tagesschule an, wo es eine Projektleitung geben soll. Ja, es ist richtig, die Zentralschulpflege hat sich das als Legislaturziel gegeben. Nur leider ist bis dato noch nichts aufgegleist, es fehlt aber nicht nur an Projektleitungskapazitäten. Und ich verstehe den Frust sehr gut, dass da noch nicht mehr passiert ist, da ja schliesslich eine Motion verabschiedet wurde. Es ist aber so: Die bisherige ZSP ist noch bis Mitte Jahr, also noch gut 6-7 Monate im Amt. Und bis die neue Projektleitung eingestellt würde, würden ja auch noch ein paar Monate vergehen. Ich glaube, es wäre nicht zielführend, wenn man sagen würde, die alte ZSP müsste da noch den Start machen. Die neue Behörde, wie wir schon verschiedentlich gehört haben, ist zuerst noch mit anderen Herausforderungen unterwegs. Und von daher würde es deutlich besser passen, wenn wir sagen, ab 2023 können wir dann darüber nachdenken, wie man sich um das kümmern will. In einem Nebensatz sage ich auch noch, das sagte Katrin Cometta auch schon: Bei der Stellenplanung wird genau überlegt, welche Stellen wir brauchen und wo wir allenfalls noch zuwarten. Und deshalb ist der Stadtrat auch hier der Meinung, dass man den Stellenplan nicht aufstocken sollte.

Zum Antrag der FDP zu den Sachkosten: Ja, auf den 1. Blick findet man: Läck, was ist denn da los? Ich gehe dazu auf Seite 59 Teil A. Ich hoffe, Sie haben alle diese Unterlagen bei sich, damit wir es miteinander anschauen können. Die entsprechende Position ist im unteren Viertel, das ist die Kostenart 3132, Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw. Dort haben wir tatsächlich die ungebührliche Verdoppelung von rund 770'000 Franken auf rund 1.5 Millionen. Also tatsächlich einfach mal schnell das Doppelte ausgeben. Und an dieser Stelle möchte ich mich wehren gegen den Begriff „Projektli“. Wir machen keine „Projektli“, wir machen veritable Projekte, die alle Sinn machen. Es ist aber nicht so, dass wir tatsächlich doppelt so viele Projekte machen, sondern es gibt auch eine Gegenposition. Und von daher ist es etwas schade, konnten wir das nicht zusammen anschauen in der Kommission. Das ist etwa 5 Zeilen weiter unten mit der Kostenart 3144, Unterhalt Hochbauten/Gebäude. Bisher wurden Machbarkeitsstudien und Wettbewerbe auf dieser Position geführt – und die ist nun einfach eine halbe Million tiefer unterdessen. Tatsächliche Erhöhung ist also rund 250'000 Franken. Immer noch ziemlich viel, zugegeben, aber das ist dieses Jahr damit begründet, dass wir drei grosse Projekte gleichzeitig am Start haben (Wettbewerb Schulhaus Laubegg, Wettbewerb Schulhaus Langwiesen und Wettbewerb Schulhaus Aussenwachen). Das sind drei grosse Projekte, das hatten wir so noch nicht in den letzten Jahren. Und deshalb brauchen wir die 250'000 Franken mehr unter dem Strich.

Und ich hoffe es wirklich – die Diskussionskultur wurde auch schon angesprochen – für diese Projekte, dass wir die auch machen können. Es sind wichtige Projekte für die Schule. Also Machbarkeitsstudien und Wettbewerbskosten sind neu unter Honorare externe Berater und

nicht mehr bei den Hochbauten. Das ist der wesentliche Grund für die ungebührliche Erhöhung. Ich wäre sehr froh, wenn Sie mir das im Budget belassen könnten. Dann haben wir noch den an und für sich sympathischen Antrag, das wurde verschiedentlich gesagt und das kann ich da unterstützen: Ja, ich würde auch gerne die neue Schulpflege in die Erarbeitung einbeziehen. Es ist nun aber so, die neue Behörde sind keine Angestellten von mir im DSS und sie sind auch keine externen Experten, sondern sie sind von der Bevölkerung gewählt und damit eine gewählte Behörde, die ganz besondere Befugnisse hat. Gerne lade ich diese auch ein – und das werden wir wahrscheinlich so oder so machen müssen - um gewisse Sachen vorabzuklären. Und selbstverständlich sind informelle Treffen möglich. Aber wie der Name sagt, sind diese informell. Das heisst, die Behörde kann sich zwar treffen, miteinander diskutieren, gute Ideen auszutauschen. Aber man kann sie nicht verpflichten – man kann also nicht sagen, es müssen alle dabei sein bei diesen informellen Treffen, vielleicht hat jemand keine Zeit für das – und ich kann sie auch nicht dafür entschädigen. Wir hoffen wirklich, dass ein Teil der neu gewählten Behördenmitglieder an diesen Sitzungen teilnimmt und sich einbringt. Sie kennen Ihre Leute in den Parteien und Fraktionen – bitte motivieren Sie sie, an unseren Sitzungen teilzunehmen und sich einzubringen. Aber wir können nicht sagen: Ihr müsst teilnehmen, denn Ihr seid jetzt gewählt. Und Ihr seid zwar erst ab August 2022 im Amt, aber Ihr müsst schon vorgängig an Sitzungen kommen. Das Beispiel des Stadtrats wurde genannt: Ja, auch ich war froh, schon vorgängig zu hören, wie das läuft. Auch ich war vorher im DSS, vor meinem Amtsantritt, gratis, um zu schauen und mit den Leuten zu sprechen. Das ist ihnen unbenommen und wir empfehlen es, es ist eine gute Sache. Aber das Geld nützt mir da nichts, ich darf ihnen das nicht vergüten. Und selbst wenn sie sich im März schon einig würden, wen sie anstellen möchten, so schnell sind dann die neuen Leiter Bildung und auch die neue Schreiberposition – Schreiber oder Schreiberin – noch nicht angestellt. Also vielleicht haben wir Glück und es ist jemand gerade frei, aber meist muss man von mindestens drei Monaten Kündigungsfrist ausgehen. Und von daher werden wir nicht um Interimslösungen herumkommen. Ich bin überhaupt kein Fan von Interimslösungen, aber gleichzeitig möchte ich auch nicht, dass die Schulleitungen ohne diese Position auskommen müssen und sich nirgends hinwenden können. Das ist mir ein grosses Anliegen. Das zu den drei Anträgen. Ich hoffe, ich konnte mich klar ausdrücken. Und dass bei den Sachkosten jetzt einleuchtende Argumente vorhanden sind für das, was der Stadtrat beantragt hat.

Vizepräsident R. Diener: Danke, Jürg Altwegg. Damit kommen wir jetzt zu den Abstimmungen über die drei vorliegenden Anträge in dieser Produktgruppe. Wir stimmen über alle drei Anträge einzeln ab, weil sie unterschiedliche Themenkreise adressieren.

Nach dem Drehbuch kommt zuerst der Antrag der SP um Erhöhung des Globalkredits um 120'000 Franken für die Projektleitung Tagesschule. Da brauchen wir ein erhöhtes Quorum, das heisst, es müssen mindestens die Hälfte der Gemeinderäte insgesamt, also 31, zustimmen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das mit Handerheben zeigen.

Wer diesen Antrag ablehnen möchte?

Das ist eine grosse Mehrheit. Gibt es noch Enthaltungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Damit haben Sie diesen Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum 2. Antrag, bei dem es um eine Erhöhung des Globalkredits um 10'000 Franken geht, um die Entschädigung der neuen Schulpflege für die Rekrutierung der Leiter Bildung. Auch da müssen wir ein erhöhtes Quorum haben.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben zeigen.

Wer das ablehnen möchte?

Das ist eine klare Mehrheit. Sie haben auch diesen Antrag abgelehnt.

Dann geht es noch um die Reduktion des Globalbudgets um 50'000 Franken bei den Sachkosten.

Wer diesen Antrag unterstützt, soll jetzt bitte die Hand erheben.

Wer möchte diesen Antrag ablehnen?

Gibt es Enthaltungen?

Ich denke, der Antrag ist angenommen, aber wir zählen zur Sicherheit aus.

Es ist bestätigt, eine Mehrheit hat den Antrag angenommen.

Gibt es zu dieser Produktgruppe noch weitere Anträge? Damit ist diese Produktgruppe mit diesem Kürzungsantrag so beschlossen.

PG Einkauf und Logistik: Keine Anträge, genehmigt.

PG Sonderschulung: Keine Anträge, genehmigt.

PG Familie und Betreuung: Keine Anträge, genehmigt.

PG Berufsbildung: Keine Anträge, genehmigt.

PG Sportamt: Da gibt es einen Kommissionsantrag und einen Antrag der GLP-Fraktion. Für den Kommissionsantrag hat Gaby Gisler das Wort.

G. Gisler (BSKK): Die BSKK hat mit 5:4 Stimmen einer Erhöhung des Globalkredits um 70'000 Franken zugunsten von Gratisparkplätzen für Leitende im Sport und anderen Gruppierungen zugestimmt.

Die Begründung dazu: Mit dem Budgetpostulat GGR-Nr. 2021.17 wurde unter dem Titel «Beibehaltung der Gratisparkplätze für Leitende im Sport» gefordert, dass diese Gratisparkplätze weiterhin genutzt werden können. Der Stadtrat hat in seiner Antwort auf die Abschaffung der Gratisparkplätze per 1.1.2022 beharrt. Der GGR hat in der Sitzung vom 28. Juni 2021 diese Antwort mit 27 zu 25 (bei 3 Enthaltungen) negativ zur Kenntnis genommen. Obwohl das Parlament sich zugunsten der Wertschätzung der Freiwilligenarbeit (neben dem Sport sind auch andere Gruppen betroffen, z.B. Chöre, Freizeitgruppen, Musikgruppen) entschieden hat, sind im Budget die 70'000 Franken als Erlös budgetiert.

Vizepräsident R. Diener: Der Antrag der GLP geht zum gleichen Thema, er wird von Andreas Gütermann vorgetragen.

A. Gütermann (GLP): Den Antrag, den ich im Namen der GLP stelle, hat es nicht mehr ins Drehbuch geschafft, liegt aber inzwischen auch seit über einer Woche vor und lautet: „Das Globalbudget bzw. der Antrag des Stadtrates wird um 35'000 Franken erhöht zugunsten der Sportvereine mit sehr grossem Materialbedarf für Trainings und Wettkämpfe.“

Die Begründung ist aufgeschaltet, ist aber auch in meinem Votum zu diesem Antrag enthalten. Es gibt hier Extrempositionen und der Riss geht durch alle Fraktionen: Entweder man ist für eine weitergehend nachhaltige Mobilität (und da stehen Gratisparkplätze nun mal quer in der Landschaft), oder man möchte den Sportvereinen halt weiterhin ihre Privilegien sichern und sie so in ihrem Engagement unterstützen, damit sie die Mehrkosten der zukünftig kostenpflichtigen Parkplätze nicht alleine tragen müssen.

Ich weiss, es herrscht bereits Wahlkampfstimmung, aber gibt es wirklich nur alles oder nichts? Wir müssen ja alle dazu beitragen, nachhaltig unterwegs zu sein. Aber ebenso wollen wir alle die Arbeit der Sportvereine unterstützen und wertschätzen. Von den bisher zwei Gratisparkplätzen wird meist nur einer benötigt, und zwar vom Materialwart für den Transport des Materials. Meist deswegen, weil es auch schon heute Trainer:innen gibt, die sich anders zu helfen wissen. Der zweite Parkplatz wäre sicher auch nice-to-have, aber nicht immer und überall nötig. Es ist also wohl nicht zu viel verlangt bzw. eben ein klassischer Kompromiss, wenn es in Zukunft in etwa nur noch ein Parkplatz ist, welcher indirekt gratis ist und über die Unterstützungserhöhung finanzierbar ist. Welche notabene gemäss unserem Vorschlag auch dazu verwendet werden kann, auch alternative Transportmöglichkeiten zu fördern.

In jeder Beziehung ist Geben und Nehmen wichtig - und ein Kompromiss meist die beste Lösung, will man die Welt nicht in Gewinner und Verlierer einteilen (was selten gut herauskommt und auch unserer urschweizerischen, demokratischen Tradition widerspricht).

Ich bitte Sie daher, dem Kompromissvorschlag der GLP „Erhöhung des Globalbudgets um 35'000 Franken“ zuzustimmen.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU-Fraktion unterstützt den Kommissionsantrag, den Globalkredit um 70'000 Franken zugunsten der Produktgruppe Sportamt für Gratisparkplätze für Vereine im Bereich Sport und Kultur zu erhöhen.

Wir sind enttäuscht vom Stadtrat. Anfangs Jahr haben wir zu diesem Thema, wie Gaby es schon erwähnt hat, ein Budgetpostulat eingereicht und im Juni diskutiert. Trotz der Mehrheit des Parlaments mit dem Beschluss der negativen Kenntnisnahme hat der Stadtrat nicht eingelenkt und zugunsten der Vereine in Winterthur entschieden, weiterhin Gratis-Parkbewilligungen auszustellen. Dabei geht es eben nicht um eine uneingeschränkte Parkbewilligung, sondern um zwei Parkplätze pro Belegung.

Die Entscheidung des Stadtrats kommt aber nicht überraschend, sondern hat ein klares Muster: Der Stadtrat sieht offenbar immer noch nicht ein, was die Vereine in Winterthur leisten - und das mit einem enorm grossen Beitrag zur Förderung unseres Nachwuchses. Oft auch mit einem grossen Beitrag zur Integrationsförderung. Aber das scheint den Stadtrat nicht zu interessieren, denn auch während der Pandemie war der Stadtrat abwesend und stand während der Krise nicht – vor allem bei den grossen Vereinen - zur Seite.

Fakt ist: Die Leitenden, die im Bereich Sport, Kultur und Musik unterrichten, sind auf Parkplätze angewiesen und müssen das Material transportieren können. Weil sie oft keine Möglichkeit haben, es vor Ort zu lagern oder auch von ausserhalb von Winterthur kommen.

Viele Vereine leiden unter der aktuellen Krise und wir wollen ihnen Hoffnung und Perspektive geben und nicht noch weiter plagen.

Den Antrag der GLP um Erhöhung von 35'000 Franken in Form von einem Parkplatz lehnen wir ab. Offenbar ist es der GLP nicht bewusst, dass sie damit alle Vereine bestrafen, die J&S-Angebote haben und dort, wo es mehr als 12 Personen sind, mindestens zwei Leiter vor Ort sein müssen. Das schreibt der J&S-Leitfaden vor, dass bei über 12 Personen eine weitere Leitungsperson anwesend sein muss. Ich behaupte, dass eine grosse Mehrheit der Vereine davon betroffen ist.

Ausserdem würde es einen enormen bürokratischen Aufwand für das Sportamt verursachen, wenn die Vereine entscheiden sollen, ob sie für Parkplätze oder für Lagerungsaufwände entschädigt werden.

Und vor allem: Was soll das heissen „Gruppierungen mit sehr grossem Materialtransportbedarf“? Das muss dann auch noch definiert werden.

Wir von der Mitte/EDU-Fraktion hoffen, dass die Mehrheit da die Wertschätzung der über 250 Vereine anerkennt, ihnen aufgrund der aktuellen Lage unter die Arme greift und der Erhöhung des Kredits um 70'000 Franken zustimmt.

M. Bänninger (EVP): Geschätzter André: Parkplatz = Integrationsförderung? Ich verstehe Integrationsförderung ein bisschen anders.

Als Entgegenkommen sehen wir von der EVP das Zugeständnis von einem Gratisparkplatz pro Verein pro Belegung. Mit der Unterstützung des GLP-Antrags für eine Erhöhung der Gelder um 35'000 Franken anerkennen wir, dass aktuell in den Winterthurer Sportanlagen nicht für alle Vereine genügend Platz für das Materialdepot vorhanden ist und dass deshalb das Trainingsmaterial transportiert werden muss. Wir sehen die Herausforderungen der Vereine und der Leiterinnen und Leiter der Trainingseinheiten, sei es nun im Sport oder in anderen Vereinen.

Unser grundsätzliches Ziel muss es aber sein – wenn es irgendwie möglich ist – genügend Lagerräumlichkeiten für den Trainingsbetrieb an den Trainingsorten bereitzustellen, sei dies auf Sportplätzen, in Schulhäusern oder in anderen Gebäuden. Wir fordern die Stadt daher auf, Lagerräume bei allen Um- und Neubauten immer wieder neu mitzudenken. Nur so lassen sich Materialtransportfahrten auf ein äusserstes Minimum beschränken.

R. Heuberger (FDP): Das ehrenamtliche Engagement der Winterthurer Bevölkerung ist eine tragende Säule unserer Stadt. Unseren Sozialinstitutionen, unseren Sportvereinen, aber auch

unseren Quartiervereinen und Kunst- und Kulturorganisationen – allen ehrenamtlich engagierten Winterthurerinnen und Winterthurern gehört unser grosser Dank und unsere Anerkennung. Die FDP ist deshalb, wie in den vergangenen zwei Debatten zum gleichen Thema, immer noch der Ansicht, dass diese Vereine die heutigen Gratisparkkarten für ihre ehrenamtlichen Trainerinnen und Trainer behalten dürfen – aber auch alle anderen Organisationen, die heute von dieser Regelung profitieren.

Die Winterthurer Vereine haben in den vergangenen 6 Jahren eindrücklich bewiesen, dass sie mit der internen Vergabe dieser Parkkarten sehr umsichtig vorgehen. Nur diejenigen haben eine Parkkarte bezogen, die sie auch wirklich benötigen. Von 1'500 Karten, die bezogen hätten werden können, wurden nur 850 beansprucht. Also sind diese Karten sehr bewusst und massvoll eingesetzt worden.

Im Antrag der GLP steht, dass Parkkarten vergeben werden sollen zugunsten von Vereinen und Gruppierungen mit sehr grossem Materialtransportbedarf für Training und Wettkämpfe. Wer bitte entscheidet darüber, was ein grosser Materialtransport ist? Und welche Vereine in Zukunft wie viele Karten erhalten sollen? Heute ist das klar geregelt. Pro 1 Belegung pro Woche bekommt ein Winterthurer Verein oder eine Gruppierung 2 Gratisparkbewilligungen. In Zukunft unterliegt diese Zuteilung aber gemäss Antrag der GLP der Willkür. Das wollen wir verhindern.

Aber wir teilen die Ansicht der GLP und, ich habe es mit Freude gehört, auch der EVP, dass in Zukunft pro Verein grundsätzlich eine Parkkarte zur Verfügung stehen soll. Das jedenfalls entnehme ich dem Antrag, wo steht: „Die Unterstützung entspricht dem Gebührenäquivalent für einen Parkplatz.“. Nur: Die Berechnung der GLP ist leider falsch. Die Parkkarte kostet 80 Franken pro Jahr. Das heisst, dass die GLP das Äquivalent von 440 Parkplätzen beantragt. Wenn die heutigen 1'500 Parkkarten aber 2 Parkkarten pro Belegung entsprechen, dann entspricht der Antrag der GLP also nur einer halben Parkkarte pro Belegung und nicht, wie es im Antrag suggeriert wird, einer ganzen. Wollen wir also eine ganze Parkkarte pro gebuchte Belegung, wie es die GLP, die EVP und auch wir unterstützen, dann müssen wir die 70'000 Franken unterstützen, welche die BSKK als Kommissionsantrag eingebracht hat. Die FDP jedenfalls wird das machen.

G. Gisler (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt den Kommissionsantrag. Dass sich der für den Sport zuständige Stadtrat Jürg Altwegg um den Entscheid und den Willen des Parlaments vom Juni foutiert, stösst der SVP-Fraktion extrem sauer auf. Wir wollen nach wie vor, dass die grosse Freiwilligenarbeit, die im Sport und anderswo geleistet wird, wertgeschätzt wird und unterstützen daher die Aufstockung von 70'000 Franken zugunsten des Sports.

Dem Antrag der GLP von nur 35'000 schliessen wir uns nicht an. Die Definition, die sie anbringen, «Vereine und Gruppierungen mit sehr grossem Materialtransportbedarf» erscheint uns sehr technokratisch und in der Umsetzung in der Realität zu kompliziert und generiert unseres Erachtens nur neue Ungerechtigkeiten und Verwaltungsaufwand. Die GLP erkennt mit ihrem Antrag, dass Winterthur ein grösseres Einzugsgebiet in der Region hat für spezialisierte Vereine, welche genau deswegen auf das spezifische Fachwissen von ausgewiesenen Trainern und Trainerinnen angewiesen sind. Und die kommen manchmal eben auch von auswärts, um die Kinder und Jugendlichen in diesen spezialisierten Vereinen unterrichten zu können. Aus zeitlichen Gründen fahren solche Trainerinnen und Trainer meist direkt von der Arbeit in die Trainingsstätte. Solche Vereine würden unseres Erachtens ganz klar benachteiligt.

Das Fazit: Dem Antrag der GLP können wir nicht zustimmen, sondern wir werden den Kommissionsantrag unterstützen.

R. Hugentobler (Grüne/AL): Über die ganze Parkplatzgeschichte, das wurde schon gesagt, wurde in diesem Jahr schon sehr viel gesprochen. Deshalb mache ich es wieder mal relativ kurz.

Den Kommissionsantrag für die Erhöhung um 70'000 Franken lehnen wir klar ab. An und für sich würden wir auch den GLP-Antrag ablehnen, aber wir werden – als Kompromiss – diesem Antrag zustimmen und ihm hoffentlich so zu einer Mehrheit verhelfen.

Noch ein kurzer Ausflug zur Mitte: Ihr wollt mit diesen 70'000 Franken diesen Vereinen helfen, die jetzt in der Corona-Krise so gebeutelt sind, habt aber in der Vergangenheit alles abgelehnt, was von unserer Seite her gekommen ist, um – unter anderem auch Vereine – finanziell zu unterstützen. Da finde ich das schon sehr zynisch, da die Pandemie als Argument heranzuziehen.

M. Steiner (SP): Die SP-Fraktion sieht in der Gewährung von Parkplätzen für Leitende der Winterthurer Vereine einen pragmatischen Entscheid, um dem Bedürfnis und dem Engagement für die Kinder und der Jugendförderung Rechnung zu tragen. Es handelt sich dabei um eine klar begrenzte Anzahl Fahrten, die sich auch mit der Abschiebung der Gebühren auf die Vereine nicht verringern würde. Eine Verlagerung der Gebühren ist für uns in Anbetracht einer begleitenden Jugendförderung für die Vereine angebracht. Eine einseitige Streichung erachten wir deshalb als falschen Weg. Die SP-Fraktion befürwortet daher den Kompromissantrag der GLP.

A. Zuraikat (Die Mitte/EDU): Ich möchte schon gerne eine Replik geben auf das Votum von Michi Bänninger, in dem er meine Worte etwas verdrehte. Integrationsförderung heisst nicht gleich Parkplatz, sondern integrationsfördernd ist, sich für die Winterthurer Jugendlichen und die jungen Erwachsenen und die Kinder zu engagieren. Und da geht es einfach darum, sie jetzt nicht noch mehr zu belasten, die über 250 Vereine im Bereich Sport, Kultur und Musik. Es geht rein darum.

Und den Vorwurf von Roman Hugentobler lasse ich da nicht gelten. Wir unterstützen sehr gerne Vereine, das haben wir auch bisher – aber zielgerichtet und nicht nach dem Giesskannenprinzip und nicht einzelne Institutionen mehr fördern als andere. Und da sind wirklich alle Vereine betroffen.

R. Heuberger (FDP): Ich möchte einfach wegen dem GLP-Antrag nochmals klar festhalten: Bis jetzt hätte es 1'500 Karten gegeben, die die Vereine hätten beziehen können. Sie haben diese Karten massvoll eingesetzt und haben nur die Hälfte bezogen, nämlich 850. Und mit dem Antrag der GLP halbiert ihr die möglichen Parkkarten gegenüber dem heutigen Stand nochmals um die Hälfte. Einfach dass Ihr Euch dessen bewusst seid: Es ist nochmals eine Halbierung gegenüber heute.

Ch. Hartmann (SVP): Ich möchte noch kurz etwas entgegnen auf das Votum der GLP, die gesagt hat, die ganze Sache sei eigentlich ein frühes Wahlkampfgetöse. Meine Frage ist einfach: Ist es Zufall, dass dieser Antrag erst kurz nachdem gestellt wurde, dass der Dachverband des Winterthurer Sport in seiner Umfrage zu Wahlempfehlungen bekanntgegeben hat, dass das Abstimmungsverhalten im Rat auch berücksichtigt wird?

Stadtrat J. Altwegg: Sie haben alle immer wieder von Wertschätzung für unsere Sportvereine gesprochen. Ja, das ist auch dem Stadtrat ein sehr wichtiges Anliegen und das machen wir mit der Jugendsportförderung, die wir aufgestockt haben auf das nächste Budget, und zwar für alle Sportvereine. Unabhängig davon, ob sie einen Parkplatz für einen Sportwart brauchen oder nicht.

Mit dieser Erhöhung belohnen Sie speziell die Vereine, die einen Parkplatz brauchen. Und mir wäre es ein Anliegen, dass eben alle Sportvereine profitieren könnten.

Zu Corona, auch da noch zur Erinnerung: Wir haben teilweise verzichtet auf Hallen- oder Platzmieten und haben sehr unkompliziert Stornierungen abgewickelt für die Vereine, so dass sie eben kein Geld ausgeben mussten für diese Anlagen. Selbstredend hat das die Stadt natürlich trotzdem gekostet.

Noch ein Wort zum Halbierungs-Kompromiss: Romana Heuberger hat das schon gesagt. Die Definition vom „sehr grossen Materialtransport“ ist wahrscheinlich nicht ganz einfach. Von daher muss ich mein Sportamt etwas schützen; wenn die anfangen müssen, am Telefon abzuklappern, ob das jetzt sehr gross oder eben auch nicht ist, dann müsste ich die Reservations-

stelle noch etwas aufstocken. Nein, Spass beiseite. Ich glaube, es würde darauf hinauslaufen, dass man das pragmatisch machen müsste und die Sportvereine einfach eine Parkkarte zur Verfügung bekommen würden, aber man würde es nicht weiter prüfen, was sehr gross ist und was nicht.

Die Argumente haben wir schon hinlänglich bereits bei der Beantwortung des Budgetpostulats – es war keine Budgetmotion – eingehend diskutiert. Und ich sage es nochmals: Der Stadtrat hält an seinem Budget fest.

Vizepräsident R. Diener: Danke, Stadtrat Jürg Altwegg. Damit schreiten wir zur Abstimmung.

Wir haben zwei Anträge, die sich auf dasselbe Thema beziehen, mit verschiedenen Ausprägungen. Und diesen stellen wir nun – quasi in einem Dreierticket – den Stadtratsantrag gegenüber. Das heisst, wir entscheiden jetzt zuerst in einem Auswahlverfahren darüber, welcher dieser drei Anträge hinausfällt. Und dann schauen wir weiter, welcher am Schluss tatsächlich die Oberhand behält. Das heisst, jeder von Euch hat jetzt eine Stimme, die er abgeben kann, an eine der drei Varianten, also Erhöhung um 70'000 oder um 35'000 oder den status quo, wie er im Budget des Stadtrats vorgelegt wurde.

Ich hoffe, das ist soweit klar. Wir machen jetzt die erste Runde und wir zählen aus.

Wer der Erhöhung des Globalkredits um 70'000 Franken zustimmen möchte, ...

Eine Wortmeldung von Felix Helg?

F. Helg (FDP): Das ging etwas schnell. Wir haben da schon noch eine Frage zum Abstimmungsverfahren. Wir finden, man müsste vielleicht die beiden Abänderungsanträge zum Stadtratsantrag gegenüberstellen und den obsiegenden dem Stadtratsantrag gegenüberstellen. Das wäre aus unserer Sicht das zutreffendere Verfahren.

Vizepräsident R. Diener: Das Verfahren, das Du ansprichst, ist das sogenannte Cup-Verfahren, das wir in der Vergangenheit oft durchgeführt haben. Es ist aber eigentlich nicht gemäss der übergeordneten Vorgabe. Wenn es Anträge sind, die sich gegenseitig ausschliessen, dann ist es eigentlich so vorgesehen, dass man das zweite Verfahren nutzt und das so macht, wie ich es vorhin geschildert habe. Wir haben das auch schon so durchgeführt. Gibt es da jetzt einen Antrag von Dir, dass Du dieses Abstimmungsprozedere ändern möchtest?

F. Helg (FDP): Ja, dann stelle ich gerne diesen Antrag.

Vizepräsident R. Diener: Dann müssen wir über diesen Verfahrens-Antrag abstimmen, ob wir zum Cup-System zurückkehren sollen oder ob wir das eigentlich formell korrekte Verfahren durchführen wollen, das ich vorgeschlagen habe.

Wer möchte den Antrag den FDP unterstützen, dass wir das Cup-System durchführen? Der soll das mit Handerheben bezeugen. Auszählen bitte.

Damit kommen wir zur Gegenfrage: Wer diesen Antrag, der von Felix Helg gestellt wurde, ablehnen möchte, soll jetzt die Hand erheben.

Sie haben den Antrag mit 24:28 abgelehnt.

Damit kommen wir zurück zum Verfahren, wie ich es vorgeschlagen habe. Jeder hat eine Stimme.

Wir nehmen zuerst den Antrag auf Erhöhung um 70'000 Franken. Wer den unterstützen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen. Auszählen bitte.

Wer den Antrag auf 35'000 Franken Erhöhung unterstützen möchte, soll jetzt die Hand erheben.

Wer die vom Stadtrat vorgeschlagene Basisvariante unterstützen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen. – Null.

Da die Verhältnisse klar sind: Der Antrag der GLP hat 33 Stimmen erhalten, der andere Antrag deutlich weniger. Da wir ein Quorum von 31 Stimmen brauchen, können wir auf die letzte

geplante Abstimmung verzichten. Damit hat der GLP-Antrag das Rennen gewonnen und ist somit beschlossen.

Es gibt noch Wortmeldungen?

U. Hofer (FDP): Ja doch. Wir hätten gerne noch den Antrag gestellt auf Namensaufruf, den Du uns mit diesem Vorgehen gerade abgeschnitten hast.

Vizepräsident R. Diener: Den Namensaufruf können wir natürlich trotzdem machen, dann müssen wir es aber wiederholen. Das wäre dann wieder ein Verfahrensvotum, über das wir zuerst abstimmen müssten.

U. Hofer (FDP): Du hast es so angekündigt, dass wir über die beiden Anträge noch abstimmen – und nicht den letzten Wahlgang einfach abkürzen und weglassen.

R. Kappeler (SP): Ich verstehe das Argument von Urs Hofer, allerdings widerspricht das dem Art. 41 der Geschäftsordnung. Dort heisst es „Erreicht ein Antrag in irgendeinem Umgang das absolute Mehr, ist er zum Beschluss erhoben.“ Und damit ist das eigentlich passiert.

Vizepräsident R. Diener: Danke für die Richtigstellung, Roli Kappeler. Hältst Du an Deinem Antrag fest, Urs Hofer, dass wir eine Namensabstimmung machen?

U. Hofer (FDP): Ja.

Vizepräsident R. Diener: Dann müssen wir darüber abstimmen.

Wir stimmen jetzt darüber ab, ob es noch eine Namensabstimmung geben soll für die Variante, über die wir abgestimmt haben. Es sind 20 Stimmen nötig.

Wer das unterstützen möchte, soll das mit Handerheben zeigen. Bitte auszählen.

Das waren genügend Stimmen, es sind 22.

Damit führen wir die Entscheidungsabstimmung über die beiden Varianten nochmals durch und die Namen werden aufgenommen. Die Vorbereitungen sind am Laufen. Wir führen nur noch die Entscheidungsabstimmung durch über die beiden möglichen Erhöhungsanträge. Der Stadtratsantrag ist ja herausgefallen. Wir machen noch diese Abstimmung und dann gibt es Pause.

„Ja“ bedeutet Zustimmung zur Variante über Erhöhung von 35'000 Franken, „Nein“ Zustimmung zur Variante über Erhöhung von 70'000 Franken.

Namensaufrufliste zum Geschäft: Budget 2022 – Produktgruppe Sportamt 590'000 → Zustimmung zur Erhöhung des Globalkredits um 35T Franken (Parkkarten).

	Ja	Nein		Ja	Nein
Daniel Altenbach (SP)	X		Philipp Angele (SVP)		X
Beatrice Bosshard (SP)	X		Matthias Bollmann (SVP)		X
Cristina Bozzi-Brunel (SP)	X		Gabi Gisler-Burri (SVP)		X
Astrid Erismann (SP)	X		Michael Gross (SVP)		X
Selim Gfeller (SP)	X		Stefan Gubler (SVP)		X
Marilena Gnesa (SP)	X		Christian Hartmann (SVP)		X
Bea Helbling-Wehrli (SP)	X		Walter Isler (SVP)		X

Lea Jacot-Descombes (SP)	---	---	Daniel Oswald (SVP)		X
Roland Kappeler (SP)	X		Maria Wegelin (SVP)		X
Regula Keller (SP)	X		Thomas Wolf (SVP)		X
Fredy Künzler (SP)	X		Marc Wäckerlin (PP)		X
Felix Landolt (SP)	X		Urs Bänziger (FDP)		X
Dominik Siegmann (SP)	X		Jan Fehr (FDP)		X
Maria Sorge (SP)	---	---	Yvonne Gruber (FDP)		X
Markus Steiner (SP)	X		Felix Helg (FDP)		X
Gabriela Stritt (SP)	X		Romana Heuberger (FDP)		X
Philippe Weber (SP)	X		Urs Hofer (FDP)		X
Benedikt Zäch (SP)	X		Christian Maier (FDP)		X
Andreas Büeler (Grüne)	X		Raphael Perroulaz (FDP)		X
Reto Diener (Grüne)	---	---	Anna Rellstab-Schneider (FDP)		X
Katharina Frei Glowatz (Grüne)	X		Monica Della Vedova (GLP)	X	
Christian Griesser (Grüne)	X		Urs Glättli (GLP)	X	
Nina Wenger (Grüne)	X		Andreas Gütermann (GLP)	X	
Cédric Eigner (AL)	X		Samuel Kocher (GLP)	X	
Roman Hugentobler (AL)	X		Markus Nater (GLP)	X	
Michael Bänninger (EVP)	X		Annetta Steiner (GLP)	X	
Barbara Huizinga (EVP)	X		Martin Zehnder (GLP)	X	
Franziska Kramer-Schwob (EVP)	X		Andreas Geering (Die Mitte)		X
Daniela Roth-Nater (EVP)	X		Iris Kuster (Die Mitte)		X
			André Zuraikat (Die Mitte)		X
			Zeno Dähler (EDU)	---	---

Vizepräsident R. Diener: Das Ergebnis ist bestätigt. Es waren wieder die 33 Stimmen, die für den GLP-Antrag und die Erhöhung Globalkredit um 35'000 Franken gestimmt haben. Die Entscheidung ist damit also gefallen und per Namensaufruf festgehalten. Damit schliesse ich die erste Sitzung und wünsche allen eine gute Nachtessenspause. En Guete!

Nachtessenspause.

Vizepräsident R. Diener: Geschätzte Anwesende, darf ich Sie auf den Platz bitten. Wir gehen nach der Nachtessenspause gestärkt in die 2. Runde des heutigen Abends und fahren bei der Beratung des Budgets weiter. Wir haben vor der Pause noch das Sportamt abgeschlossen und sind damit beim Departement Schule und Sport auch durch. Wir kommen jetzt zum Departement Soziales.

Ich lese wieder die Produktgruppen hinunter und frage damit indirekt nach, ob es noch Wortmeldungen oder Anträge gibt.

PG Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde: Keine Anträge, genehmigt.

PG Sozial- und Erwachsenenhilfe: Keine Anträge, genehmigt.

PG Prävention und Suchthilfe: Keine Anträge, genehmigt.

PG Individuelle Unterstützung: Keine Anträge, genehmigt.

PG Spitex: Keine Anträge, genehmigt.

PG Alterszentren: Keine Anträge, genehmigt.

PG Beiträge an Organisationen: Keine Anträge, genehmigt.

PG Arbeitsintegration: Keine Anträge, genehmigt.

Wir kommen damit bereits zum Departement Technische Betriebe.

PG Stadtwerk Winterthur: Keine Anträge, genehmigt.

PG Öffentliche Beleuchtung: Keine Anträge, genehmigt.

PG Stadtbus Winterthur: Keine Anträge, genehmigt.

PG FinöV Stadt: Keine Anträge, genehmigt.

PG Stadtgrün Winterthur: Da gibt es einen Antrag der Fraktion Grüne/AL. Das Wort hat Katharina Frei Glowatz.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Wir von der Fraktion Grüne/AL beantragen eine Erhöhung des Nettoglobalkredits von Stadtgrün um 50'000 Franken. Die Begründung ist folgende: Bis jetzt gibt es in der Stadtverwaltung noch keine übergeordneten Planungen oder Aktivitäten zu Vertikalbegrünungen. Das ganz im Gegensatz zu Zürich, wie man gerade kürzlich wieder der Presse entnehmen konnte. Oder auch anderen grossen Schweizer Städten, wo solches bereits bei den Klimamassnahmen miteinbezogen wird.

Das ganze Papier Rahmenplan Stadtklima, das im April vorgestellt wurde, enthält leider die wichtige Thematik von Vertikalbegrünung an Gebäuden mit keinem Wort. Selbstverständlich ist klar, dass Rankenpflanzen an Gebäuden und Fassaden keine Bäume ersetzen können. Aber da und dort, wo Bäume eben nicht oder nicht mehr möglich sind, gerade im sehr dicht bebauten urbanen Raum, ist auch die Thematik der Hitzeinseln besonders gross.

Die Rudolfstrasse war kürzlich diesbezüglich ein Thema, wo entlang der Bahngleise bisher keine grünen Elemente geplant wurden. Als Antwort auf das Postulat von grüner Seite hiess es damals von verschiedenen Parteien, man müsse das gesamtstädtisch anschauen und nicht nur an einer einzelnen, isolierten Strasse.

Genau dem wollen wir jetzt da entgegenkommen. Es soll nämlich vertieft evaluiert werden, wo mit welchen Varianten vertikale Begrünungen umgesetzt werden könnten. Als Ergänzung oder Flankierung von Baumpflanzungen und horizontalem Grün am Boden und auf Dächern. Wir machen an dieser Stelle gerne auch darauf aufmerksam, dass Stadtgrün Winterthur als verantwortliche Produktgruppe für Grün im öffentlichen Raum heute lediglich einen Bruchteil der personellen Ressourcen hat als zum Beispiel einer nur wenig grösseren Stadt wie Bern zur Verfügung steht. Da wundert es uns leider nicht, dass gewisse Sachen auch immer wieder unter den Tisch fallen, die sehr wichtig wären.

Danke, dass Sie diesem wichtigen Anliegen mit der Unterstützung unseres Antrags Anschubhilfe geben.

M. Gross (SVP): Wir sind grundsätzlich gleicher Meinung, dass man Vertikalbegrünungen in der Stadt prüfen muss und diese auch sinnvoll sind, gerade auch wenn es wärmer wird. Nur: Wir haben das Thema in der Kommission diskutiert und Stefan Fritschi hat uns dort versichert, dass im Globalkredit von 300'000 Franken für die 50'000 Fr. Platz sind und dass er das auch umsetzen wird. Von daher braucht es keine Erhöhung und deshalb wurde das auch in der Kommission nicht weiterverfolgt.

Ich glaube Stefan, dass er das macht. Aber dass die Grünen das als – soll ich jetzt auch sagen: Wahlkampfthema? - aufnehmen, ist okay. Inhaltlich sind wir gleicher Meinung, aber wir sind der Meinung, es braucht keine zusätzlichen 50'000 Franken, weil die 50'000 Franken pauschal im Globalkredit von 300'000 Franken Platz haben.

R. Heuberger (FDP): Michi Gross hat die Begründung gesagt: Auch wir sind der Meinung, dass man im Bereich Vertikalbegrünung mehr macht. Aber wie es bereits ausgeführt wurde, hat Stefan Fritschi klar und deutlich gesagt, dass er das im Rahmen der budgetierten Zahlen machen kann. Und von daher sind keine zusätzlichen finanziellen Mittel nötig, auch wenn die Sache sicher ein Thema ist, das alle unterstützen.

M. Bänniger (EVP): Wir von der EVP sprechen uns klar für die Vertikalbegrünungen auf Stadtgebiet aus. Andere Länder und andere Städte sind bei diesem Thema schon viel weiter und einiges innovativer. Gerade mit der Vulnerabilitätsanalyse vom Rahmenplan Stadtklima wird klar aufgezeigt, dass auch Winterthur zukünftig einer wachsenden Wärmebelastung ausgesetzt wird.

Wir sehen in den Vertikalbegrünungen ein wichtiges Mittel, um die städtischen urbanen Zentrumsgebiete für die Bevölkerung kühl zu halten. Kahle Betonwände mögen zwar aus der Architektenperspektive ästhetisch und durch die klare und ruhige Oberfläche kühl wirken – für die betroffene Bevölkerung sind diese wärmeabstrahlenden Betonwände an Sommertagen reine Hitzeinseln mit null Aufenthaltsqualität.

Durch eine einfache Vertikalbegrünung würde sich das ändern lassen.

Wir sehen klaren Nachholbedarf bei Stadtgrün und auch bei den Privaten, sich mit der Thematik Vertikales Grün zu befassen und dieses Wissen auch in Winterthur aktiv einzusetzen. Wir sind aber von der Fraktion her klar der Meinung, dass das im Globalkredit von Stadtgrün Platz haben muss.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Inhaltlich kann ich mich den letzten drei Votierenden anschliessen. Grundsätzlich sind wir als Mitte/EDU-Fraktion der Meinung, dass innerhalb des geplanten Budgets dem Zweck der Antragsstellenden Genüge getan wird. Übersetzt würde das heissen: Vertikalbegrünungen haben Potenzial, dem soll nachgegangen werden – man kann und soll das aber mit dem Geld machen, das ohnehin im Globalkredit vorgesehen ist für die Projektarbeit und es braucht keine Erhöhung.

Wir von der Mitte /EDU-Fraktion lehnen die Erhöhung ab.

F. Landolt (SP): Wir stimmen dieser Erhöhung zu. Es geht uns vor allem darum, dass es ein klarer Auftrag ist. Es wurde jetzt immer gesagt, das ist schon gut und man soll das machen – aber wenn man die 50'000 spricht, dann ist es ein klarer Auftrag und man kann das Ergebnis dann auch abrufen. Und ob das Geld so einfach reicht? Als Referent von Stadtgrün kenne ich die Diskussionen, kenne ich die Rechnungsabschlüsse und kenne ich die Budgetierungen. Und in meinen Augen ist immer alles mega knapp. Vor allem personell, vor allem auch in Planungsgeschichten, in Freiraumplanungsgeschichten. Und deshalb unterstützen wir diesen Antrag.

M. Nater (GLP): Stadtgrün plant ein Gesamtkonzept bezüglich Begrünung, bei dem Vertikalbegrünung gemäss Stefan Fritschi auch darin vorkommt. Wir begrüssen aber auch den

Ansatz der Grünen, dass das jetzt gesamtheitlich angeschaut wird und nicht nur auf eine Strasse. Es muss aber auch angestrebt werden, dass möglichst auch die Privaten miteinbezogen werden. Denn die Privaten haben wirklich die Möglichkeit, auch Vertikalbegrünungen bei ihren Liegenschaften einzubringen. Da das im bestehenden Kredit schon drin ist und wir das als klaren Auftrag sehen, was auch von Stefan Fritschi bestätigt wurde, werden wir von der GLP den zusätzlichen 50'000 Franken nicht zustimmen.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Da wahrscheinlich klar ist, dass unser Antrag keine Mehrheit findet, möchte ich gerne noch eine kurze Replik an die ablehnenden Fraktionen sagen. Es freut mich zu hören, so viel grundsätzliche Unterstützung zu bekommen. Aber wir werden es sehen, wenn das Jahr vorbei ist, ob das dann wirklich auch umgesetzt wurde. Das Grün fällt ja bei den Budgetierungen, das kennt man so aus Planungen, oftmals ein bisschen heraus, wenn das Haus gebaut ist. Wenn es noch Geld hat auf der hohen Kante, dann gibt es noch einen schönen Garten – und sonst war es halt Pech. Und deshalb wäre es sehr wichtig gewesen, dass man dieses Geld, mit einem fixen Auftrag, so eingestellt hätte. Aber wir hoffen, dass es trotzdem kommt. Wir werden es dann sehen.

Stadtrat St. Fritschi: Ich möchte es nicht länger machen, ich möchte nur sagen, dass wir als Stadtrat ein ausgewogenes Budget beantragt haben und deshalb keiner Ausweitung des Budgets durch das Stadtparlament nachgeben. Wir sind auch bei Kürzungen nicht der Meinung, dass das gemacht werden muss – also sind wir auch bei Ausweitungen nicht dieser Meinung.

Vizepräsident R. Diener: Danke für das Votum. Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen.

Wer den Antrag ablehnen möchte, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen.

Das ist eine klare Mehrheit.

Gibt es noch Enthaltungen? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit haben Sie diesen Antrag abgelehnt und damit ist die Produktgruppe Stadtgrün auch so genehmigt, wie sie vorgelegt wurde.

Damit ist das Departement Technische Betriebe als Ganzes abgenommen.

Wir kommen jetzt zu Behörden und Stadtkanzlei.

PG Stadtkanzlei: Da gibt es Anträge, und zwar einen Kommissionsantrag und einen Fraktionsantrag SVP/PP. Das Wort hat zuerst Franziska Kramer für den Kommissionsantrag zur Reduktion des Globalbudgets.

F. Kramer (AK): Die AK stellt den Antrag auf Kürzung des Globalbudgets um 180'000 Franken, was den mutmasslichen Lohnkosten für die Stelle des Portfolio-Managers Digitalisierung entspricht. Die Stadtkanzlei möchte ein Digitalisierungsportfolio für die ganze Stadt aufbauen. Über dieses Digitalisierungsportfolio sollen alle Digitalisierungsprojekte gesteuert werden. Es würde auch ein neues Plenum geschaffen, strategisches Digitalisierungsboard genannt. Der Portfolio-Manager wäre Teil dieses Boards. Aufgabe des Portfolio-Managers wäre im Weiteren, Digitalisierungsprojekte zu beurteilen, Anwendungsbereiche zu überprüfen, selbst Projekte zu initiieren und Schnittstellen zu betreuen.

Eine Mehrheit der AK ist der Meinung, dass zuerst das Digitalisierungskonzept an sich beschlossen werden soll und anhand dieses Konzepts nochmals geprüft werden muss, ob ein solcher Überbau Sinn macht. Die AK hat diesen Kürzungsantrag mit 6:5 Stimmen angenommen.

Auf dieser Folie sieht man noch einen zweiten Punkt: Wir haben im Übrigen im Produkt Kanzleifunktion einen Fehler im Budgetbuch gehabt, bei der Auflistung der Leistungsmengen bei Einbürgerungen. Wir haben diese Zahl in Absprache mit den Verantwortlichen für die Einbürgerungen in der AK besprochen und im Mai abgeändert. Auf der Folie sehen Sie jetzt den al-

ten Auszug aus dem Budget. Auf der nächsten Folie sehen Sie, wie es in der AK übereinstimmend geändert wurde. Das ist im Budgetbuch falsch drin, ist aber inzwischen geändert worden, so dass nun alles seine Richtigkeit hat. Das betrifft aber nur den Informationsteil des Budgets und deshalb informieren wir heute Abend über das, müssen aber nicht darüber beschliessen.

Vizepräsident R. Diener: Danke, Franziska, für diese Erläuterungen. Dann möchte ich auch gleich den zweiten Antrag in den Raum bringen, damit man über beide diskutieren und debattieren kann. Das ist ein Antrag, der von SVP/PP kommt. Marc Wackerlin.

M. Wackerlin (PP/SVP): Dieses Mikrofon funktioniert auch nicht.

Es geht da um das Budget der Feierlichkeiten von 100 Jahre Eingemeindung. Wir finden das in Ordnung, dass man diese Feierlichkeiten durchführt. Aber wir möchten beantragen, dass man das Budget - das bei der Stadtkanzlei angesiedelt ist, im Umfang von 300'000 Franken - um 50'000 Franken absenkt. Nach dem Prinzip Feierlichkeiten ja, aber angesichts unseres angespannten Budgets in einem etwas kleineren Umfang.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Ich beginne mit dem Antrag der SVP. Es sind ja 300'000 für die Festlichkeiten Eingemeindung vorgesehen. Das finden wir einen sehr hohen Betrag. Und wir können uns gut vorstellen, dass das Geplante auch etwas preiswerter erbracht werden kann - und zwar ohne dass das ganze Vorhaben abgesagt werden muss. Deshalb unterstützen wir den Antrag.

Zum Portfolio-Digitalisierungs-Manager: Der Bereich von Smart City ist bei der Stadtentwicklung und dort ist es aus unserer Sicht auch am richtigen Ort. Nun wird bei der IDW die Digitalisierung der Verwaltung angesiedelt. Wir wollen, wie es Franziska gesagt hat, zuerst das Digitalisierungskonzept sehen und verstehen. Aus unserer Sicht können und sollen die zwei Bereiche Smart City miteinander departementsübergreifend zusammenarbeiten. Wir sehen weder Bedarf noch Begründung, wieso es diese Stelle jetzt braucht. Deshalb unterstützt die Mitte/EDU-Fraktion die Streichung dieser Stelle.

S. Kocher (GLP): Ich beginne mit dem Digitalisierungs-Manager. Wir verstehen sehr gut, dass offensichtlich departementsübergreifende Projekte schwierig zu koordinieren sind. Eine Koordination soll aber immer unabhängig vom Projekt stattfinden, um das Anliegen effizient abwickeln zu können. Da wird jetzt eine Stelle geschaffen, obschon wir das genaue Anliegen, also das Umsetzungsziel, noch nicht im Detail kennen. Zudem, wenn es einzig um die Koordination zur Umsetzung eines Digitalisierungskonzepts über beide Departemente geht, könnte oder sollte das eine zeitlich befristete Stelle sein. Wenn wir besser verstehen, was genau gefordert ist und was diese Stelle für Aufgaben koordinieren muss, dann sind wir gerne bereit, das nochmals anzuschauen. Heute unterstützen wir den entsprechenden Kürzungsantrag.

Zu den Feierlichkeiten: Diesen Antrag werden wir auch nicht unterstützen. Die Planung ist weit fortgeschritten und für das ganze Vorhaben gibt es ein abgestimmtes Konzept. Eine Kürzung um 50'000 würde nicht einfach bedeuten, dass man gezielt aus dem Programm streichen oder anders organisieren könnte - es würde das Gesamtkonzept gefährden und man müsste von vorne beginnen. Das macht zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn.

F. Kramer (EVP): Wir unterstützen die Planung des Stadtrats und seine Prioritätensetzung im Grundsatz. Weiter finden wir es sinnvoll, Digitalisierung zu koordinieren und auch da departementsübergreifend tätig zu sein. Winterthur soll bewusst Entscheidungen treffen und diese umsetzen, nicht bloss von der Technik gesteuert werden. Uns ist ja eben genau wichtig, dass die Departemente Prioritäten setzen und Absprachen treffen. Wir lehnen deshalb den Streichungsantrag ab.

Den Antrag auf Kürzung der Eingemeindungsfeier lehnen wir auch ab. Das Projekt wurde uns unter dem Jahr im Detail vorgestellt. Es ist nicht angemessen, das Projekt zu unterstützen, die notwendigen Finanzen dafür aber nicht zu sprechen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir haben als Fraktion Grüne/AL Smart City-Vorstösse immer mitgetragen. Wir finden das nach wie vor wichtig und es erstaunt uns auch nicht, dass das ab und zu dazu führt, dass man eine neue Stelle sprechen muss. Insofern finden wir es falsch, jetzt diese Stelle in Frage zu stellen. Es ist auch zu berücksichtigen, dass – soweit ich gehört habe – das Digitalisierungskonzept eigentlich mehr oder weniger steht und uns demnächst gezeigt werden kann. Und es wäre extrem schade, wenn man so praktisch ein Jahr zurückfällt.

Es ist aber richtig, dass es uns schon auch aufgefallen ist, dass bei der Stadtkanzlei die Kosten steigen. Es ist etwas schwierig, dort zu vergleichen, weil man auf den 4-Jahres-Zyklus schauen muss. Und es ist uns weiter auch aufgefallen, dass dort immer mehr Personal arbeitet. Aber ich glaube, das ist jetzt wirklich der falsche Punkt zum Eingreifen. Wir wollen weitermachen mit der Digitalisierung.

Wir lehnen diesen Antrag also ab.

Ebenfalls lehnen wir die Streichung der 50'000 Franken für die Festlichkeiten der Eingemeindung ab. Wir sind, wie es vorhin schon erwähnt wurde, in der Aufsichtskommission ausführlich darüber informiert worden und es hat sich dort kein Widerstand gezeigt. Deshalb bin ich erstaunt, dass dieser Widerstand jetzt kommt.

Im Übrigen glaube ich, was uns präsentiert wurde in der Aufsichtskommission, war sehr interessant und sehr vielversprechend. Und ich freue mich auf die Feierlichkeiten.

Wir lehnen also diese beiden Anträge ab.

D. Siegmann (SP): Seitens der SP-Fraktion möchte ich die Kommissionskürzungsanträge gerne zurückweisen.

Die Digitalisierung unserer Verwaltung ist noch lange nicht abgeschlossen und sie wird es wohl auch nie abschliessend sein. Es enttäuscht da schon sehr, dass bei diesen zukunfts-trächtigen Themen rund um ICT chronisch der Sparhebel angesetzt werden soll.

Etwas möchte ich in diesem Zusammenhang auch noch klären: Die Stadtkanzlei hat sich nicht um diesen Auftrag gerissen, einen solchen Portfolio-Manager einzustellen, um gewisse ICT-Aktivitäten miteinander zu koordinieren. Nein, sie hat den Auftrag dafür vom Stadtrat erhalten. Und genau dieser koordinative Aufwand ist auch wichtig und zentral zwischen den zahlreichen Stakeholdern bei diesen ICT-Projekten, das liegt in der Natur der Sache. Neben der Stadtkanzlei ist da auch die IDW oder für die Projekte von Smart City die Stadtentwicklung zuständig.

Die Begründung, dass zuerst ein Digitalisierungskonzept vorliegen soll, wirkt da ein bisschen dünn. Denn auch ein solches Konzept muss a) von jemandem erstellt werden, b) es muss permanent aktuell gehalten werden und es muss c) auch mit angemessenen Ressourcen umgesetzt werden. Wir bitten deshalb im Namen einer zukunfts-fähigen und innovativen Stadtverwaltung, diesen Antrag abzulehnen.

Kurz auch noch zur Reduktion vom Globalkredit zu den Feierlichkeiten: Es gibt ja eher schwarzen Schnee – wobei, auch das kommt in dieser Region in unmittelbarer Nachbarschaft der Kehrrechtverbrennungsanlage ab und zu vor - trotzdem: Es gibt eher schwarzen Schnee als dass die Festivitäten der Stadt Winterthur nicht von einem SVP-Kürzungsantrag beglückt werden würden. Ich muss da nicht mehr darauf eingehen. Das Projekt wurde uns vorgestellt in der AK, es macht durchaus einen nachhaltigen und guten Eindruck. Es ist für die ganze Bevölkerung. Sonst kann man das auch gleich als Kindergeburtstag deklarieren und wir Gemeinderäte bringen alle einen Kuchen mit. Ich danke Euch für Euer Verständnis.

R. Keller (SP): Dominik Siegmann hat als Arbeitsteilung bereits mein Votum gehalten – es ist also schon beendet.

U. Hofer (FDP): Ich spreche zum Kürzungsantrag der Eingemeindungsfeierlichkeiten, den anderen Antrag wird mein Kollege, Felix Helg, begründen.

Es gibt ja zwei Gründe, weshalb wir diesem Antrag nicht zustimmen. Vieles wurde schon gesagt: Die Planung wurde frühzeitig in der AK vorgestellt und es gab keine kritischen Voten.

Jetzt ist vieles bereits aufgegleist und eine Kürzung des avisierten Budgets um 16,6% würde unweigerlich erhebliche Probleme bereiten. Und die Festlichkeiten sind für die Bevölkerung gedacht. Da zu sparen wäre ein falsches Signal. Da könnte man aus unserer Sicht eher mal auf die Einladung der Parlamentsmitglieder und Behördenabende verzichten.

F. Helg (FDP): Ich spreche noch zum Kommissionsantrag bezüglich Portfolio-Manager. Die FDP-Fraktion wird diesen Kommissionsantrag unterstützen und folgt auch der Argumentation, wie sie jetzt von anderen Votanten schon vorgebracht wurde. Die Digitalisierungsstrategie ist noch nicht verabschiedet. Wir wissen dazu noch nichts oder zumindest nichts Genaues. Es sind auch verschiedene Bereiche betroffen: Neben der Stadtkanzlei die IDW und die Stadtentwicklung mit der Smart City-Stelle, so dass wir da noch nicht genau durchschauen, in welche Richtung das geht.

Aus unserer Sicht müsste man sich vielleicht auch fragen, ob man jetzt in dieser ganzen Digitalisierungsstrategie, die ja die Stadt betrifft, nicht – statt einzelsprungweise vorzugehen – eine Gesamtvorlage vorbereiten müsste, die alles zusammenfasst, so dass man das ganze Paket im Überblick beurteilen könnte. Das wäre doch eine Erleichterung und würde dazu dienen, dass man mehr Vertrauen schöpfen könnte.

M. Wackerlin (PP): Ich möchte noch schnell entgegnen: Es haben jetzt einige gesagt, dass es keinen Widerstand gegeben habe gegen das Konzept für diese Feierlichkeiten. Das ist völlig richtig, da machen wir keinen Widerstand dagegen. Aber ein Preis wurde zum ersten Mal jetzt mit dem Budget genannt. Und ich denke, man darf durchaus auch über den Preis reden. Es kann nicht sein, dass Sie irgendein Konzept vorstellen und dann ist das gekauft, ohne dass man den Preis überhaupt auch nur angeschaut hat. Und vielleicht, in Zukunft, wenn ein Konzept vorgestellt wird, müssen wir halt in der AK darauf bestehen, dass man beim Konzept auch den Preis nennt.

Stadtpräsident M. Künzle: Ja, mit diesen drei Anträgen bei der Stadtkanzlei...

Punkt 1 war die Fehlerkorrektur: Da schliessen wir uns seitens des Stadtrats an.

Punkt 2 war die Kürzung der Position Portfolio-Manager. Da hinterlasst ihr uns ein bisschen ratlos, wenn nicht fast irritiert. Ich gehe davon aus, dass alle Parteien in ihren Parteiprogrammen irgendwo einen Hinweis auf Digitalisierung haben. Ich gehe davon aus, dass bei allen diesen Wahlprogrammen, die jetzt dann wieder auf den Markt kommen, bei allen Wahlflyern, Digitalisierung ein Wort sein wird. Etwas, bei dem man vorwärtsmachen will. Und von daher würde man ein total falsches Zeichen setzen, wenn man genau bei der Digitalisierung kürzt. Bei einem Thema, bei dem es darauf ankommt, ob man jetzt etwas entscheidet oder erst in einem Jahr. Da geht es um neue Technologien, da geht es um das Anwenden von neuen Prozessen. Und das ist etwas, was man nicht einfach so auf die lange Bank schieben kann. Wir haben bei uns intern, das wurde richtig gesagt, die Smart City Fachstelle bei der nachhaltigen Stadtentwicklung. Die Aufgabe, die sie haben, ist vor allem, Projekte an Land zu ziehen, die Vernetzung mit verschiedenen Bundesämtern, mit externen Partnerinnen und Partnern. Und das machen sie sehr gut. Und jetzt haben wir im Stadtrat entschieden, dass wir noch ein Digitalisierungsboard machen. Digitalisierung innen, in der Stadtverwaltung. Und das hat natürlich auch einen Einfluss auf die Aussenkontakte mit der Bevölkerung. Und da braucht es, wenn man alle die Projekte, die da am Laufen sind, koordinieren und kontrollieren möchte und schauen, dass sie wirksam sind, dann braucht es das, dass wir da so einen Portfolio-Manager oder -Managerin haben. Es ist nicht auf dem Mist der Stadtkanzlei gewachsen, sondern der Stadtrat hat bewusst zum Thema Digitalisierung gesagt, dass man das gerne aufbauen möchte. Und der Stadtrat sagte, man will das bei der Stadtkanzlei machen. Es ist also ein stadträtlicher Entscheid.

Zurzeit, national, gab es einen Zusammenschluss vom nationalen Steuerausschuss E-Government, wo ich dabei bin, zusammen mit der Schweizerischen Informatikkonferenz. Das legt man zusammen, um die ganze Digitalisierung nochmals meilenweit voranzubringen. Also

eigentlich ein nationaler Schulterschluss mit dem Ziel, dass man schneller in der Digitalisierung zu Entscheidungen kommt. Also national gibt man Gas, und hier bei uns in Winterthur steht man auf die Bremse.

Ich habe ein gewisses Verständnis wegen dem Vertrauen, aber wir haben in der Kommission darüber informiert und Sie würden wirklich das falsche Zeichen setzen, wenn Sie bei dieser Position kürzen. Ich bitte Sie da wirklich, diese Position laufen zu lassen für eine zukunftsgerichtete Stadtverwaltung.

Und dann zum 3. Punkt, Feierlichkeiten: Die 300'000 kürzen... Sie wissen gar nicht, was Feierlichkeiten, egal was es ist, kosten. Die sind kostspielig. Wir haben das Projekt aufgelegt, wir haben es vorgestellt, wir waren in der Kommission. Und von daher: Gross stoppen ist noch schwierig. Natürlich würde es irgendwie gehen, aber wir haben unser Konzept aufbereitet, die Leute sind am Arbeiten. Deshalb möchte ich Ihnen wärmstens ans Herz legen, nicht zu sparen. Sonst gibt es dann an diesen Feierlichkeiten nur Salzstängeli und Erdnüsse.

Vizepräsident R. Diener: Danke, Mike Künzle. Damit schreiten wir zur Abstimmung. Wir stimmen über die beiden Anträge getrennt ab.

Zuerst kommt der Antrag der Kommission um Reduktion des Globalkredits um 180'000 Franken.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen. Auszählen bitte.

Wer diesen Antrag ablehnt, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen.

Der Antrag ist mit 30:24 angenommen.

Wir kommen zum 2. Antrag, Reduktion des Globalkredits um 50'000 Franken.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Wer diesen Antrag ablehnen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Das ist eine klare Mehrheit, damit haben Sie diesen Antrag abgelehnt.

Damit ist diese Produktegruppe Stadtkanzlei mit diesem Kommissionsantrag so beschlossen und abgenommen.

PG Stadtparlament: Auch da gibt es einen Antrag der SVP/PP-Fraktion. Marc Wäckerlin.

M. Wäckerlin (SVP/PP): Auch da geht es um Feierlichkeiten. Wir haben nun schon 300'000 Franken Feierlichkeiten bei der Stadtkanzlei drin. Dann macht es keinen Sinn, dass wir im Stadtparlament nochmals für 50'000 Franken feiern. Wir sind der Meinung, die Stadt Winterthur muss insgesamt nach wie vor sparen. Und wenn man schon spart, dann fängt man bei sich selbst an. Also streichen wir unsere Feierlichkeiten ganz.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Es scheint tatsächlich Wunder zu geben – mein Mikrofon funktioniert.

Ich glaube, es geht um dasselbe wie vorhin schon gesagt. Es ist einfach so, dass man diese Feierlichkeiten feiern soll und da gehört halt auch ein bestimmter Betrag Geld dazu. Und falls wir da wirklich auf die Idee kommen sollten, so viel herauszustreichen, dann müsste man sich aber schon auch die Konsequenz überlegen und dann gibt es halt keinen Wein mehr, sondern nur noch Bier. Wir lehnen diesen Kürzungsantrag ab.

R. Keller (SP): Ich muss mich zuerst bei meinem Kollegen entschuldigen. Es ist tatsächlich so, dass vorhin er das Wort hatte und ich das nur gedacht habe. Also, ich nehme alles zurück, was ich vorhin gesagt habe.

Wir lehnen diesen Antrag auch ab mit der Begründung, die Christian jetzt gerade gesagt hat. Es macht einfach keinen Sinn, zum jetzigen Zeitpunkt zu sagen, wir müssen so sehr sparen und deshalb trinken wir nichts oder es gibt nur Nüssli oder es gibt überhaupt nichts von einer Feier. In dieser Dimension habe ich keine Lust, politische Diskussionen zu führen. Und ich finde einen solchen Antrag ein bisschen ein Armutszeichen. Wie gesagt, wir lehnen den Antrag ab.

F. Helg (FDP): Wir von der FDP lehnen diese Kürzung ab. Es ist ja auch entsprechend kein Kommissionsantrag. Der Gemeinderat – es sind die letzten Momente, wo man noch Gemeinderat sagen darf, nachher ist es das Stadtparlament – soll sein Licht nicht unter den Scheffel stellen, wie man mit einer Redewendung sagen könnte, oder mit anderen Worten: Der Gemeinderat soll sehr wohl auch das Recht haben, selbst die letzten 100 Jahre der Parlamentsgeschichte zu beleuchten. Wir haben ja auch eine andere Funktion als die Verwaltung und als der Stadtrat. Und das ist doch eindrücklich, dass das 60köpfige Parlament – eben bis anhin der Gemeinderat - die 100 Jahre da regiert hat in Winterthur.

F. Kramer (EVP): 100 Jahre Stadtparlament ist ein Jubiläum, das nicht alle Tage vorkommt. Und das Budget dafür ist massvoll. Wir lehnen deshalb den Streichungsantrag ab.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Die Mitte/EDU findet 50'000 Franken für ein Gemeinderats- oder Stadtparlaments-Fest anlässlich der Eingemeindung auch sehr hoch. Wenn noch 200 Personen am Fest teilnehmen, macht das 250 Franken pro Person aus. Ich habe schon einige Anlässe organisiert, aber so ein stattliches Budget hatte ich noch nie. Aber den ganzen Betrag zu streichen, wie das die SVP das beantragt, finden wir doch etwas übertrieben und deshalb werden wir den Antrag nicht unterstützen. Wir appellieren aber an die Ratsleitung, den Betrag nicht voll auszuschöpfen und einen massvollen Betrag pro Person einzusetzen.

Vizepräsident R. Diener: Der Stadtrat verzichtet auf eine Äusserung.

Da es ein Parlamentsgeschäft ist, können wir direkt zur Abstimmung schreiten.

Wer dem Antrag stattgeben, das heisst ihn annehmen möchte, soll das mit Handerheben bezeichnen.

Wer den Antrag ablehnen möchte, ist jetzt an der Reihe mit Hand erheben.

Das ist eine ganz klar überwiegende Mehrheit. Damit haben Sie auch die Produktgruppe Stadtparlament abgenommen und bewilligt wie im Budget.

PG Finanzkontrolle: Keine Anträge, genehmigt.

PG Ombuds- und Datenaufsichtsstelle: Da gibt es einen Kommissionsantrag, der von Urs Hofer gestellt wird.

U. Hofer (AK): Bei der Produktgruppe Ombuds- und Datenaufsichtsstelle gibt es zwei Themen, die ich als Kommissionsreferent kurz vorstellen möchte:

1. Der Audit bei der Ombudsstelle. Auf Wunsch der Aufsichtskommission wird die Ombudsstelle nächstes Jahr mindestens 1 Audit machen. Das ist auch als Zielvorgabe drin, wir empfehlen aber 2-3. Damit das möglich wird, rechnet Narcisa Wolf damit, dass sie während rund drei Monaten mit einem um 15% höheren Pensum arbeiten muss. Das gibt Mehrkosten von 2'430 Franken pro Monat. Die Aufsichtskommission ist diesen Mehrkosten wie auch dem Auftrag, mindestens 1 Audit zu machen, einheitlich positiv gegenübergestanden. Gemäss der Erfahrung aus den letzten Jahren sollte jedoch die Finanzierung über das existierende Budget möglich sein, da es sehr grosse Reserven für Unvorhergesehenes enthält. Alternativ wäre notfalls auch eine Finanzierung über die Produktgruppenrücklage möglich. Zu diesem Punkt am Schluss noch der Hinweis, dass es zu dieser temporären Stellenaufstockung auch noch einen Beschluss der Ratsleitung brauchen wird.

Jetzt zum Kommissionsantrag im Drehbuch betreffend Kürzung des Budgets für die Ombudsstelle für Feierlichkeiten zum 30jährigen Jubiläum um 10'000 Franken auf 10'000 Franken.

Als Hintergrund ist darauf zu verweisen, dass die Ombudsstelle das 25jährige Jubiläum gefeiert hat. Die eingesetzten 20'000 Franken entsprechen einfach dem damaligen Budget und wurden übernommen. Aber die Ombudsfrau selbst rechnet auch nicht damit, dass sie die 20'000 Franken brauchen wird – bei weitem nicht. Das ist der Hintergrund dieser Geschichte.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wie erwähnt ist es so, dass die Ombudsstelle alle 5 Jahre ein Jubiläum gefeiert hat und dafür jeweils 20'000 Franken eingestellt hat. Wir sehen keinen Grund,

von dem abzuweichen. Selbstverständlich macht es uns auch nichts, wenn dann etwas weniger verbraucht werden. Kritisiert wurde in der Kommission aber auch ein bisschen, dass man gesagt hat, es sei ohnehin ein Fest für die Gemeinderäte, die sich dann dort zuprosten, und keine publikumswirksame Feier, mit der man die Ombudsstelle bekanntmachen möchte. Und genau das ist natürlich dann widersprüchlich. Wenn man ein grösseres, auch für die Bevölkerung zugängliches Fest organisieren möchte, dann ist definitiv der höhere Betrag dafür einzustellen. Insofern lehnen wir den Kürzungsantrag ab.

F. Kramer (EVP): Wichtig ist uns, dass bei einer solchen Feier sich nicht nur die diversen Ombudsstellen zuprosten. Ein solches Fest soll über das Sich-selbst-zuprosten hinausgehen. Es ist also sicherzustellen, dass die Leute erreicht werden, mit dem Ziel, dass sie die Ombudsstellen kennenlernen können und bei Fragen und Problemen wissen, wohin sie sich wenden können. Dann finden wir es gut investiertes Geld. Und deshalb lehnen wir den Kürzungsantrag ab.

S. Kocher (GLP): Diesen Antrag werden wir unterstützen. Es handelt sich um eine Jubiläumsfeier, die alle 5 Jahre stattfindet. Das Ziel dieses Jubiläums ist es jeweils, dass sich die Ombudsfachstelle der breiten Bevölkerung vorstellt, um – unter anderem – ihre Niedrigschwelligkeit zu unterstützen und zu zeigen. Nach dieser Diskussion mit der Ombudsstelle ist das auch mit der beantragten Kürzung gut umsetzbar.

R. Keller (SP): Wir unterstützen diesen Kürzungsantrag auch nicht. Ich kann mich eigentlich meinen Vorrednerinnen und -rednern anschliessen. Aber was Samuel gesagt hat, finden wir etwas kleinklein. Wir machen einen Rahmen und sagen, es sind 20'000 Franken. Und selbstverständlich begrüssen wir es, wenn man sparsam mit dem Geld umgeht und gut überlegt, was diese Feierlichkeiten beinhalten. Und wie meine Vorredner das auch gesagt haben: Wir sehen das als Werbeanlass und für die Ombudsstelle ist es wichtig, dass sie in der ganzen Stadt gut bekannt ist. Wie gesagt, wir lehnen den Antrag ab.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Wir unterstützen den Antrag. Es ist schon etwas besonders, wenn man sein Jubiläum alle 5 Jahre feiert. Und das als Marketinganlass auszugestalten, mag einer der Gründe sein. Dem wollen wir nicht im Wege stehen, deshalb lassen wir ja auch einen Betrag, mit dem man etwas machen kann. Aber wir möchten der Ombudsstelle doch gerne mit auf den Weg geben, sich vielleicht einmal grundsätzlich Gedanken zu machen, wie man die Leute erreicht. Erreicht man mit einem Jubiläum nicht immer die gleichen? Es hat sicher noch andere, die die Ombudsstelle noch nicht kennen und sie finden sollten.

Vizepräsident R. Diener: Danke, Iris. Möchte sich der Stadtrat dazu äussern? – Nein. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer den Antrag zur Reduktion des Globalkredits um 10'000 Franken unterstützen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen. – Ich denke, das ist die Mehrheit.

Wer ist dagegen?

Das ist die gleiche Situation wie wir sie vorher schon hatten. Damit haben Sie diesen Antrag angenommen und damit ist auch diese Produktgruppe abgeschlossen.

Wir sind somit am Schluss der Detailberatung der einzelnen Produktgruppen, mit Ausnahme von Steuern und Finanzausgleich.

Wir wechseln jetzt zur Abstimmung und zur Diskussion des noch verbleibenden Teils, zur Abstimmung über die Weisung, die über das Budget vorliegt.

Wir haben in der Weisung 5 Anträge, die vom Stadtrat vorgelegt wurden, und einen 6. Antrag, den der Stadtrat noch begründen wird.

Wir gehen diesen Anträgen der Reihe nach durch und stimmen über sie ab bzw. führen noch allfällige Diskussionen dazu.

Der 1. Antrag ist die Abnahme des Budgets der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungen der Produktgruppen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2022; eben mit Ausnahme der Produktgruppe Steuerfuss.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben kennzeichnen.

Wer das ablehnen möchte?

Das wurde mit einer grossen Mehrheit angenommen.

Ja, Iris Kuster?

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Ich möchte dazu gerne noch eine persönliche Erklärung abgeben. Wir von der Mitte/EDU-Fraktion stimmen dem Budget zu. Kaspar Bopp, wir haben ein Budget gefordert, das weder Eigenkapital vernichtet noch zusätzliche Schulden aufbaut. Wir haben deshalb auch Anträge in der Kommission gestellt, die aber keine Mehrheit gefunden haben. Trotzdem sind wir der klaren Ansicht, dass es Aufgabe des Stadtrats ist, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen – und zwar ohne Steuererhöhung.

Der Stadtrat macht es sich einfach, mit dem Novemberbrief einfach Mehrausgaben anzukündigen, ohne aufzuzeigen, welche Einsparungen möglich sind, damit trotzdem noch ein ausgeglichenes Budget ausgewiesen werden kann. Und, Kaspar Bopp, noch danke vielmals für Deine Belehrungen zum Thema Buchhaltung. Als Betriebswirtschafterin ist mir sehr wohl bewusst, dass ein Defizit das Eigenkapital vermindert. Aber auch bei einem Defizit können die Schulden abgebaut werden, deshalb lege ich seit Jahren so grossen Wert auf die Geldflussrechnung und die Kennziffer Free Cashflow.

Damit der Finanzhaushalt richtig bewirtschaftet wird, muss man Erfolgsrechnung, Bilanz und Geldflussrechnung insgesamt betrachten. Wie bei einem Unternehmen gilt auch beim Staat der Grundsatz «cash ist king» - und bei der Geldflussrechnung zeigt sich, ob die Verschuldung der Stadt zu- oder abnimmt.

Und wir stimmen heute dem Budget trotzdem zu. Auch im Wissen und der Hoffnung, dass die Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen zur Erhöhung des Eigenkapitals beiträgt. Und um Missverständnisse zu vermeiden: Das ist eine cash-neutrale Transaktion.

Und wir hoffen, dass der Stadtrat in Zukunft seine Hausaufgaben in dem von uns geforderten Sinn macht.

Vizepräsident R. Diener: Danke, Iris.

Damit kommen wir zum 2. Punkt der Weisung, dem 2. Antrag: Das Budget der Stadt Winterthur über die Ausgaben und Einnahmen in der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird für das Jahr 2022 ebenfalls genehmigt. Gibt es da noch Wortmeldungen?

Dann stimmen wir darüber ab.

Wer das annehmen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen.

Wer das ablehnen möchte?

Dann ist das auch mit einer klaren Mehrheit angenommen.

Damit kommen wir zum Antrag 3, zum Thema Steuerfuss und Gemeindesteuer. Da gehen wir nochmals in die Detailberatung, denn da gibt es tatsächlich auch noch einen anderen Antrag zu dieser Produktgruppe. Der Antrag kommt von der SVP/PP und ich gehe davon aus, Marc Wäckerlin wird ihn vorstellen. Korrektur: Es ist ein Antrag nur von der Piratenpartei.

M. Wäckerlin (PP): Der Stadtrat wollte letztes Jahr die Steuern um 7% erhöhen, wir haben dann am Schluss 3% ausgehandelt. Es wäre meiner Meinung nach jetzt mindestens an der Zeit, diese 3% wieder zurückzugehen oder mindestens langsam wieder zurückzugehen, man könnte ja auch mit 1% beginnen.

Ich fand es schon ziemlich erstaunlich, dass ausser der SVP keine andere Fraktion einen Antrag auf Steuersenkung stellte und auch der Antrag der SVP nicht durchgekommen ist. Die SVP wollte in der Kommission die Steuern um 5% senken. Die SVP verzichtet deshalb darauf, diesen Antrag nochmals zu stellen.

Anders ich.

Ich finde, manchmal soll man auch sagen, was sein sollte und nicht immer nur, was politisch möglich ist. Und aus diesem Grund – und weil ja sowieso auch für eine kleinere Steuersenkung keine Mehrheit da ist – stelle ich den Antrag, die Steuern um 45% zu senken auf 80%. Es gibt im Kanton Zürich viele Gemeinden, die zeigen, dass man mit einem Steuerfuss von 80% leben kann. Und es ist ein Zeichen um zu zeigen, wo wir eigentlich hin sollten. Es ist mir klar, dass ich da ziemlich der Einzige sein werde, der das unterstützt, aber gestellt werden muss dieser Antrag.

R. Kappeler (SP): Eigentlich muss man zum Antrag von Marc Wäckerlin gar nichts sagen. Er steht nämlich auch irrtümlich im Drehbuch, denn ins Drehbuch kommen nur Fraktionsanträge und keine Anträge von Einzelmassen.

Aber ich nehme das doch zum Anlass, weil Marc das auch angesprochen hat, mich kurz über die Haltung der SVP zu wundern. Die SVP fährt da einen Schlinger-Kurs, um nicht zu sagen Schlingel-Kurs. Sie haben schon einige Sitzungen vor der Steuerfussdebatte eine Steuerfuss-senkung oder einen Antrag auf Steuerfuss-senkung angekündigt und haben diesen tatsächlich auch in der Kommission gestellt. Und jetzt sind sie einfach still. Sie verstecken sich hinter dem Piraten. Ich glaube, die SVP segelt da als blinder Passagier auf einem Piratenschiff im Moment.

Wieso? Die SVP hat im Kanton eigentlich schon alles dafür getan, dass die Stadt Winterthur die legitime Beitragserhöhung für Zusatzleistungen nicht bekommt. Sie hat sich vehement dagegen gewehrt, sie hat das Referendum ergriffen – was immerhin zu einem Jahr Verzögerung geführt hat, was uns 17 Millionen weniger gebracht hat, die wir jetzt mehr Eigenkapital hätten – und die SVP, vor allem die SVP Schweiz, aber auch die SVP Kanton Zürich, pflegt im Moment den Stadt-Land-Krieg und widerspricht da vehement Winterthurer Interessen. Von daher stelle ich schon die Gretchenfrage an die SVP, die ja wieder Mitglied werden möchte in dieser Stadtregierung: Wie steht es denn eigentlich um Eure Regierungsverantwortung da in der Stadt Winterthur?

Aber wir sprechen ja jetzt über das Budget. Und damit bitte ich doch, schnell den Slide einzublenden: Daniel Oswald hat letzte Woche in der Eintretensdebatte schwarz gemalt und hat dabei – anständig gesagt – fake news verbreitet. Ich finde das Wort fake news eigentlich viel zu zahm für das, es war schlicht und einfach eine Lüge. Wenn man die Einleitung liest – wir haben das Protokoll heute noch nicht verabschiedet, aber das steht so im Protokollentwurf und genau so habe ich es gehört: Er wollte uns weismachen, die Stadt Winterthur hätte 4 Milliarden Schulden bis 2025. Und da sieht man klipp und klar, das ist aus dem Budgetbuch Seite 118: Sie betragen 2.5 Milliarden, nicht 4. Immerhin hat er es geschafft, dass der Landbote das populär in seine Berichterstattung aufgenommen hat - und damit hat er diese Lüge bereits im Volk verbreitet.

Und das ist das, was ich kritisiere. Es wird einfach schwarz gemalt, es wird schlechte Stimmung gemacht. Und das verträgt sich einfach nicht mit einer seriösen Budgetdebatte. Ich hoffe, dass der Landbote dann mindestens an gleich populärer Stelle auch das Korrigendum bringt morgen, dass unsere Schulden also 2.5 und nicht 4 Milliarden betragen werden. Das Schlechtmachen der Stadt, das Schlechtrede der Stadt, das hat offenbar System. Nicht nur bei der SVP. Und damit sind wir wieder beim Thema Steuerfuss.

Schlecht gemacht wird es auch von gewissen Wirtschaftsfunktionären von Handelskammer und dergleichen, wenn sie verbreiten, wie mies die Stimmung bei Unternehmen in Winterthur sei. Die Umfrage von «House of Winterthur», zitiert auch aus dem Landboten (diesmal nicht fake news, sondern richtig recherchierte News), zeigt klar die KMU-Realität: Da liegt das Thema Steuerfuss auf Platz 11 von 12 möglichen Aussagen. An der Spitze der Sorgen unserer KMUs sind Pandemie-Fragen (das haben wir heute schon mal angetönt gehabt, wir haben vor einem Jahr über viele solcher Vorstösse diskutiert, die eher von unserer Seite kamen, die abgelehnt wurden). Dort drückt der Schuh. Und das zweite ist der Fachkräftemangel. Und da wären wir wieder bei der SVP: Wer ist eigentlich schuld am Fachkräftemangel in der Schweiz?

Aber wir sind beim Thema Steuerfuss. Und wir sehen da unten: Das Gejammer um den Steuerfuss ist lächerlich. Das minus 1% im Kanton ist auch lächerlich. Und die minus 45% sind illegal. Und damit sind wir wieder beim Antrag, den man eigentlich nicht diskutieren muss. Die SP sagt Nein.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Ich habe mich schon bei der Eintretensdebatte darüber gewundert, dass der Antrag der SVP im Drehbuch fehlt und möchte deshalb hier gar keine Worte mehr verlieren.

Marc Wackerlin, der ja jetzt diese Steuerfussenkung beantragt, vertritt die Ansicht, ein tieferer Steuerfuss führe letztlich zu mehr Steuereinnahmen. Leider ist aber das Gegenteil der Fall. Wir haben zum Beispiel per 1.1.2021 den Steuersatz – nicht den Steuerfuss – im Kanton Zürich für die juristischen Personen von 8 auf 7% gesenkt. Und das führt eben auch dazu, dass juristische Personen in der Stadt Winterthur einen Achtel weniger Steuern bezahlen. Und genau das geht mit dem entsprechenden Rückgang aus der Rechnung 2020, aus dem Budget 2021 und aus dem Budget 2022 heraus. Die Idee von Marc Wackerlin wäre somit widerlegt.

Er beantragt eine Steuerfussenkung von 45%. Ich frage mich dann schon: Wie ist es denn da mit dem FAP? Wie ist es da mit der Schuldenbremse? Haben wir überhaupt ein rechtsgültiges Budget? Und falls er wider Erwarten durchkommen sollte mit diesem Antrag, dann würde ich Fredy Künzler empfehlen, doch das als Anlass zu nehmen, um an den Bezirksrat zu gehen. Denn mit dem bekommt er sicher Recht.

Und dann möchte ich doch einfach noch eine Warnung ausgeben: Wer sich auf die Argumentationen der Piratenpartei einlässt, muss sich nicht wundern, wenn er am nächsten Morgen mit einem Holzbein erwacht.

Die Zukunft wird zeigen, welcher Steuerfuss für Winterthur angemessen, richtig und mehrheitsfähig ist. Wir lehnen selbstverständlich diesen Antrag ab.

D. Oswald (SVP): Roland Kappeler, besten Dank. Wir können Deine Tabelle, die Du gezeigt hast, gerne nochmals zeigen. Ich habe in meinem Eintretensvotum gesagt: Von den 4 Milliarden, die ich dort sehe – das sind die zwei Positionen «langfristiges Fremdkapital» und «langfristige Finanzverbindlichkeiten» - und das habe ich bei den 4 Milliarden dargelegt letzte Woche, welche Zahlen ich damit meine. Wenn Du jetzt natürlich andere Positionen nimmst, dann kommt logischerweise nicht die gleiche Zahl heraus. Da ist weder die eine Zahl falsch oder richtig, sondern ich habe gesagt, welche zwei Positionen aus dem FAP ich da genommen habe.

Zum Punkt wegen dem Thema der Beiträge des Kantons: Es ist richtig, wir waren da dagegen. Und gerade die heutige Budgetdebatte beweist uns, dass wir dort richtig lagen. Was war unsere Befürchtung? Jawohl, man holt mehr Geld vom Kanton, und statt dass man dann spart, gibt man einfach mehr aus. Und das Budget 2022 zeigt genau das. Wir haben massive Ausgabenerhöhungen gegenüber den Vorjahren. Ich habe auch dort in meinem Eintretensvotum den Vergleich gemacht zum FAP vor einem Jahr, wo dort 2024 die Ausgaben standen – und wo sie zum Beispiel jetzt stehen.

Es ist klar, wir haben eine andere Vorstellung von Nachhaltigkeit. Schlussendlich geht alles über das Geld. Wenn man viel Geld ausgibt, ist das nicht nachhaltig - wenn man es auf Schulden basiert, ist es noch weniger nachhaltig. Wir hatten ganz klar das Ziel, dass man eine Steuersenkung machen sollte. Aber im Hinblick auf die Situationen, bei denen man sieht, wo die Ausgaben hinlaufen und wenn man keine wirklichen Hebel hat, um Ausgaben zu kürzen, und man die Steuern trotzdem senken sollte, was passiert? Dann nehmen die Schulden noch mehr zu. Und wir sind jetzt an diesem Punkt, ich erwähne das gerne nochmals, wo die Inflation ein Thema wird. Deshalb haben wir davon abgesehen, da eine Steuerreduktion zu fordern. Ich glaube, dass man verschiedene Sachen diskutiert in einer Kommission, ist okay. Ich werde mir in Zukunft auch herausnehmen, welche Anträge gestellt wurden von anderen Fraktionen in der Kommission, die hier im Rat nicht mehr kommen, damit wir das auch hier breitschlagen. Das gehört offenbar jetzt nicht mehr zum Kommissionsgeheimnis. Ich finde das gut, es herrscht ja ohnehin das Öffentlichkeitsprinzip.

Die Diskussion, die jetzt da geführt wurde, zeigt eher, dass die linke Ratsseite ein Problem hat. Wenn sie das Gefühl haben, die SVP müsse nach ihrem Klischee funktionieren, damit sie gewisse Sachen machen kann, dann müssen sie halt gewisse Dinge zusammenkonstruieren. Wenn Ihr das wollt, dann macht das. Für uns hat das keine Auswirkung. Wir stehen dazu: Wir wollen eine solide Finanzpolitik, wir wollen keine Verschuldung bzw. nicht die Verschuldung noch höher hinauftreiben. Wir müssen schauen, dass wir das kehren können. In erster Linie geht es bei uns um Schuldenreduktion und nicht um Steuersenkung. Nächstes Jahr werden wir wieder über dieses Thema sprechen. Wir werden uns auch nächstes Jahr überlegen: Steuern senken ja oder nein? Sicher müsste man die Steuern tendenziell senken, das würde die Attraktivität der Stadt sehr erhöhen, aber da sind die Positionen gemacht und da werden wir nie überzeugen können. Das wird über andere Wege gelingen müssen. Wir haben aus diesem Grund auch das Budget abgelehnt. Dem Steuerfuss mit 125% werden wir zustimmen. Und den Finanz- und Aufgabenplan werden wir im negativen Sinn zur Kenntnis nehmen aufgrund des Schuldenwachstums.

M. Wackerlin (PP): Ich möchte zu den zwei Voten auch noch gern etwas entgegenen. Lieber Roli, die Statistik, die Du gezeigt hast vom «House of Winterthur», ist ja schön und gut. Aber wenn Du dort ein bisschen genauer hinschaust, dann siehst Du, dass wir als Parlament auf genau zwei dieser Punkte überhaupt einen Einfluss haben: Das sind politische Bestimmungen, bei denen 26% angeben, dass das eine sehr grosse Sorge ist – und diese verursachen unter anderem wir (natürlich kommt es zum Teil auch vom Kanton und vom Bund). Und der zweite Punkt, auf den wir einen Einfluss haben, sind halt die Steuern. Und auf alles andere haben wir gar keinen Einfluss.

Fachkräftemangel haben wir bei uns auch. Ich habe ca. 20 offene Stellen bei mir und ich kann höchstens die eine oder andere wieder besetzen. Und das – das hat überhaupt nichts mit der SVP zu tun! – mit Ausländern und Inländern und hauptsächlich Ausländern. Wir haben Zugang zu Fachkräften aus dem Ausland, das hat uns niemand abgestellt, das funktioniert schon. Und wir können auch sehr gut begründen, weshalb wir diese brauchen und nicht Leute aus dem Inland anstellen können, weil es schlicht zu wenige hat. Aber das ist ein Problem, das wir nicht hier lösen können.

Langer Rede kurzer Sinn: Auf die Steuern haben wir einen Einfluss, also sollten wir diesen Einfluss auch wahrnehmen.

Das zweite zu Christian: Du hast gefunden, ich hätte nicht Recht gehabt mit meiner Aussage, dass Steuersenkungen langfristig zu Mehreinnahmen führen. Da gibt es zum einen auf der Piratenseite Winterthur von 2015 einen Blog, in dem ich über 10 Jahre lang Statistiken ausgewertet habe. Und das wirklich im Detail bewiesen habe, dass jedes Mal, wenn die Steuern gesenkt wurden, in den Folgejahren dann die Steuererträge gestiegen sind. Das andere ist, dass man auch globaler schauen kann. Schau auf den Kanton Zug, die machen das vor, wie das funktioniert. Es funktioniert. Es gibt nämlich zwei Effekte, wenn man die Steuern senkt: Der eine, den die linke Seite vielleicht weniger gerne hat, ist derjenige, dass die Leute, die es vermögen, eher zu uns kommen. Ihr möchtet eben gerne die Leute, die Euch wählen, das verstehe ich schon. Und der andere Effekt, den wir haben, wenn wir die Steuern senken, ist, dass es einen regelrechten Boom gibt in der Wirtschaft und dieser ist wiederum positiv für alle. Da dürftet Ihr Euch eigentlich auch nicht verschliessen davor.

Klar, mein Antrag geht ein bisschen sehr stark in eine Richtung. Aber das ist auch, um einmal zu zeigen, dass wir aus dem kleinkarierten Denken um 1-2% herauskommen sollte und einmal die Augen öffnen sollten für die globalen Zusammenhänge. Ich würde mich natürlich freuen, wenn der eine oder andere das unterstützen würde, auch wenn es nur ein Symbol ist. Aber vielleicht setzen wir uns nächstes Jahr nochmals zusammen mit der Mitte, mit der GLP, mit der FDP – und dann verhandeln wir über eine vernünftige Steuerreduktion. Ich denke, mindestens die 3%, die man erhöht hat, müsste man in nächster Zeit schon wieder hinunterkommen.

U. Hofer (FDP): Zum Antrag von Marc: Nein.

Zum restlichen Inhalt der vorhergehenden Voten: Ich glaube, wir fangen jetzt da eine Steuerdebatte an, wie wir sie vermissen würden, weil sie sonst gar nicht gekommen wäre.

Namentlich sprechen wir jetzt über eine gemässigte Steuerreduktion, die im Raum stand. Da einfach ganz kurz ein paar Dinge: Ich glaube, es ist ehrlicher, wenn man eingesteht, dass die Anträge, die man zusammengebracht hat, nicht reichen, um eine Steuerfussreduktion – auch nicht um 3% - zu kompensieren. Da hätte man mehr hineinbringen müssen. Wir können in der heutigen Zeit nicht einfach ein Minus im zweistelligen Millionenbereich budgetieren, im Anbetracht des städtischen Eigenkapitals, des Schuldenbergs und auch des mittelfristigen Ausgleichs. Das wäre einfach nicht gegangen und da beisst sich die Katze in den Schwanz. Ich nehme an, wir gingen vorher bankrott, bevor wir irgendeine positive Auswirkung von allen diesen Steuersenkungen hätten. Das zu diesem Thema.

Was mir aber wichtig ist: Für uns ist ein konstanter und verlässlicher Steuerfuss wichtiger als ein ständiges auf und ab. Letztes Jahr haben wir einen Kompromiss gemacht, diesen Kompromiss tragen wir auch in diesem Rahmen weiter. Aber Konstanz bedeutet nicht nur Konstanz im Budget 2022, sondern auch 2023, 2024, 2025 usw. Und dafür muss der Stadtrat, egal in welcher Besetzung er nach der Gesamterneuerungswahl dasteht, dringend über die Bücher. Besten Dank.

R. Kappeler (SP): Ich habe nochmals eine kleine Replik zu Dani Oswald. Vielleicht muss man meine Zahlen nochmals kurz zeigen, die mittlere Folie mit den gelben Strichen. Ich muss allenfalls das Wort «lügt» zurücknehmen, Dani Oswald, aber leider muss ich es durch «Inkompetenz» ersetzen. Und das finde ich fast noch trauriger. Nach drei Wochen Beratung in der AK kommst Du hier herein und schaffst es, ein Zwischentotal und die Zahl darunter, die Teil dieses Zwischentotals ist, zu addieren. Die 1.9 Milliarden sind in den 2.1 Milliarden schon enthalten. Und damit kommst Du künstlich auf die 4 Milliarden. Und das Problem ist ja, dass Du nachher mit den 4 Milliarden schwarz malst und schlechte Stimmung verbreitest. Also bitte nächstes Mal seriöser vorbereiten, danke.

M. Gross (SVP): Es sind jetzt doch ein paar Begriffe gefallen, die diese Budgetdebatte und das ganze Verhalten des Stadtparlaments ein bisschen aufzeigen. Wenn man beantragt, etwas um 50'000 Franken zu kürzen, so wird das als «armselig» bezeichnet. Meine Damen und Herren, spätestens wenn die Druckerpresse der Nationalbank, welche die Schuldenwirtschaft der Linken stützen muss, zum Kollaps führt, zur Hyperinflation, dann werden wir in Winterthur wieder wissen, was armselig wirklich ist. Also wenn man nicht einmal mehr über einen Antrag von 50'000 Franken diskutieren kann, dann sind wir schlimm dran.

Zweitens: Wir haben bald 2.5 Milliarden Schulden, so sieht es der Plan zumindest vor. Wenn wir darauf irgendwann Zinsen zahlen müssen, werden wir anders diskutieren hier drinnen. Das Dritte ist: Roland Kappeler wirft uns vor, dass wir Lügen vor dem Volk verbreiten. Das sind doch happige Vorwürfe. Ich glaube, die Einzigen, die sich heute hinterfragen müssen nach dem Eingangsvotum von Fredy Künzler: Wenn man ständig nach einem höheren Gaspreis schreit, um sagen zu können, wir helfen dem Klima, weil die Leute aus dem Gas aussteigen – und nachher, wenn Stefan Fritschi und Stadtwerk einen höheren Gaspreis machen, dann rekurriert gegen den höheren Gaspreis... Das ist schizophr. Ich möchte das nicht als Lüge bezeichnen, aber das ist schizophr.

Wobei: Fredy hat sich immerhin lernfähig gezeigt heute, er hat einen Pulli angezogen. Von daher habe ich Hoffnung, dass es besser kommt bei Fredy.

Und der vierte Punkt, da geht es um die Umfrage: Roli, das sind Umfragen. Du weisst spätestens jeweils nach den Wahlen, was Umfragen wert waren. Ich habe es lieber, wenn der Tatbeweis kommt. Und ich sehe, in den letzten Jahren hatten wir viele grosse Firmen, die weggezogen sind. Vielleicht passen die Euch nicht, aber es waren trotzdem grosse Steuerzahler. Und ich würde lieber den Tatbeweis sehen, dass grosse Firmen wieder zuziehen – und den habt Ihr nicht erbracht. Von daher sehe ich lieber die Realität als irgendeine Umfrage.

D. Oswald (SVP): Jawohl, ich muss mich entschuldigen. Roland Kappeler, Du hast Recht. Ich habe wirklich zwei falsche Zahlen addiert. Das habe ich nicht bewusst gemacht, es tut mir

leid. Ich nehme das entsprechend zurück und sage: Jawohl, es geht nicht von 2.9 auf 4 Milliarden sondern von 1.6 auf 2.1 Milliarden. Ich entschuldige mich dafür.

Stadtrat K. Bopp: Ich weiss gar nicht genau, zu was ich alles Stellung nehmen soll. Ich bin froh, dass sich eine klare Ablehnung gegenüber diesem Antrag abzeichnet. Und ich wage zu behaupten, Marc ist selbst auch nicht ganz unglücklich, denn ihm wäre auch ein bisschen unwohl dabei. Das würde sämtliches Eigenkapital sofort vernichten und wir hätten einen Bilanzfehlbetrag und tatsächlich wäre das Budget wahrscheinlich schwierig zu verteidigen vor dem Bezirksrat. Insofern bin ich froh, dass das klar ist, denn ich glaube auch, die Diskussionen zwischen Iris und mir wären dann plötzlich total irrelevant, wenn dieser Antrag durchkommen würde. Ich bin froh, wenn der abgelehnt wird, vielen Dank.

Vizepräsident R. Diener: Danke. Wir kommen damit zur Abstimmung über diesen Antrag, der von der Piratenpartei gestellt wurde, um Reduktion des Globalkredits von 123 Millionen Franken.

Wer diesen Antrag unterstützen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen.

Wer den Antrag nicht unterstützen und ablehnen möchte, bitte die Hand erheben.

Das ist eine überwältigende Mehrheit. Damit haben Sie diesen Antrag abgelehnt und damit ist auch die Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich soweit abgehakt und abgenommen gemäss dem Antrag des Stadtrats.

Wir kommen zurück zur Weisung, die wir noch fertigberaten. Es geht jetzt um den Punkt 3, den Steuerfuss der Gemeindesteuern wird auf 125% festgelegt. 2021 war es ebenfalls 125% der einfachen Staatssteuer. Zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer von 24 Franken pro Person, in 7 Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.

Wer diesem Antrag folgen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen. – Das ist eine ganz klare Mehrheit.

Wie sieht es mit ablehnenden Stimmen aus? - Eine ablehnende Stimme.

Der nächste Antrag ist, der Finanz- und Aufgabenplan für die Jahre 2022 – 2025 für die Stadt Winterthur wird zur Kenntnis genommen. Da sieht es danach aus, dass es einen Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme gibt. Wer stellt diesen Antrag? Dani Oswald.

D. Oswald (SVP): Wir sind mit der Entwicklung des Kosten- und Schuldenverlaufs nicht einverstanden. Wir sind der Meinung, es braucht da wirklich eine Trendwende. Es ist unser Eindruck, dass die Kostensteigerungen in verschiedenen Bereichen, bei denen klar nicht alles zu 100% durch die Stadt beeinflusst werden kann, aber doch auch beeinflusst werden kann – wir glauben nicht, dass das gar nicht beeinflusst werden kann – einfach so zur Kenntnis genommen werden und man ganz froh ist, dass man nichts machen kann und die Ausgaben immer weiterwachsen lassen kann. Und deshalb bleibt uns im Moment nichts anderes übrig, als hier einmal ein Zeichen zu setzen, indem wir den Finanz- und Aufgabenplan für die Stadt Winterthur für die nächsten Jahre im negativen Sinn zur Kenntnis nehmen. Und wir möchten den Stadtrat auffordern, da langfristig wirklich Lösungen zu suchen, um diese Trendwende herbeizuführen und die Kosten reduzieren zu können.

Es ist ja schon auch zu erwähnen, dass in den Städten, wo ein gewisser Skaleneffekt wirken sollte – das wurde auch im Eingangsvotum der FDP gesagt am letzten Montag – dass die Kosten in den Städten aber im Gegenteil überproportional steigen. Wir beantragen negative Kenntnisnahme des FAP.

Stadtrat K. Bopp: Ganz kurz: Wir haben tatsächlich steigende Kosten in den bekannten drei Bereichen Soziales, Gesundheit und Bildung. Das macht auch uns Sorgen, wir schauen das auch an. Wir sind auch dran, wir haben das auch vorgestellt, mit unserer Finanzplanung. Es ist auf der anderen Seite trotzdem so, dass wir nicht drei Jahre im Voraus anfangen mit der Planung, Bänkli abzuschrauben oder Schulreisen zu streichen, das ist ganz klar. Und das zeigt sich eigentlich in jeder Gemeinde: Der Finanz- und Aufgabenplan, der wirklich weiter in der Zukunft liegt, beinhaltet noch gewisse Defizite. Das sieht man wirklich überall, das ist systembedingt. Und je näher etwas kommt, desto genauer wird die Planung und desto genauer

weiss man, was wirklich drinliegt. Ich glaube, das muss man auch ein bisschen in diese Richtung betrachten. Es war bis jetzt immer so, dass wir im Finanzplan negativer lagen. Und wenn man in die Vergangenheit schaut, hatten wir ja da noch das Corona-Jahr, wo wirklich ein negativer Abschluss resultiert hat, und sonst hat es sich dann immer ins Bessere gedreht – nur schon bei der Budgetierung, und bei der Rechnung dann sowieso.

Vizepräsident R. Diener: Danke, Kaspar Bopp. Dann schreiten wir zur Abstimmung über diesen Antrag.

Wer die negative oder ablehnende Kenntnisnahme unterstützen möchte, soll das jetzt mit Handerheben kennzeichnen.

Wer möchte das ablehnen?

Das ist eine grosse Mehrheit. Damit haben Sie den Finanz- und Aufgabenplan wie im Stadtratsantrag beschrieben zur Kenntnis genommen.

Wir kommen zum Punkt 5: Der Stadtrat wird ermächtigt, pauschal in die Produktgruppe Städtische Allgemeinkosten eingestellte Positionen im definitiven Budget den Produktgruppen zu belasten. Wird dazu noch das Wort gewünscht?

Wer dem folgen möchte bzw. den Antrag annehmen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen.

Gibt es ablehnende Stimmen dazu? Enthaltungen?

Damit haben Sie das einstimmig angenommen.

Dann gibt es noch einen Antrag 6 des Stadtrats, der nachträglich noch hineingerutscht ist. Da möchte ich das Wort Stadtrat Kaspar Bopp geben zur Begründung.

Stadtrat K. Bopp: Ich glaube, es gibt jetzt noch eine Abschlussdiskussion für dieses Budget. Was wir im Zusammenhang mit dem 2. Budgetantrag 2021 festgestellt haben, als es wirklich darum ging, dass wir das Notbudget so kurz wie möglich halten, ist, dass man für das Budget – genau gleich wie für alle anderen Geschäfte – eine 30tägige Rekursfrist hat. Der Bezirksrat, der die Rekursinstanz ist, kann einem Rekurs die aufschiebende Wirkung entziehen. Weil aber bis zum letzten Tag der Rekursfrist noch ein Rekurs eingehen kann, und dann der Bezirksrat die aufschiebende Wirkung nicht entziehen würde, erlangt eben ein Gemeinderatsbeschluss erst nach Ablauf der Frist Rechtskraft. Wenn das also nicht ohnehin schon aufschiebend wirken soll, braucht es also einen Entzug dieser Wirkung durch das Parlament. Für das Budget heisst das aus unserer Sicht – das ist unsere jetzige Einschätzung – dass ohne diese zusätzliche Klausel das Budget rechtmässig erst nach Ablauf dieser Frist in Kraft tritt, das heisst vom 1. Januar bis zum Ablauf dieser Frist hätten wir kein rechtsgültiges Budget.

Wenn das heute verabschiedet wird, dann wäre die Publikation ungefähr am Donnerstag und dann hätten wir am 11. Januar ein rechtskräftiges Budget.

Man fragt sich vielleicht, wieso das anderen Gemeinden nicht so geht und bisher hat man das ja auch nie gemacht. Das ging uns ja auch so. Wir haben das wirklich im Rahmen des 2. Budgetantrags realisiert, dass man das eigentlich immer hätte und eigentlich auch alle anderen Gemeinden betroffen sind. Wir haben auch mit dem Gemeindeamt Kontakt aufgenommen in dieser Sache. Das Gemeindeamt konnte unsere Gedanken nachvollziehen und fand, pragmatisch angeschaut könnte das Risiko eines Rekurses als sehr klein beurteilt werden und man von daher sagen kann, es ist legitim, wenn man ab 1. Januar so tut, als hätte man ein rechtskräftiges Budget. Wir erachten aber den anderen Weg weiterhin als richtig und transparenter, wenn man diesen Beschluss ganz gezielt fasst. Das wäre auch keine wirkliche Änderung in der Praxis: In der Vergangenheit haben wir uns mangels besseren Wissens so verhalten, als hätten wir ab 1. Januar ein rechtskräftiges Budget. Jetzt würden wir das explizit hineinschreiben mit dieser zusätzlichen Klausel.

Wir empfehlen deshalb, dass wir diese Klausel so aufnehmen, dann haben wir ab 1. Januar Rechtssicherheit und ein gültiges Budget. Wir sind auch der Meinung, dass der Rechtsschutz der Bevölkerung durch den Entzug der aufschiebenden Wirkung nicht unangemessen eingeschränkt wird bzw. gar nicht eingeschränkt wird. Ein Budgetentscheid kann trotz Aufhebung der aufschiebenden Wirkung uneingeschränkt mit Rekurs und Stimmrechtsrekurs angefochten werden. Vielen Dank für die Unterstützung.

Vizepräsident R. Diener: Das Wort hat Felix Helg (FDP) für einen Ablehnungsantrag.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion beantragt, Antrag zu Ziffer 6 abzulehnen, der erst in einer späten Phase Eingang gefunden hat in die Budgetunterlagen. Der Stadtrat will mit dieser Ziffer, dass bei einer Anfechtung des Budgets die aufschiebende Wirkung des Rekurses nicht zum Tragen kommt.

Als Grundsatz gilt aber, dass bei einer Anfechtung eines Beschlusses die aufschiebende Wirkung gilt; d.h. der Beschluss wird noch nicht wirksam, damit kein fait accompli geschaffen wird. Beim Budget 2021 (erst vom Gemeinderat beschlossen am 1. Februar 2021) war die jetzt beantragte Klausel erstmals enthalten. Damals machte die Klausel allenfalls Sinn, damit die Zeit des budgetlosen Zustands im Anfechtungsfall nicht verlängert würde.

Für den Regelfall erscheint die Klausel aber nicht nötig. Wenn das Budget begründet angefochten wird, so wäre die sofortige Wirksamkeit des Budgets eine nicht angemessene Folge. Sie könnte nicht rückgängig gemacht werden.

Wenn aber das Budget querulatorisch angefochten wird, kann die aufschiebende Wirkung sehr wohl durch die Rekursinstanz – nämlich den Bezirksrat – im Einzelfall entzogen werden. Mit Annahme des Antrags würde der Rechtsschutz ausgehebelt. Das Anfechtungsrecht sollte nicht eingeschränkt werden, selbst wenn bislang - soweit erinnerlich – in Winterthur kein Fall einer Anfechtung eines Budgets bekannt ist.

Entgegen davon, was der Finanzvorsteher vorhin gesagt hat, ist die Prozesssituation einer rekurrierenden Partei nämlich schon anders. Sie muss nämlich mit dem Entzug der aufschiebenden Wirkung damit rechnen, dass ein umstrittener Budgetbeschluss bereits vollzogen wird, was dann später nicht mehr oder nur unter erheblichem Aufwand rückgängig gemacht werden kann. Und solche Situationen will das zürcherische Prozessrecht nämlich vermeiden. Ausserdem habe ich nachgeschaut und die AK-Mitglieder und auch der Finanzvorsteher haben diesen Link erhalten: Die Stadt Zürich (Budgetsitzung vom 30. November 2020) und auch die Stadt Uster (Sitzung vom 11. Dezember 2020) hatten bei der letztjährigen Budgetabnahme keine solche Klausel im Budgetbeschluss. Und in ganz vielen Gemeinden im Kanton Zürich werden die Budgets erst im Dezember behandelt und darüber entschieden. Und im Stammortal traditionsgemäss gar erst am Berchtelistag, am 2. Januar. Mir ist nicht bekannt, dass dort die Budgetbeschlüsse aufschiebende Wirkung hätten oder man mit Notbudgets agieren müsste.

Die Haltung des Stadtrats zeigt doch eine etwas autokratische Tendenz und auch das Gemeindeamt müsste sich, wenn sie das nochmals genauer anschauen, an die Regeln des Verwaltungsrechtspflegegesetz halten, das für Entzug der aufschiebenden Wirkung besondere Gründe voraussetzt.

Summa summarum, als Ende dieses juristischen Seminars: Nach jahrzehntelanger, unbestrittener und bewährter Praxis muss das Rad nicht neu erfunden werden. Das Rad, sprich der Mechanismus zur Budgetbeschlussfassung, ist bereits erfunden. Und es funktioniert gut.

F. Kramer (EVP): Wir stürzen uns da zu später Stunde noch in juristische Abgründe, so dünkt es mich. Deshalb nur ganz kurz: Bei der aufschiebenden Wirkung oder auch beim Suspensiv-Effekt geht es darum, dass mit einem Rechtsmittel nach Ablauf der Rechtsmittelfrist die Wirkungen eines Beschlusses oder einer Verfügung eintreten können sollen - oder auch nicht. Es geht beim Suspensiv-Effekt nicht an sich darum, ob man etwas sofort in Kraft setzen kann oder nicht. Es heisst auch nicht, dass wir ein Budget haben oder kein Budget haben. Wir haben einfach kein formell rechtskräftiges, aber wir haben ein Budget. Und wir brauchen deshalb aus unserer Sicht auch kein Notbudget. Sonst bräuchte das ja auch, wie Felix Helg das gesagt hat, die Hälfte der Gemeinden des Kantons.

Wir sind bei weitem nicht die Letzten, wenn wir heute Abend das Budget beschliessen. Und deshalb unterstützen wir den Antrag der FDP.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Wir folgen bei dieser Frage den Ausführungen von Stadtrat Kaspar Bopp. Man kann ja durchaus auch schlauer werden und sehen, dass eine bisher bewährte und problemlos über die Bühne gegangene Methode angepasst werden kann. Ich frage mich, ob dann die Stadt bis am 11. Januar gar keine Rechnungen bezahlen sollte und ob das dann gut ankommen würde? Oder aber, ob wir nächstes Jahr bereits Ende November ein Budget beschlossen haben sollten. Vielleicht fallen dann unsere Herbstferien ins Wasser – aber wenn es unbedingt sein muss, machen wir auch das. Wir lehnen den Antrag der FDP ab.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Der Antrag des Stadtrats, bei einem Rekurs gegen den Budgetbeschluss die aufschiebende Wirkung zu entziehen, hat die Fraktion Mitte/EDU irritiert. Wir haben nicht wirklich verstanden, weshalb der Stadtrat so kurzfristig diesen Antrag stellt. Entweder weiss Kaspar Bopp etwas, was wir nicht wissen – dass zum Beispiel sein Budget gegen übergeordnetes Recht verstossen würde – oder der Stadtrat will auf Nummer Sicher gehen, weil gegen immer mehr Entscheide des Stadtrats Rechtsmittel ergriffen werden. Ja, wir haben grosses Verständnis für alle die Bürgerinnen und Bürger, welche die Entscheide des Stadtrats – gerade bei Verkehrsfragen – vom Gericht überprüfen lassen wollen. Allerdings sehen wir das Risiko beim Budget nicht. Gemäss unserem Wissen wurde in den letzten Jahren nie gegen einen Budgetbeschluss Rekurs eingereicht. Wir haben verstanden, dass die links-rote Mehrheit anscheinend Angst hat, dass kurz vor den Wahlen ein budgetloser Zustand eintreten könnte. Wir sehen diese Gefahr nicht. Deshalb lehnen wir den Antrag des Stadtrats ab und unterstützen den Ablehnungsantrag der FDP.

R. Kappeler (SP): Nur ganz kurz: Wir waren auch etwas erstaunt, dass der Antrag erst jetzt kommt, haben das aber etwas anders interpretiert. Wahrscheinlich ist Kaspar Bopp einfach schlauer als seine Vorgänger und Vorgängerinnen und hat da etwas gesehen, was man vorher nicht gemacht hat. Nein, die Erläuterungen heute Abend waren eigentlich sehr klar. Trotzdem, weil es so kurzfristig kam und weil es auch Stimmen gibt, die sagen, wenn es immer schon so gemacht wurde und es ging, dann können wir es auch weiter so machen, haben wir Stimmfreigabe beschlossen.

Stadtrat K. Bopp: Ich möchte schon noch zu ein paar Sachen etwas sagen. Ich kann den Grundgedanken, dass man die Rechte der Bevölkerung oder von möglichen Rekurrenten schützen will, absolut nachvollziehen. Und ich garantiere vor Euch allen, dass es dem Stadtrat wirklich nie, gar nie, darum ging, irgendwie irgendjemandem die Rechte zu beschränken. Den Vorwurf von der autokratischen Tendenz in dieser Sache muss ich absolut zurückweisen. Und auch den Rundumschlag von Iris kann ich nicht so stehen lassen: Es ist auch nicht die Angst vor dem budgetlosen Zustand, die uns treibt, sondern wir haben gerne am 1. Januar Rechtssicherheit. Das ist genau das, was wir wollen, das ist unser Anspruch: Ein regulärer Budgetprozess – ohne Rekurs – soll zu einem rechtsgültigen Budget am 1. Januar führen. Ich glaube, das muss unser Ziel sein. Jetzt war es ein bisschen kurzfristig, das kann ich nicht von der Hand weisen. Ich konnte diesen Punkt erst in der Kommissionsberatung einbringen und nicht bereits im Vorfeld. Von daher, wenn man das jetzt zurückweist, dann nehmen wir das zur Kenntnis und suchen einen Weg, damit umzugehen. Wir nehmen uns aber das Recht heraus, uns darüber Gedanken zu machen, wie wir in Zukunft sicherstellen können, dass wir ohne Rekurs und im Regelfall am 1. Januar ein gültiges, rechtskräftiges Budget haben. Vielen Dank.

Vizepräsident R. Diener: Danke, Kaspar Bopp. Damit kommen wir zur Abstimmung über diesen Antrag. Wer dem Antrag des Stadtrats auf Punkt 6, dass man dem Rekurs die aufschiebende Wirkung entzieht, zustimmen möchte, soll das mit Handerheben kennzeichnen. Wer den Antrag des Stadtrats ablehnen und den Antrag der FDP annehmen möchte, soll das jetzt mit Handerheben kennzeichnen.

Das ist die grosse Mehrheit, dieser Antrag des Stadtrats ist abgelehnt. Dieser Punkt 6 wird nicht aufgenommen.

Damit sind wir mit dem Budget fertig. Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals ganz herzlich beim Finanzamt, bei der Verwaltung, bei den Kommissionen und bei allen Leuten, die mitgearbeitet haben, herzlich bedanken für die grosse Arbeit, die da wieder geleistet wurde. Und ich hoffe, dass wir auch nächstes Jahr wieder eine konstruktive Diskussion zu einem gültigen Budget bekommen.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2021.68: Kredit von Fr. 2'593'000 für den Ersatzneubau des Revierstützpunktes Kiesstrasse 4 in Winterthur-Veltheim (Projekt-Nr. 20746)

Vizepräsident R. Diener: Kredit von Fr. 2'593'000 für den Ersatzneubau des Revierstützpunktes Kiesstrasse 4 in Winterthur-Veltheim (Projekt-Nr. 20746). Das Wort zur Vorstellung hat der Referent Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (BBK): Ich bin mir sehr bewusst, dass der Revierstützpunkt Veltheim jetzt noch zwischen uns und dem Feierabend ist.

Wir haben ein relativ seltenes Ereignis: Der Tiefbau stellt einen Kreditantrag, um einen Hochbau zu realisieren. Es geht um den Revierstützpunkt Veltheim. Der ist grob gesagt zwischen der Schaffhauserstrasse und dem KSW, nördlich der Bahnlinie. Dort stehen heute für das Strasseninspektorat ein Gebäude, Unterstände, Scheunen und Garagen, die nach dem 2. Weltkrieg bis kurz vor meiner Geburt gebaut wurden. Man sieht auf den beiden Fotos rechts den heutigen Zustand. Es hat neben dem Strasseninspektorat etwas, von dem ich gar nicht wusste, dass es das gibt: Wir haben dort eine Maurerei. Diese ist in den provisorischen Containern, unten rechts abgebildet.

Der Revierstützpunkt Veltheim ist der letzte noch nicht sanierte Revierstützpunkt. Was will man grob dort unterbringen? Garagierung von Kommunalfahrzeugen, Salzsteuer/Pfadschlitten usw., Werkstätten für die Maurerei und Aufenthaltsraum, Duschen, Sanitäranlagen für rund 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das Projekt umfasst eine Sanierung des Geländes (Rückbau, Schadstoffentsorgung u.ä.), Werterhalt Depot für Strassenwartung, Material etc. Die Umgebung soll neu gestaltet werden, Böden entsiegelt werden. Besondere Beachtung soll die Einordnung ins Wohn- und Gewerbequartier erhalten, das stellt erhöhte Anforderungen an die Realisierung des Projekts.

Es ist vorgesehen, das Baugesuch im Winter 2021 zu stellen. Wir sind also ein bisschen hintendrein, das ist auch der Grund, weshalb wir das heute noch behandeln wollen. Ausführung ab 2023, Inbetriebnahme Herbst/Winter 2023.

Die ersten Punkte, die ich jetzt erklärt habe, betreffen v.a. den Tiefbau.

Interessieren wird aber vermutlich der Hochbau. Es ist vorgesehen, das Gebäude zu bauen, das man rechts auf der Skizze sieht: Ein Holzneubau mit Satteldach. Auf dem Holzneubau eine Photovoltaikanlage von 240 m² und daraus gespiesen eine Lösung für E-Mobility.

Es ist vorgesehen, ca. 20% des Gesamtvolumens des Gebäudes zu beheizen, das sind nämlich die Aufenthaltsräume und die Sanitäranlagen. Der Rest wie Garagen u.ä. wird nicht beheizt. Die beheizten Gebäudeteile werden im Minergie-Standard ausgeführt. Der Ausbaustandard ist das, was man logistisch zweckmässigen Ausbaustandard nennt, also im Wesentlichen Sichtbeton und Rohbau, es ist keinerlei Luxus vorgesehen.

Was kostet das? Die Erstellung kostet 2.7 Millionen, inklusive Stadtratsreserven gibt das ca. 2.8 Millionen. Davon haben wir schon einen Projektierungskredit von 0.25 Millionen bewilligt, bleiben heute noch zu bewilligen 2.6 Millionen Franken. Diese 2.6 Millionen Franken haben dann jährliche Folgekosten von rund 170'000 Franken zur Folge, d.h. sie werden dann die Rechnung der Stadt Winterthur Jahr für Jahr belasten.

Das Geschäft war in der BBK und die BBK hat mit 6:3 zugestimmt. Zweifellos werden die Fraktionsreferenten erklären, weshalb das so herauskam. Insgesamt beantragt die BBK Euch die Zustimmung zu diesem Projekt.

M. Gross (SVP): Ich versuche es auch kurz zu machen. Eigentlich wäre das Geschäft ja total unbestritten, wenn sich nicht mittlerweile 3-4 Parteien um die Klimavorherrschaft streiten würden in der Kommission und deshalb immer noch ein bisschen mehr draufladen müssen... Danke vielmals, Christian, für die gute Vorstellung des Geschäfts, ich habe allerdings nichts anderes erwartet.

Die SVP sagt Ja zum Kredit. Wir finden den Umbau sinnvoll und notwendig. Die Kosten, die die ökologische Ausgestaltung ausmachen, sind am oberen Limit. Die Dachfläche, Du hast es gesagt, wird vollständig mit Solarpanels ausgestattet. Wir sprechen von fast 3 Millionen brutto. Das ist ein grosser Betrag für ein Strassenwärterdepot. Die SVP kann aber trotzdem zu diesen einigermaßen ökonomischen Kosten – aber in unseren Augen vertretbaren Aufwendungen im Sinne der Nachhaltigkeit - Ja sagen.

Die Forderung kam ja noch nach Minergie-P. Das macht aus unserer Sicht da überhaupt keinen Sinn. Erstens weil das Gebäude kaum richtig beheizt ist, es handelt sich ja eben um einen Revierstützpunkt des Tiefbaus und die Mitarbeitenden sollten hauptsächlich draussen sein. Und zweitens würden die Kosten in überhaupt keinem Verhältnis stehen.

Ich habe das mal auf die ökonomische Seite ausgerechnet (Romana wird es nachher noch auf die ökologische Seite ausrechnen): Wir haben auf der einen Seite Ausgaben von 43'000 bis 86'000 Franken Mehrkosten, um Minergie-P zu machen; und Einsparungen wären 72 Franken pro Jahr. Das bräuchte ungefähr 1'200 Jahre, bis man das ökonomisch ausgeglichen hätte, das wäre völliger Blödsinn und steht in keinem Verhältnis. Und auch in Winterthur, ich habe es heute schon einige Male gesagt, wächst das Geld nicht auf den Bäumen. Wir müssen auch die Investitionen in den Umweltschutz nach dem Prinzip der Nutzenmaximierung tätigen.

Die SVP stimmt diesem Kredit zu.

A. Büeler (Grüne/AL): Die Grünen/AL stimmen diesem Projekt auch zu. Der Bedarf dazu ist transparent ausgewiesen, der Neubau in einer sensiblen Wohnsiedlung an der Bahnlinie in Veltheim nimmt auf die Umgebung Rücksicht und kann auch bezüglich Nachhaltigkeit punkten. Der Bau wird in Holz ausgeführt und ordnet sich gut in das Quartier ein.

Geheizt und isoliert werden nur die effektiv benötigten Räume, so dass eine kleine Luft-/Wärmepumpe für die Wärmeversorgung reicht. Ein guter Teil des Strombedarfs wird über die PV-Anlage gedeckt. Wir haben es gehört: Es ist Minergie-Standard, die Umgebung wird begrünt und mit Bäumen bepflanzt, auch entlang der Strasse und längs der Bahn, wofür blaue Zonen-Parkplätze aufgehoben werden.

Besten Dank auch für die ausführliche Stellungnahme auf die Frage der BBK, was bezüglich Minergie-P-Anforderungen noch erfüllt werden müsste. Wir teilen die Haltung nicht ganz, dass man da monetäre Kosten-Nutzen-Abwägungen machen muss, sondern aus unserer Sicht hätte man da noch etwas mehr die ökologische Kosten-Nutzen-Rechnung aufzeigen müssen: Umweltnutzen, Energieeinsparung und Umweltkosten (graue Energie) noch etwas genauer prüfen.

Immerhin ist der Strombedarf, den man mit Minergie-P noch reduzieren hätte können, jährliche 160kWh, rund 1/10 eines durchschnittlichen Haushaltsverbrauchs. Kleinvieh macht auch Mist, deshalb hätten die Grünen/AL es eigentlich begrüsst, wenn mehr Investitionen zugunsten des Klimas getätigt worden wären. Weil die Mehrheit aber den Nutzen gegenüber den Kosten als zu gering beurteilt, verzichten wir auf einen entsprechend chancenlosen Antrag. Wir möchten aber an dieser Stelle nochmals explizit darauf hinweisen, dass Klimaschutz nicht 100% kostenneutral umgesetzt werden kann. Für heute nicht getätigte Investitionen werden höhere Kosten als Folge der Klimaerwärmung auf die Gesellschaft zurückfallen. Netto Null ist kein Selbstläufer.

F. Landolt (SP): Ich möchte mich ganz kurz dazu äussern: Michael Gross, Du hast wahrscheinlich nicht gut aufgepasst in der BBK. Wir kämpfen nicht um die Vorherrschaft bei diesem Thema.

Auch für uns war der Zusatzaufwand nicht überzeugend, denn es ist ein gutes Projekt. Es ist ein schlichtes Projekt, ein robustes Projekt. Ein Projekt, das die Nachhaltigkeit v.a. in Form der Materialwahl in Betracht zieht, und insbesondere, das möchte ich betonen: Es ist ein städtebaulicher Gewinn. Ein städtebaulicher Gewinn, weil das dort klare Verhältnisse bietet an der Kiesstrasse und die hintere Landschaft mit den «Hütten» aufgehoben und das Ganze begrünt wird, also entsiegelt wird.

Die Architekten und Bauherren haben richtig gehandelt: Sie sind heruntergefahren, sie haben ein einfaches Projekt gemacht. Es ist ein kluges Projekt. Wir stimmen dem zu.

M. Nater (GLP): Merci an Christian für die Vorstellung des Projektes.

Auch ein Dank an das Baudepartement, welches noch abgeklärt hat, ob es nachträglich möglich ist, den Baustandard 2019 bei diesem Projekt umzusetzen. Wir von den Grünliberalen haben verlangt, dies zu klären, da dieser Stützpunkt 2023 bezogen wird und nach dem Gebäudestandard 2011 gebaut werden soll. Und der Gebäudestandard, das ist nicht bloss Energie, da geht es wirklich um das ganze Gebäude. Das ist vielleicht ein bisschen der Unterschied zu den Ausführungen von Michi Gross.

Leider haben die Abklärungen aber gezeigt, dass die Kosten Gebäudestandard 2019 gerade im Wärmedämmbereich nachträglich zu hoch ausfallen. Auch zählt der Revierstützpunkt scheinbar bei Minergie als Verwaltungs- und nicht als Industriegebäude, obwohl nur 20% des Gebäudes beheizt sind, was die Kosten noch einmal negativ beeinflusst.

Eventuell können jedoch kleinere Massnahmen aus dem Gebäudestandard 2019 trotzdem eingebaut werden. Dies sind insbesondere ein verbesserter Sonnenschutz, optimierte Beleuchtung oder – was ganz wichtig ist - genügend grosse Elektroanschlüsse bzw. Leerrohre für die Sicherstellung der zukünftigen Elektromobilität. In diesem Beispiel sieht man, dass es halt ein Gebäudestandard ist und kein Energiestandard.

Generell ist hier aber ein gutes und schönes Gebäude geplant, welches die Anforderungen des Strasseninspektorates erfüllt und dazu beiträgt, dass die wachsende Stadt weiterhin eine saubere Stadt ist. Zusätzlich ist auch eine bauliche Flexibilität vorhanden, damit dieser Stützpunkt auch in den nächsten 50 Jahre seinen Zweck erfüllen kann.

Wir Grünliberalen stimmen daher dem Kredit für den neuen Revierstützpunkt Veltheim zu und erwarten aber, dass von jetzt an alle neuen Gebäude der Stadt nach dem Gebäudestandard 2019 geplant und gebaut werden.

M. Bänninger (EVP): Auch wir von der EVP nehmen die Weisung zustimmend zur Kenntnis. Wir danken für die Erarbeitung der Vorlage und freuen uns, dass der neue Gebäudestandard 2019 jetzt vom Stadtrat beschlossen ist und in Zukunft zum neuen Stadt-Standard wird. Besten Dank.

R. Heuberger (FDP): Christian Hartmann, herzlichen Dank für die Präsentation dieser Vorlage.

Ja, der Bau des Revierstützpunktes ist teuer. Der Kubikmeter des Gebäudes wird fast so teuer wie bei einem neuen Schulhaus. Würden wir das ändern wollen, müssten wir den Stützpunkt aber aus dem Quartier verlagern, denn mit diesen Rahmenbedingungen in der Quartiererhaltungszone ist es nicht möglich, viel günstiger zu bauen. Die bauliche Einordnung in das Quartier lässt keinen 08/15-Bau zu. Doch den Stützpunkt an einem anderen Ort zu bauen, macht aus betrieblichen Gründen keinen Sinn, denn dann hätte man zwar geringere Investitionskosten, aber deutlich höhere laufende Kosten, weil das Personal viel längere Wege machen müsste zum Einsatzgebiet – und das über 20 Jahre und mehr.

In der Kommission wurde die Anforderung zu Minergie-P bzw. zum Gebäudestandard 2019 diskutiert. Ich bin dankbar, dass betreffend Nachhaltigkeit heute Abend keine zusätzlichen Forderungen gestellt worden sind. Die FDP ist dezidiert der Auffassung, dass Geld, das auch für den Umweltschutz nicht endlos vorhanden ist, dort eingesetzt werden soll, wo man für den

eingesetzten Franken für die Umwelt am meisten erreicht. Und das ist aus unserer Sicht definitiv nicht in einem Gebäude, das nur am Morgen und am Abend kurzfristig genutzt wird und sonst eigentlich fast immer leersteht.

Zum Vergleich des eingesetzten Frankens – was bedeutet das? Alleine die Differenz von 43'000 Franken, die berechnet wurde für zusätzliche bauliche Massnahmen, um Minergie-P zu erreichen, würde eine PV-Anlage von 150 m² finanzieren, d.h. eine Anlage, die drei Grossfamilien inklusive Autos mit Elektrizität versorgen würde. Die Reduktion des Energieverbrauchs, den man mit diesem Mitteleinsatz beim Revierstützpunkt erreichen würden, beträgt gemäss Fachstelle aber nur 360 kWh pro Jahr, also ungefähr 4 m² PV-Anlage.

Wir engagieren uns für wirkungsvolle Massnahmen im Umweltschutz und deshalb sind wir überzeugt davon, dass das eine gute, massvolle Lösung ist, die uns hier präsentiert wird.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Der Ersatzneubau macht aus unserer Sicht Sinn. Wir sind dafür, dass dieser moderne Revierstützpunkt für das 21. Jahrhundert gebaut werden kann. Wir begrüssen insbesondere, dass es Fotovoltaik auf dem Gebäude geben wird und dass die Beheizung zielgerichtet nur von den Personalräumlichkeiten stattfinden wird. Und die restlichen Räumlichkeiten, Garagen usw., als Kalträume erstellt werden.

Wir bedauern, dass die beiden blauen Parkplätze an der Kiesstrasse verschwinden werden und im Quartier nicht ersetzt werden. Das ist aber nicht ausschlaggebend genug, um gegen den Gebäudebau zu sein. Es ist einfach einmal mehr schade, dass zwei blaue Parkplätze verschwinden und nicht ersetzt werden.

Die Mitte/EDU-Fraktion stimmt dem Antrag nichtsdestotrotz zu.

Stadträtin Ch. Meier: Ich möchte es nicht künstlich verlängern. Ich danke Christian Hartmann für die besonnene Präsentation der Vorlage. Es ist ein schlichtes, ein pragmatisches und ein sinnvolles Projekt, das wir Ihnen da vorlegen. Und ich bedanke mich ganz herzlich bei der BBK, dass Ihr da auch zu einem pragmatischen Entscheid gekommen seid. Gebäudestandard 2019 muss in Zukunft eine Selbstverständlichkeit sein. Wenn man aber einen neuen Standard einführt, dann gibt es irgendwann eine solche Bruchstelle, wo man wechselt. Ich glaube tatsächlich nicht, dass das das ideale Gebäude ist, um da ein Exempel zu statuieren, denn der Gewinn, den wir erzielen würden, tatsächlich da nicht besonders gross ist, vor allem im Verhältnis zu den Kosten, die wir generieren würden. Deshalb, wie gesagt, ich bedanke mich für die pragmatische Entscheidung und die positive Aufnahme.

Vizepräsident R. Diener: Danke vielmals, Christa Meier. Damit kommen wir definitiv zur letzten Abstimmung heute Abend.

Wer dem Kredit zustimmen möchte, soll das bitte mit Handerheben kennzeichnen. – Das sieht nach einer sehr grossen Mehrheit aus.

Wer lehnt ab? – Keine Ablehnung.

Enthaltungen? - Eine Enthaltung.

Damit wären wir am Schluss der heutigen 18. und 19. Sitzung angelangt und das Kalenderjahr 2021 ist damit auch für uns abgeschlossen. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken für Eure Geduld mit mir, da ich das erste Mal die Leitung hier oben gemacht habe.

Ich freue mich, im neuen Jahr wieder zusammen mit Euch zu diskutieren. Wir sehen uns am 17. Januar wieder, mit grösster Wahrscheinlichkeit wieder in der AXA, es ist aber noch nicht ganz sicher.

Ich wünsche Euch allen schöne Festtage und einen guten Heimweg.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

M. Sorgo (SP)

R. Diener (Grüne)

B. Huizinga (EVP)